PROTOKOLL

über die 41. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 19. März 2009, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:
Friederike Mach
Gerhard Bremm
Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:
Wilhelm Hauser
Gunter Mayrhofer
Walter Oppl
Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:
DI Christian Altmann
Kurt Apfelthaler
Karl Baumgartner
Rudolf Blasi
Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta
Roman Eichhübl
Ernst Esterle
Ute Fanta
Helga Feller-Höller
Mag. Martin Fiala
MMag. Michaela Frech
Monika Freimund
Ing. Wolfgang Hack
Gerald Hackl
Ing. Franz-Michael Hingerl
Rosa Hieß
Mag. Gerhard Klausberger
Ernst Kronberger
Andreas Kupfer
Hans Payrleithner
Dr. Michael Schodermayr
Mag. Erwin Schuster
Ursula Voglsam
Eva-Maria Wührleitner
Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:
MD OSR Dr. Kurt Schmidl
MD-Stv. Präs. Dir. Hofrat SR Dr. Gerhard Alphasamer
SR Mag. Helmut Lemmerer
OMR Mag. Helmut Golda
Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:
GR Mag. Stephan Keiler LL.M.
GR Silvia Thurner
GR Rudolf Schröder

PROTOKOLLFÜHRER:
Thomas Schwingshackl
Gabriele Obermair

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
1) VerkR-75/09	OÖ Verkehrsverbund (OÖVV) – Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2009.	116
2) FW-1/09	Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.	116
3) Fin-57/09	Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.	117
4) Fin-120/08	Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2008 in das Finanzjahr 2009.	117
5) BauGru-29/05	Flächenwidmungsplan Nr. 2, Änderung Nr. 23, Citygarage Werndlpark.	120
6) KDG-2/09	Vorziehen des kostenlosen Mittagessens in den städt. Kindergärten ab 1. Mai 2009.	121
7) Abfall-10/09	Abschluss eines Nachtrages Nr. 3 zur Partner Vereinbarung über die Sammlung von lizenzierten Papierverpackungen für das Gebiet der Stadt Steyr.	141
8) ÖAG-28/08	Ankauf der Liegenschaft EZ 2471, Grundbuch Steyr, UniCredit Bank Austria AG.	142
9) BauStr-20/07	Enzianweg, Übernahme ins öffentliche Gut, Einreihung als Gemeindestraße.	144
10) BauR-5/08	Mateottihof u. Penselstraße, Auflassung öffentlicher Verkehrsflächen.	145
11) BauR-4/07	Mühlstraße/Förgenstraße, Übernahme ins öffentliche Gut als Gemeindestraße.	146
12) Präs-111/09	Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution zur Erarbeitung eines Baumschutzgesetzes.	146

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
13) Fin-223/08	Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahres-subvention 2009.	151
14) Fin-18/09	Subvention zur Durchführung der Personal-betreuung.	154
15) StW-18/09	Anfechtung Bescheid der E-Control Kommission vom 14. 1. 2009 betreffend Ausgleichszahlungen 2009 Stadtwerke Steyr; Dringlichkeitsbeschluss des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates wegen des kurzen Einspruchs-termines bis 27. 2. 2009.	155
16) StW-169/08	Städt. Freibad – neue Breitrutsche anstelle be-stehender alter Betonrutsche – gemäß genehmigtem Freibaderneuerungsonzept – Dringlichkeitsbe-schluss.	156
17) StW-2/09	Städt. Gaswerk – Erdgaspreisveränderung per 1. 3. 2009 – aufgrund sinkender Einkaufspreise (Basis = Prognose Econ Gas von 11. 2008); Dringlichkeitsbeschluss.	157
18) StW-1/09	Städt. Gaswerk – Erdgaspreisveränderung per 1. 1. 2009 – aufgrund der veränderten Tarife für das Gasnetz ab 1. 1. 2009; Dringlichkeitsbe-schluss.	158
19) Fin-109/08	Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 17, KPC – Annahme Förderungsvertrag.	159
20) BauT-41/08	Kamerabefahrung und Kanaldichtheitsprüfungen 2009; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe.	159
21) BauT-8/08	Kanal- und Straßenbau – 1. MK Reithofferareal, Reichenschwall – Neuluststraße – Sarninggasse; 2. NK Daimlerweg; Auftragserweiterung durch Nachtragsangebot 1 und 2.	159
22) BauGru-56/04	Neuplanungsgebiet Nr. 6 – Tabor Süd, 3. Verlängerung.	160

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

BauStr-8/09	Naturnaher Erlebnisweg – Konzepterstellung; Kreditüberschreitung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) VerkR-75/09	OÖ Verkehrsverbund (OÖVV) – Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2009.
2) FW-1/09	Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
3) Fin-57/09	Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.
4) Fin-120/08	Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2008 in das Finanzjahr 2009.
5) BauGru-29/05	Flächenwidmungsplan Nr. 2, Änderung Nr. 23, Citygarage Werndlpark.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

6) KDG-2/09	Vorziehen des kostenlosen Mittagessens in den städt. Kindergärten ab 1. Mai 2009.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

7) Abfall-10/09	Abschluss eines Nachtrages Nr. 3 zur Partner-Vereinbarung über die Sammlung von lizenzierten Papierverpackungen für das Gebiet der Stadt Steyr.
8) ÖAG-28/08	Ankauf der Liegenschaft EZ 2471, Grundbuch Steyr, UniCredit Bank Austria AG.
9) BauStr-20/07	Enzianweg, Übernahme ins öffentliche Gut, Einreihung als Gemeindestraße.
10) BauR-5/08	Mateottihof u. Penselstraße, Auflassung öffentlicher Verkehrsflächen.
11) BauR-4/07	Mühlstraße/Förgenstraße, Übernahme ins öffentliche Gut als Gemeindestraße.
12) Präs-111/09	Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution zur Erarbeitung eines Baumschutzgesetzes.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

13) Fin-223/08	Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2009.
14) Fin-18/09	Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

15) StW-18/09	Anfechtung Bescheid der E-Control Kommission vom 14. 1. 2009 betreffend Ausgleichszahlungen 2009 Stadtwerke Steyr; Dringlichkeitsbeschluss des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates wegen des kurzen Einspruchstermins bis 27. 2. 2009.
16) StW-169/08	Städt. Freibad – neue Breitrutsche anstelle bestehender alter Betonrutsche – gemäß genehmigtem Freibader-neuerungskonzept – Dringlichkeitsbeschluss.
17) StW-2/09	Städt. Gaswerk – Erdgaspreisveränderung per 1. 3. 2009 – aufgrund sinkender Einkaufspreise (Basis = Prognose Econ Gas von 11.2008); Dringlichkeitsbeschluss.
18) StW-1/09	Städt. Gaswerk – Erdgaspreisveränderung per 1. 1. 2009 – aufgrund der veränderten Tarife für das Gasnetz ab 1. 1. 2009; Dringlichkeitsbeschluss.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

19) Fin-109/08	Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 17, KPC – Annahme Förderungsvertrag.
20) BauT-41/08	Kamerabefahrung und Kanaldichtheitsprüfungen 2009; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe.
21) BauT-8/08	Kanal- und Straßenbau – 1. MK Reithofferareal, Reichenschwall – Neuluststraße – Sarninggasse; 2. NK Daimlerweg; Auftragserweiterung durch Nachtragsangebot 1 und 2.
22) BauGru-56/04	Neuplanungsgebiet Nr. 6 – Tabor Süd, 3. Verlängerung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen und die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen. Ich begrüße ganz besonders die vielen Gäste die heute hier sind. Ich begrüße selbstverständlich auch die Medien die heute hier sehr zahlreich erschienen sind. Wir haben die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sind heute der GR Karl Baumgartner und die Frau GR MMag. Michaela Frech. Entschuldigt sind heute der GR Rudolf Schröder, der GR Mag. Stephan Keiler und die GR Silvia Thurner. Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**.

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 11. 3. 2009 folgende Anfrage an mich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem Sie in mehreren Stellungnahmen gegenüber der Presse Details aus dem Rohbericht des Rechnungshofes - die Überprüfung einer Bürgschaft der Stadt für den Fußballklub „Vorwärts“ betreffend – bekannt gegeben haben, stellen die unterzeichneten Mandatare der FPÖ-Gemeinderatsfraktion zur Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 19. 3. 2009 folgende Anfrage:

1. Hat der Rechnungshof einen Zusammenhang zwischen der Umwidmung der „Staffelmayr-Gründe“ in Bauland und der „Vorwärts“-Bürgschaft seitens der Stadt festgestellt?

2. Hat der Rechnungshof den nie umgesetzten Gemeinderatsbeschluss vom 13. 4. 2000, der die Übertragung des Baurechtes an die Raiffeisenbank als Voraussetzung für die Finanzierung des Zwangsausgleiches durch die Stadt in Höhe von damals ATS 6,000.000,-- zum Inhalt hatte, beanstandet?

3. Wer soll aus Ihrer Sicht den von der Raiffeisenlandesbank geforderten Betrag von Euro 635.000,-- bezahlen, nachdem der Rechnungshof festgestellt hat, dass kein Steuergeld mehr für die „Vorwärts“-Causa verwendet werden soll?“

Es handelt sich aber nicht um 635.000 Euro die gefordert sind, sondern um 600.000 die gefordert sind von der Raika.

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Obwohl die von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion aufgeworfenen Fragen dem Grunde nach relativ einfach beantwortbar wären, werde ich von einer Beantwortung gänzlich Abstand nehmen.

Dies deshalb, da gemäß Art. 127 a Abs. 5 B-VG der Rechnungshof das Ergebnis seiner Überprüfung dem Bürgermeister bekannt gibt. Der Bürgermeister hat dazu Stellung zu nehmen und die aufgrund des Prüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten dem Rechnungshof mitzuteilen.

Gemäß Art. 127 a Abs. 6 B-VG erstattet der Rechnungshof dem Gemeinderat über seine Tätigkeit im vorausgegangen Jahr, spätestens bis 31. Dezember, Bericht. Er hat jeden Bericht gleichzeitig mit der Vorlage an den Gemeinderat auch der Landesregierung sowie der Bundesregierung mitzuteilen. Die Berichte des Rechnungshofes sind nach Vorlage an den Gemeinderat zu veröffentlichen.

Aus dieser bundesverfassungsgesetzlichen Bestimmung ergibt sich eindeutig, dass eine Veröffentlichung erst ab dem Stadium der Vorlage des Rechnungshofendberichtes an den Gemeinderat vorgesehen ist und in vorherigen Verfahrensstadien - insbesondere im derzeitigen Stadium des Rohberichtes - eine Veröffentlichung und daher auch eine öffentliche Diskussion von gestellten Anfragen zu diesem Thema bundesverfassungsgesetzlich nicht vorgesehen und daher abzulehnen ist.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister, eine Zusatzfrage. Sie haben das ja sehr ausführlich begründet, warum dieser Rechnungshof-Rohbericht

so geheim ist. Warum haben Sie dann Details aus dem Rechnungshofbericht in aller Öffentlichkeit über die Presse bekannt gegeben?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Bericht ist an mich gerichtet und es steht mir frei, was ich nach außen gebe. Das steht mir völlig frei.

Eine weitere Anfrage mit Datum vom 12. 3. 2009 richtete Frau GR MMag. Frech vom Bürgerforum an mich, die ich zuständigkeitshalber an Herrn Vzbgm. Bremm weitergeleitet habe. Ich ersuche Herrn Vzbgm. Bremm, diese Anfrage zu verlesen und auch zu beantworten:

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, geschätzte Vertreter der Medien. Zur Anfrage:

Ab Juli 2009 werden rund 120 Magistratsbedienstete, Frau Kollegin Frech, nicht 150, sondern rund 120 Magistratsbedienstete im Reithofferareal arbeiten. Medienberichten zufolge durften Mitarbeiter des Magistrates - mit Ausnahme der wenigen Geschäftsbereichsleiter - keinerlei bisheriges Mobiliar in das neue Amtsgebäude übersiedeln.

Im sogenannten Steyrer Stadtmagazin, welches im Übrigen ohne das gesetzlich vorgeschriebene Impressum an die Steyrer Haushalte erging, ist zudem zu lesen, dass es sich beim Reithoffergebäude um ein „ÖKO-Musterhaus“ handle. Richtig.

Im Zusammenhang damit ergehen an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 19. 3. dieses Jahres.

Frage 1:
Wer hat angeordnet, dass Mitarbeiter des Magistrates der Stadt Steyr trotz der bedrohlichen Finanzsituation der Stadt Steyr keinerlei Mobiliar aus ihren bisherigen Büros übersiedeln dürfen?

Frage 2:
Warum hat man den Mitarbeitern die Mitnahme des Mobiliars untersagt?

Frage 3:
Wie hoch sind die Kosten des neu angeschafften Mobiliars in Summe?

Frage 4:
Welcher Betrag hätte eingespart werden können, wenn das vorhandene und noch brauchbare Mobiliar weiter in Verwendung geblieben wäre?

Frage 5:
Im Steyrer Stadtmagazin ist von einem „ÖKO-Musterhaus“ als zweitem Amtsgebäude die Rede. Wie hoch ist der prognostizierte durchschnittliche Energieverbrauch pro Jahr in Euro in diesem neuen Amtsgebäude?

Frage 6:
Wer ist verantwortlich dafür, dass das eingangs zitierte Parteiblatt der SPÖ, in welchem Vertreter anderer Fraktionen pauschal verunglimpft wurden, ohne jegliches Impressum verschickt worden ist? Entspricht diese Vorgangsweise der gültigen Rechtslage? Wenn nein, welche Konsequenzen ergeben sich daraus?“

Hiezu möchte ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fragen wie folgt beantworten.

Die Frage 1) noch einmal in Erinnerung:
Wer hat angeordnet, dass Mitarbeiter des Magistrates der Stadt Steyr trotz der bedrohlichen Finanzsituation der Stadt Steyr keinerlei Mobiliar aus ihren bisherigen Büros übersiedeln dürfen?

Wir haben hier, wie der Umbau des Reithofferwerkes geplant worden ist, wie das auch beschlossen worden ist, haben wir eine eigene Gesellschaft, eine Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG gegründet. Es gibt hier eine Geschäftsführung die auch festgelegt wurde und die Geschäftsführung des Sparkassenfonds Steyr Reithoffer hat diese Entscheidung hier getroffen.

Frage 2:
Warum hat man den Mitarbeitern die Mitnahme des Mobiliars untersagt?

Hier muss man sagen, das hängt sehr stark mit der Frage 1) zusammen, warum haben wir das so festgelegt.
Da das bestehende Mobiliar, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden ja hier vom Sozialamt, vom Gesundheitsamt, vom Bauamt, und wer in diesen Räumlichkeiten in den letzten Jahren gewesen ist weiß auch, dass dort der Standard der Büros nicht unbedingt in der Zeit ist was jetzt einfach ist und dass gerade das Mobiliar dementsprechend abgewohnt ist. Wir haben ja diese Überlegung, diese Abteilungen dort hin zu verlagern, diese Überlegungen gibt es ja seit mehreren Jahren und wir haben bei Neuanschaffungen von Büroeinrichtungen dort sehr stark zurückgehalten, weil wir gewusst haben, dass diese Abteilungen übersiedelt werden und eine neue Unterkunft bekommen. Es wäre unverständlich, wenn wir hier ein neues Amtsgebäude mit den Büros machen, dass das alte Mobiliar, das großteils ja äußerst beschädigt und nicht mehr zeitgemäß ist, mitgenommen wird. Also, die Erwartenshaltung ist hier schon eine andere, wenn man ein neues Haus baut und neu einrichtet, dass hier auch ein neues Mobiliar zur Verfügung steht und mit neuem Mobiliar auch ausgestattet wird. Daher ist auch eine Mitnahme nicht sinnvoll.

Frage 3:
Wie hoch sind die Kosten des neu angeschafften Mobiliars in Summe?

Für die gesamte Neumöblierung (ausgenommen ein paar Geschäftsbereiche die in den letzten Jahren neue Büros bekommen haben und das auch von der Räumlichkeit möglich ist) kann mit einem Gesamtbetrag von rund 450.000 gerechnet werden. Dies beinhaltet das gesamte Büro- und Sitzmobiliar, die Ausstattung von 3 Labors, Möblierung von Wartebereichen, Archiven und Besprechungsräumen. Nicht berücksichtigt in diesem Betrag ist die Ausstattung, und es ist ja nicht nur im Amtsgebäude, es wird ja auch die Musikschule in das neue Reithoffer-Haus umgesiedelt und da ist ein Betrag von 100.000 Euro vorgesehen. Also, das ist in den 450.000 Euro nicht vorgesehen.

Frage 4:
Welcher Betrag hätte eingespart werden können, wenn das vorhandene und noch brauchbare Mobiliar weiter in Verwendung geblieben wäre?

Wie ich schon unter Pkt. 1) erwähnt habe, da sich das Bestandsmobiliar großteils in einem schlechten Zustand befindet, kann von einer Einsparung durch Mitnahme nicht gesprochen werden. Darüber hinaus wären auch noch Mittel, wenn man das mitnehmen würde, für Abbau, Aufbau und Transport zu kalkulieren.

Es wird auch hingewiesen, dass bei der Umstrukturierung bzw. Wiedereingliederung der Außenstellen, wir haben ja das Kontrollamt, Schule und Sport, die Liegenschaft, die Kulturabteilung in Häuser am Stadtplatz eingemietet, die werden auch wieder zurück ins Haus kommen und für diese Abteilung wird auch das gute Mobiliar, das vorhanden ist, verwendet werden. Die Reserve die sich noch ergibt, es wird eine bescheidene Anzahl an Mobiliar sein, werden wir in Lager geben und wenn zusätzliches Mobiliar in den bestehenden Büros notwendig ist, wird das auch dort verwendet werden.

Frage 5:
Im Steyrer Stadtmagazin ist von einem „ÖKO-Musterhaus“ als zweitem Amtsgebäude die Rede. Wie hoch ist der prognostizierte durchschnittliche Energieverbrauch pro Jahr in Euro in diesem neuen Amtsgebäude?

Die ursprünglichen Heizkosten, meine sehr verehrten Damen und Herren, hätten rund 40.000 Euro betragen. Also nach herkömmlichem Heizmaterial und Heizmethoden. Es wurden dann eine Innendämmung und isolierte Fenster installiert. Die Prognose belief sich dann für ein herkömmliches Heizsystem auf rund 20.000.

Mit dem, und warum wir das ÖKO-Haus nennen, wir haben ja hier eine neue Methode gewählt und auch so beschlossen, mit der Grundwasserwärmepumpe werden die Heizkosten ca. 10.000 Euro betragen.

Also wir sparen hier so rund 30.000 Euro. Natürlich ist das immer gemessen an den derzeitigen Heizkosten. Also, wir sparen hier dementsprechend viel ein. Zieht man von diesen 10.000 Euro den selbst produzierten Strom aus der Photovoltaikanlage ab, werden nur ca. 5.000 Euro, wir haben auch eine Photovoltaikanlage angebracht, für Heizkosten in diesem Gebäude anfallen. Darum glaube ich auch mit Fug und Recht von einem ÖKO-Haus reden zu können.

Für die Bereiche Allgemeine Beleuchtung (Büros, Gänge, Stiegenhäuser), Bühnenanlagen (Licht und Tonanlagen), EDV-Geräte wie Rechner, Monitore, Server, Drucker etc., Kleinspeicher, kann nach einer Hochrechnung gesagt werden, dass mit Jahres-Energiekosten von ca. 20.000 Euro zu rechnen ist.

Der Jahres-Stromverbrauch ist sehr stark abhängig von den Nutzergewohnheiten im Bereich Beleuchtung und der EDV, aber auch die Veranstaltungshäufigkeit im Saal des Erdgeschosses kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Die genannten Jahreskosten können daher nur einen Richtwert darstellen.

Der Verbrauch der elektrischen Energie wird gegenüber einem vergleichbaren Gebäude durch eine Spitzenstromabschaltung (Lastabwurfmanagement heißt das im Fachjargon), eine intelligente Lichtsteuerung (helligkeits- und anwesenheitsabhängig) und die eingangs erwähnte Photovoltaikanlage deutlich niedriger prognostiziert. Energiesparende Beleuchtungskörper sind entsprechend dem Energiebewusstsein Standard.

Also, wir haben hier wirklich alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Was dabei auch überraschend war und ist, und ich habe auch in den vergangenen Gemeinderatssitzungen mehrmals darauf hingewiesen, bei den Investitionen die natürlich höher sind wie normale Investitionen bei den Heizsystemen, es ist überraschend, dass die Wirtschaftlichkeit sehr groß ist und dass die Amortisationszeit sieben bis acht Jahre, nach heutigen Erkenntnissen, ergeben wird. Also, das ist äußerst überraschend und wir haben hier wirklich auf alle Fälle ökologisch gehandelt.

Frage 6:
Wer ist verantwortlich dafür, dass das eingangs zitierte Parteiblatt der SPÖ, in welchem Vertreter anderer Fraktionen pauschal verunglimpft wurden, ohne jegliches Impressum verschickt worden ist? Entspricht diese Vorgangsweise der gültigen Rechtslage? Wenn nein, welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

Liebe Frau Kollegin Frech, hier ist nicht der Gemeinderat zuständig. Der Gemeinderat ist nicht die Bezirksstelle der SPÖ Steyr.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein das sind wir nicht, weil das Bezirkssekretariat ist draußen, wie wahrscheinlich jeder hier weiß, beim Casino. Es ist auch die ÖVP-Zentrale nicht hier im Rathaus, sondern die befindet sich jetzt gegenüber der Arbeiterkammer und es sind auch andere Büros nicht hier. In der Gemeinde hier gibt es Fraktionen. Also, diese Frage ist hier nicht zu stellen, weil wir sind nicht das zuständige Gremium. Wenn die SPÖ oder jede andere Fraktion eine Information an die Bürgerinnen und Bürger gibt, dann ist hier die jeweilige Partei verantwortlich und zuständig. Also, diese Frage ist hier nicht zulässig und ich kann sie daher auch nicht beantworten. Ich würde dich ersuchen, dass du eine schriftliche Anfrage an die SPÖ, Bezirksorganisation, z. H. Herrn Bezirksvorsitzenden Kurt Gartlehner, richtest, die Adresse kann ich dir dann geben, welche Konsequenz dort gezogen wird, weil diese Information an die Bevölkerung verschickt worden ist. Das zu deiner Anfrage.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zusatzfrage: Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass das Mobiliar von den 120 Magistratsbediensteten von den Büros unbrauchbar war, müssen ja Begehungen stattgefunden haben um das festzustellen. Wann waren diese? Haben die überhaupt stattgefunden?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Also, wir wissen natürlich schon sehr genau, und die Fragestellung ist wieder sehr untergriffig, wie der Zustand der Einrichtungen des Mobiliars ist. Hier gibt es zuständige Fachabteilungen bzw. jeder Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleiter stellt hier auch seine Anforderungen beim Budget und wir wissen natürlich sehr genau und haben uns da auch umgeschaut und auch gesehen, dass das bestehende Mobiliar, und der Kollege Mayrhofer weiß es aus seinem Bereich, was die Bauabteilung anbelangt, dass wir dort nicht wirklich am Stand der Zeit sind, dass dort in den Jahren kaum etwas investiert worden ist. Wer am Sozialamt oder am Gesundheitsamt war, der weiß das auch sehr genau, dass es unmöglich wäre, dieses Mobiliar mitzunehmen in das neue Gebäude. Ich glaube, dass es das Selbstverständlichste von der Welt ist, wenn wir heute ein neues Gebäude, neue Büros einrichten, dass man dann nicht das alten, zum Teil schon beschädigte, Mobiliar mitnimmt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es ist aber schon sehr interessant, dass es Magistratsmitarbeiter gegeben hat die ihr Mobiliar mitnehmen wollen aber nicht dürfen. Wer hat das untersagt?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir haben hier ein paar Wenige, das sind drei Geschäftsbereichsleiter, die erst vor kurzer Zeit neu möblierte Büros bekommen haben. Diese werden mitgenommen. Sie werden auch nicht umgebaut, sie passen dort in die Räumlichkeiten hinein. Eines muss natürlich schon auch erwähnt werden, wir sind hier ja in einem Unternehmen und hier gibt es Verantwortliche die Entscheidungen zu treffen haben und diese Entscheidungen haben wir auch getroffen und zwar sinnvoll, weil es keinen Sinn macht, dass jeder sich sein Kasterl oder seinen Schreibtisch auf den Rücken bindet und mitnimmt. Hier geht es darum ein modernes, zeitgemäßes Gebäude in Betrieb zu nehmen. Du weißt ja auch, dass in den Schulen das auch selbstverständlich ist, vielleicht in den Bundesschulen nicht so, aber in den Pflichtschulen ist das selbstverständlich, wenn wir eine neue Schule wie im Resthof errichten, dann werden wir nicht von allen Schulen in Steyr die alten Tische, Stühle und Schultafeln zusammenkratzen und mitnehmen und in die VS Resthof geben. Da würde ich mir deine Kritik dann zu Recht anhören, wenn sie sagen, seid ihr verrückt, jetzt sucht ihr überall alte Tische und Sessel zusammen und dann gebt ihr sie in die neue Volksschule am Resthof. Das gilt natürlich auch für das. Es gibt auch jetzt andere Anforderungen. Es werden computergerechte Einrichtungen dort installiert. Es gibt hier auch Dienstnehmervorschriften die einzuhalten sind, dass das auch aus gesundheitspolitischen Gründen dementsprechend ausgestattet ist. Das wird im neuen Gebäude dementsprechend berücksichtigt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weiters richtete Herr Gemeinderat Ing. Hack von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion mit Schreiben vom 13. 3. 2009 eine Anfrage an mich, sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

„Spurwien“ hat 1999 die Ausschreibung zum Umbau und zur Revitalisierung des Heimathauses Steyr gewonnen. Das wissenschaftliche Konzept stammte von Dr. Andruchowitz und war somit Teil der vom Kulturausschuss und Gemeinderat ausgewählten Ausschreibung.

Im Zeitungsartikel vom 9. 2. 2009 wird von Vzbgm. Ing. Spanring berichtet, dass Professor Roman Sandgruber mit einem Konzept beauftragt wurde, das er ab April umsetzen wird.

Wer hat über den Kopf des Gemeinderates und des Kulturausschusses hinweg entschieden, dass nicht Prof. Andruchowitz, sondern Prof. Sandgruber das wissenschaftliche Konzept macht?
Wer hat Prof. Sandgruber Kraft welcher Kompetenz ausgewählt und beauftragt?
Wurde „spurwien“ von dieser Entscheidung verständigt? Wann - Wie - Welche Begründung wurde genannt?
Liegt dazu eine Stellungnahme von „spurwien“ vor?

Wurde Prof. Andruchowitz von dieser Entscheidung verständigt? Wann - Wie - Welche Begründung wurde genannt?
Liegt dazu eine Stellungnahme von Prof. Andruchowitz vor?
Das Honorar von Prof. Andruchowitz laut Angebot von 1999 lag bei ca. Euro 30.000,--.
Wie sieht die finanzielle Abgeltung des Auftragsentfalles für Prof. Andruchowitz aus?
Wie sieht die neue finanzielle Vereinbarung mit Prof. Sandgruber aus?
Wer hat sie verhandelt und abgeschlossen?
Aufgrund welcher Überlegungen wurde der wissenschaftliche Berater ausgewechselt?

Der Umbau des Museums soll noch heuer stattfinden.
Wie weit ist der Planungsstand für den räumlichen Umbau?
Wie ist es möglich, ein Museum räumlich umzubauen, bevor ein inhaltliches Nutzungskonzept existiert?
Damit beim Umbau kein Schwund und Schaden an den äußerst wertvollen Exponaten geschieht, müssen diese fachgerecht verpackt, abtransportiert, geschützt gelagert, zurücktransportiert und sorgsam und fachgerecht an ihren neuen Platz gebracht werden.
Gibt es ein Konzept für die Umsiedlung der teilweise unwiederbringlichen Kunstschätze?
Wo werden sie „zwischengelagert?
Wer ist hauptverantwortlich für die Koordination all dieser Aktivitäten?
Wer haftet für eventuelle Schadensfälle?
Gibt es eine gültige Inventarisierung aller Objekte?
Ist diese Inventarisierung auch mit einem Wertansatz der Objekte gemacht?
Wird die Inventarisierung von Fachleuten gemacht, die den Wert der Objekte feststellen können?
Wird für die Zeit des Umbaues bzw. Übersiedlung eine spezielle Versicherung abgeschlossen?
Wie wurden die Versicherungswerte ermittelt? Sind diese mit der Versicherung akkordiert?
Gibt es für die Versicherung eine Ausschreibung bzw. Angebote?
Werden die Exponate, die sich teilweise in sehr schlechtem Zustand befinden, in dieser Umbauzeit restauriert?
Oder werden diese Exponate in schlechtem, unrestauriertem Zustand in das neue Museum zurückgebracht?

Wie sieht der Ablaufplan aus?
Wann wird begonnen?
Wann soll der Umbau beendet sein?
Wann und wo werden die endgültigen Umbaupläne einsehbar sein?
Wann wird das inhaltliche, historische Konzept vorliegen?
Wer ist von Seiten der Stadt und Politik mit dem historischen Konzept befasst?
Wird der Konzeptentwurf den Gemeinderatsmitgliedern, den Fachbeamten und der interessierten Bevölkerung präsentiert und mit ihnen diskutiert?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen in der Gemeinderatssitzung vom 19. 3. 2009.“

Jetzt habe ich einen ganzen Wulst von Fragen, ich glaube, da sitzen wir wahrscheinlich um Mitternacht auch noch da, wenn ich die alle ausführlich beantworten will.

Hiezu kann ich Folgendes berichten: Ich möchte selbst den Bericht machen, weil es zwei Bereiche betrifft, und zwar die Liegenschaftsverwaltung und die Kulturabteilung.

Der Kulturausschuss hat sich am 06. Juni 2000 einstimmig für die Planungsvariante „spurwien“ zur Neugestaltung „Stadtmuseum“ ausgesprochen. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 14. Dezember 2000 wurden die erforderlichen Finanzmittel für den Voranschlag 2001 zur weiteren Planungsvergabe beschlossen. Das Architektenteam „spurwien“ hat in Folge dann drei Gestaltungsvarianten entwickelt und dem Kulturausschuss am 30. September 2004 präsentiert. Der Kulturausschuss hat sich einstimmig für die weitere Verfolgung und Entwicklung der Planungsvariante III mit einer umfassenden Um- und Neugestaltung ausgesprochen.

Bei diesen Planungsarbeiten war nie ein wissenschaftliches Ausstellungskonzept

Gegenstand der Diskussion, sondern es wurde lediglich die von Dr. Andruchowitz aus dem Jahre 2000 und 2004 verfasste Kurzinformation mit dem Inhalt einer Neukonzeption des Stadtmuseums als mögliche Grundlage für die Erstellung eines Ausstellungskonzeptes gesehen.

Der Verbund Oberösterreichischer Museen hat sich im Dezember 2006 klar für die Erstellung eines wissenschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und gestalterischen sowie inhaltlichen Ausstellungsgestaltungskonzept ausgesprochen und das von Dr. Andruchowitz vorgelegte Kompendium als unzureichend befunden.
Also, der Verband der Oberösterreichischen Museen hat das gemacht.

Nachdem nunmehr die Planungen für die Baueinreichung laufen, wurde von Amts wegen parallel mit dem Verbund Oberösterreichischer Museen der Kontakt zur Anboteinholung für das vorzitierte Konzept aufgenommen und hat sich deshalb der Präsident dieses Verbundes, Herr Univ. Prof. Dr. Sandgruber, bereit erklärt, eine Besichtigung des Objektes und eine Besprechung mit der Projektgruppe „Stadtmuseum neu“ im April vorzunehmen, zumal der OÖ Museumsverbund auf Landesebene für die Landeskulturdirektion jene Konzepte bewertet, die an die Landesregierung zur Förderung eingereicht werden. Die Projektgruppe wird durch die Kulturabteilung betreut. Eine definitive Auftragsvergabe zur Erstellung eines wissenschaftlichen Ausstellungs- und Gestaltungskonzeptes wird an die nach dem Statut der Stadt Steyr zuständigen Gremien zeitgerecht zur Beschlussfassung zugeleitet werden.

Zur Archivierung ist auszuführen, dass von den rund 20.000 in Karteikarten erfassten Exponaten bisher rund 4.000 Stück digital erfasst worden sind und findet die Digitalisierung je nach personeller Verfügbarkeit laufend ihren Fortgang.

Sollte während des Umbaues eine temporäre Verlagerung der Exponate erforderlich werden, so wird zeitgerecht durch die Kulturabteilung eine qualifizierte Ersatzvornahme getroffen und organisiert werden.

Für bauliche Maßnahmen ist Herr Ing. Nestler als Fachabteilungsleiter für Liegenschaftsverwaltung zuständig. Im Voranschlag 2009 sind 500.000 Euro für Baumaßnahmen vorgesehen, die abhängig vom Bewilligungsfortschritt noch in diesem Jahr in Anspruch genommen werden können. Eine Baufertigstellung ist abhängig von der Finanzlage der Stadt und seriös vorläufig nicht zu treffen.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Und so soll das Museum der Stadt Steyr gescheit umgebaut werden. Wer soll die Verantwortlichen und diese ganzen Aktivitäten koordinieren. Wer ist das? Welche Namen bitte?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es wird in den entsprechenden Gremien, das habe ich ja vorgelesen, wie es im Stadtstatut vorgesehen ist, werden die Gremien das einer Beschlussfassung zuführen.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Von wem?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Jetzt hätte ich angenommen du bist der Referent.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Wer informiert die Gremien, wer ist zuständig?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Vorsitzende.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Wer? Wer ist verantwortlich für den ganzen Umbau des Heimathauses? Wer hat die Fäden in der Hand?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wer hat dem Sandgruber den Auftrag gegeben?

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Der Herr Sandgruber hat keinen Auftrag.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Das ist aber in der Zeitung gestanden.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Was die Zeitung schreibt und das was ich sage, das sind zwei Paar Schuhe. Seid mir nicht böse.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die Projektgruppe sind die zuständigen Referenten, das ist der Kollege Spanring für den kulturellen Bereich, für den wissenschaftlichen, für den baulichen Bereich bin ich als Liegenschaftsreferent und dazu sind die Fachabteilungen, Geschäftsbereichsleiter Kollege Alphasamer, Kollege Zineder und die Fachabteilungsleiter. Wir werden das dementsprechend, nach Fortschritt, in den Ausschüssen berichten, diskutieren und in den Gremien wird das einer Beschlussfassung zugeführt werden.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Dieses Museum wird umgebaut ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist keine Diskussionsstunde. Eine Zusatzfrage ist normalerweise gestattet. Wir gehen jetzt in unserem Programm, so wie vorgesehen, weiter.

Wir kommen jetzt zu Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters**.

Hochwasser-Schutz in Steyr: Arbeiten auf Hochtouren

Die Arbeiten für den Hochwasserschutz der Steyrer Bevölkerung verlaufen sehr zügig. Ich habe mich erst vor kurzem persönlich bei einer Visite der Baustelle Unterhimmler Au vom Fortschritt des Vorhabens überzeugt. In der Au wird seit November des Vorjahres an einem 800 Meter langen und bis zu 80 Metern breiten Entlastungsgerinne für Schotter gearbeitet. Der Schutzdamm entlang der Drahtzieher- und Unterhimmlerstraße ist zu 80 Prozent fertig. Auch die sogenannte Sohlschwelle steht bereits. Dieses Bauwerk verläuft quer zur Strömungsrichtung der Steyr, es leitet Schotter vom Steyr-Fluss in das Entlastungsgerinne und reduziert so die Ablagerungen im Stadtgebiet. Bei normalem Wasserstand wird die Sohlschwelle überströmt. Das Projekt wird voraussichtlich Ende Juni dieses Jahres fertig sein. Das gesamt Naherholungsgebiet wird nach Abschluss der Arbeiten durch zusätzliche Projekte noch attraktiver. Ich möchte nur festhalten, das ist ja ein wunderschönes Naherholungsgebiet das dort unten entsteht. Zusätzlich gibt es noch zwei schöne Projekte die der Bevölkerung von Steyr in Zukunft sehr viel Freude machen werden und zwar, unter anderem wird in der Unterhimmler Au eine Streuobst-Wiese mit etwa 220 Obstbäumen angelegt. Jeder der dort vorbei geht kann dieses Obst selbst pflücken, kosten und testen. In der Au ist auch ein Natur-Erlebnisweg geplant. Und zwar in Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus wird dort auch ein naturnaher Erlebnisweg errichtet, so Barfußweg und Ähnliches. Also ein wirkliches Highlight für die Stadt Steyr. Ich glaube, es kann sich jeder darauf freuen, wenn dieser Bereich fertig wird.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister machst du dann die Betreuung der Bäume?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na selbstverständlich. Da gibt es überhaupt keine Diskussion.

Auch an der Enns wird auf Hochtouren gearbeitet

Auch an der Enns wird auf Hochtouren am Hochwasserschutz-Projekt gearbeitet. Zur Zeit wird die Insel zwischen der Ufergasse und dem Stadtteil Münichholz verkleinert und der Innenbogen des Flusses im Bereich Schlüsselhof aufgeweitet. Dadurch erhöht sich die Fließgeschwindigkeit des Gewässers. Bereits Ende 2008 ist auf der Insel und auf dem Innenbogen gerodet worden, seit Anfang Jänner 2009 ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. Es geht um keine unwesentlichen Maßnahmen die hier in Steyr gesetzt werden.

Mit diesem Abtrag-Material werden wir im Stausee Staning etwa auf Höhe der Mülldeponie eine neue Insel aufschütten. Bis spätestens Sommer 2009 wird das Projekt an der Enns abgeschlossen sein. Das letzte Hochwasser-Vorhaben an der Enns, die Absenkung des Flussbettes, wird bereits vorbereitet. Insgesamt werden alle diese Maßnahmen den Wasserstand bei einem hundertjährlichen Hochwasser im Bereich Zwischenbrücken um etwa 80 Zentimeter reduzieren. Und zwar das wird bei zukünftigen Hochwässern merkbar sein. Und zwar deutlich merkbar und die Bewohner entlang von Steyr und Enns werden auch dadurch massive Vorteile haben. Ich möchte das auch sehr deutlich sagen, dass die Immobilien, die entlang dieser Gewässer stehen, natürlich auch eine Wertsteigerung erfahren werden, wo sich sicher der Einzelne darüber sehr freuen wird.

Dann möchte ich noch berichten über ein Schreiben des Landes OÖ betreffend der Entwicklung der Gemeindeertragsanteile im Jahr 2009. Also nicht so eine angenehme Geschichte.

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit dem Voranschlagserlass vom 3. 11. 2008 wurde den Gemeinden auf Basis der damaligen Prognose des Bundesministeriums für Finanzen die Höhe der für 2009 zu erwartenden Gemeindeertragsanteile mit + 1,6 % bekannt gegeben. Das Bundesministerium für Finanzen hat nunmehr wegen der wirtschaftlichen Entwicklung die seinerzeitige Prognose korrigieren müssen und erwartet einen Rückgang der Gemeindeertragsanteile um 3,77 %.

Ich möchte dazu noch erwähnen, dass wir voriges Jahr Gemeindeertragsanteile in der Höhe von ca. 39,5 Millionen Euro bekommen haben. Wir haben aber da schon im Budget voriges Jahr beschlossen, dass wir nur 39 Millionen reingeben. Trotzdem wird uns diese Entwicklung treffen und wir werden um ca. 1 bis 1,5 Millionen Euro weniger Ertragsanteile bekommen. Das soll jedem klar sein. Es braucht sich aber keiner Sorgen machen, wir haben durch die vernünftige Budgetpolitik der ganzen Jahre auch entsprechende Rücklagen gebildet. Wir haben 12 Millionen. Da brauchst du nicht lachen, Gunter, wir haben 12 Millionen Rücklagen. Das war eine sehr vorsichtige Budgetierung und wir werden diese 1 bis 1,5 Millionen auf alle Fälle dort unterbringen können. Es wird aber natürlich, das muss ich auch ganz klar sagen, dieses Budgetjahr kein einfaches. Das hat aber nicht die Stadt zu verantworten, sondern da gibt es sehr wohl andere Verantwortliche die weit weg von uns zu suchen sind und die uns natürlich diese Situation eingebrockt haben. Das muss man auch ganz klar sagen. Ich kann da auch nicht unbedingt Wunder wirken oder irgendetwas anderes hier präsentieren.

Eine ganz angenehme Geschichte die ich heute, und das kommt ganz selten vor, präsentieren möchte und zwar: Als Bürgermeister erlebt man sehr selten, dass jemand eine finanzielle Unterstützung der Stadt zurückzahlt.
Die Steyrerin Emmi Glas hatte im Jahr 1967 vom damaligen Bürgermeister Josef Fellinger eine Subvention für den Verband der katholischen Hausgehilfinnen in Höhe von 100.000 Schilling bekommen. Dieses Geld war für die Einrichtung eines neuen Heims der Hausgehilfinnen und Pfarr-Haushälterinnen auf dem Wieserfeldplatz verwendet worden. Vor Kurzem hat Emmi Glas diesen Betrag - umgerechnet in Euro, also die 7.200 Euro in etwa - zurückgegeben. In einem Schreiben von Frau Emmi Glas heißt es: „Ich hatte mir von Anfang an fest vorgenommen, die Schulden zurückzuzahlen, ohne die Hilfe der Stadt stünde das alte Haus aus dem Jahr 1918 noch hier.“ Frau Glas hätte nichts zurückzahlen brauchen, es hat sich damals um eine Subvention, um eine nicht rückzahlbare Subvention, gehandelt, wir können den Betrag von ca. 7000 Euro als Spende betrachten. Das Geld wird die Stadt für die Kindersoforthilfe verwenden.

Wir kommen zur nicht geraden angenehmen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Hier kann ich Folgendes berichten.

Die Arbeitslosenquote im Februar 2009 betrug 8,9 % und ist im Vergleich zum Vormonat 0,8 % höher. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 3,1 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Februar 2009 3.534. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 9,3 % (d.s. 302 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 58,3 % (d.s. 1.301 Personen). Also eine sehr dramatische Entwicklung.

Im Februar 2009 sind 335 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 140 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 104 Stellen weniger.

Wir kommen jetzt zu Punkt 4), **„Aktuelle Stunde“**.

Insgesamt sind von den Fraktionen drei Themen zur Behandlung in der „Aktuellen Stunde“ an mich ergangen.

Aus diesem Grund möchte ich Sie an § 11 GOGR erinnern, in dem festgelegt ist, dass „die Aktuelle Stunde“ eine Dauer von 60 Minuten nicht überschreiten soll. Der/Die Vorsitzende hat das Recht, die „Aktuelle Stunde“ nach 120 Minuten jedenfalls für beendet zu erklären. Die Redezeit der jeweiligen Fraktionsvertreter ist mit jeweils 10 Minuten, die der Mitglieder des Stadtsenates mit jeweils 5 Minuten beschränkt.
Ich bitte meinen Büroleiter hier auch auf die Stoppuhr zu drücken.

Die FPÖ-Fraktion Steyr ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Lustbarkeitsabgabe“.

Ich ersuche einen Vertreter der Freiheitlichen GR-Fraktion dieses Thema näher auszuführen.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste, werte Vertreter der öffentlichen Medien. Die Freiheitliche GR-Fraktion hat ja deswegen für die heutige GR-Sitzung eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema Lustbarkeitsabgabe beantragt, weil dieses Thema bereits seit Monaten auch in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert wird und weil vor allen Dingen die politisch Verantwortlichen bis dato nicht in der Lage waren die damit in Verbindung stehenden Probleme aufzuklären und zu lösen. Begonnen hat ja diese Diskussion damit, dass über Pressemeldungen bekannt wurde, dass man einem Kinobetreiber 300.000 Euro an Lustbarkeitsabgabe erlassen bzw. nicht eingehoben hat. In einer ersten Stellungnahme hat der Herr Bürgermeister, ich zitiere sinngemäß, gemeint, ja, das schaut nicht gut aus, das bedarf einer raschen Klärung dieser ganzen Angelegenheit. Aber wie, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat diese Klärung ausgesehen? Trotz mehrmaliger Zusammenkünfte und Besprechungen der Fraktionsobleute, trotz intensivster Nachfragen aus welchem Grund man diesem Kinobetreiber diese 300.000 Euro erlassen hat und wer diese Anordnung gegeben hat, wer eine Weisung gegeben hat diesen Betrag zu erlassen, war es nicht möglich, bei diesen Besprechungen diese Thematik aufzuklären. In weiterer Folge hat dann der Herr Bürgermeister eine hausinterne Überprüfung über das Kontrollamt veranlasst und da gibt es jetzt wieder eine neue Version. Und zwar hat man dort festegestellt, dass es doch eine Möglichkeit gibt, auf Wege nicht über den Gemeinderat und den Stadtsenat, sondern über zuständige Referenten bzw. des Bürgermeisters hier jemanden Lustbarkeitsabgabe zu erlassen. Nachdem ja das eine sehr ausführliche Diskussion im Kontrollausschuss war und mein Kollege Payrleithner dort vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion vertreten ist, wird er dann den zweiten Teil dieser Wortmeldung übernehmen. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die Äußerungen unseres Fraktionsobmannes aus der Sicht eines Mitgliedes des Kontrollausschusses um ein paar Sätze ergänzen. Dieses Thema wurde ja schon zum großen Interesse der Steyrer Bevölkerung in den Medien abgehandelt. Viele Menschen verstehen nicht, aus nachvollziehbaren Gründen, warum manche eine vom Gemeinderat beschlossene Abgabe, bezahlen und eine andere nicht bezahlen müssen. Jetzt hat sich herausgestellt, dass der Bürgermeister, und das geht auch aus dem Kontrollamtsbericht, diesen Kontrollamtsauftrag hat ja der Herr Bürgermeister selbst beauftragt, hervor, dass er sehr wohl in der Lage ist, und auch berechtigt ist, jemanden eine vom Gemeinderat vorgeschriebene Abgabe zu erlassen, unter gewissen Voraussetzungen. So steht es zumindest da herinnen. Das Landesabgabegesetz sieht diese Möglichkeit vor, wenn jemand besondere wirtschaftliche Probleme hat, wie es in dem konkreten Fall angeblich der Fall war, kann man diese Abgabe erlassen. Zum 1. sagen sich jene, die diese Abgabe natürlich immer fristgerecht bezahlt haben, warum erlässt man einem die Abgabe in Steyr und jemand anderen nicht. Das 2., wenn jemand in Steyr wirtschaftliche Probleme hat und eine Abgabe nicht bezahlen kann, dann gibt es ja verschiedene Möglichkeiten. Man kann z. B. das offensiv angehen, man kann die anderen Fraktionen einladen zu einer Besprechung und denen erklären um was es geht und eine Lösung herbeiführen. Das ist vielleicht auch der Grund, warum wir das heute hier zum Thema gemacht haben. Es steht ja ein Bürgermeisterwechsel ins Haus und vielleicht sollte in Zukunft über diese Dinge doch etwas offener, transparenter und in einem neuen Stil hier Politik gemacht werden im Haus. Das ist ja für den Herrn Hackl, er ist ja angeblich der Kronprinz in diesem Haus, vielleicht eine gute Aufgabe, dass man in Zukunft über diese Dinge anderes hier debattiert. Ich meine das durchaus ernst, weil es bringt ja unter dem Strich nichts. Es kann ja durchaus sein, dass jemand Probleme hat, aber warum soll man das im Hinterstübchen immer abhandeln, so nach dem Motto, es wird schon keiner draufkommen. Wie man sieht, ist nicht so fein gesponnen, als dass es doch nicht eines Tages ans Licht käme, wie es so schön heißt. Es hat halt in dem Fall ein paar Jahre gedauert und es ist dann doch publik geworden. Diese Dinge sollten einmal nicht nur bereinigt werden, sondern sollten in Zukunft, und das ist die Kernansage und unser Hauptanliegen der Freiheitlichen GR-Fraktion, anders behandelt werden. Es geht ja nicht nur um diese Causa, ihr wisst es alle, es geht auch um diese leidige Geschichte mit der Umwidmung Vorwärts usw.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Vorwärtsumwidmung gibt es keine.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Es geht darum, wie man über diese Dinge da herinnen debattiert. Das ist ein Faktum. Du weißt auch ganz genau, dass das nicht so in Ordnung ist. Es ist auch von der Aufsichtsbehörde, das ist in dem Fall das Land OÖ, wo wir ja seitens der Freiheitlichen GR-Fraktion eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht haben, lt. Auskunft auch deinerseits, des Magistrates, es ist so in den Medien gestanden, es ist uns ja auch Recht gegeben worden, dass diese Vorgangsweise, wie sie hier vorgenommen wurde, nicht richtig ist. Das sollte man in Zukunft vielleicht anders angehen. Es geht um das Geld der Bürger in Steyr. Es fehlt uns letzten Endes. Es sind nicht nur 300.000 Euro, es sind laut Kontrollamtsbericht 327.000 Euro immerhin, die hier nicht entrichtet wurden. Es hat zwei Bürgermeister inzwischen beschäftigt, es wird auch wahrscheinlich deinen Nachkommen noch beschäftigen, weil so schnell wird das nicht aus der Welt geräumt sein dieses Problem. Ich hoffe, dass wir vielleicht dann im Herbst oder auch jetzt schon bei der Bürgermeisterübergabe hier, was diese Art der Behandlung von Problemen angeht, einen neuen Stil erleben werden. Herr Kollege Hackl, hören Sie mir gut zu, vielleicht können wir dann wieder auch gemeinsam hier in Zukunft Dinge im Interesse unserer Bürger anders angehen als in der Vergangenheit. Die Steyrer, glaube ich, haben es sich verdient.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Kurt.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, im Speziellen auch die vielen Gäste die heute gekommen sind, wirklich schön, dass man einmal sieht, dass mehr Leute herinnen sitzen als bloß wir da, herzlich willkommen. Dieses Thema, das heute angefangen worden ist, ist durchaus geeignet auch einer größeren Öffentlichkeit kund getan zu werden, weil ich glaube, weil auf der einen Seite, seitens des Hauses, immer auf die Sensibilität der Daten von Wirtschaftstreibenden hier in Steyr darauf hingewiesen wird, auf der einen Seite, wenn man immer sagt, was weiß ich, na, aber das darf nicht in die Öffentlichkeit, wie viel dass einer Gewerbeförderung oder so etwas bekommt. Das verstehe ich auch zum Teil, das ist mir ganz klar. Nichtsdestotrotz handelt es sich um ihr Geld hier herinnen das Sie bezahlen mit Ihren Steuern. Darüber Auskunft zu erteilen ist vielleicht nicht nur einmal im Jahr im Rechnungsabschluss, sondern vielleicht auch öfters einmal gut. In dem speziellen Fall, wo es sich um einen Kinobetreiber handelt, hat es ja, wie gesagt, das ist ja schon erwähnt worden, eine Prüfung des Kontrollausschusses gegeben mit einem recht interessanten Inhalt. Also, die Geschichte ist ja schon fast 10 Jahre her. Es ist dann mit dem Umbau des Kinos, der Kinobetreiber zu Recht an die Gemeinde gekommen und hat gesagt, wisst ihr was, ich habe jetzt investiert, könnt ihr mir nicht ein bisschen entgegen kommen. Es ist, zum Unterschied von den Wortmeldungen vorher, zu keiner Abschreibung oder sonst etwas gekommen, sondern man hat gesagt, okay, wir können es machen, wir können die Steuer aussetzen, aber wir schauen uns das noch einmal an und schauen wie ist denn der wirtschaftliche Betrieb dort oben, wie läuft denn das an und eigentlich wollen wir ja ein Kino in Steyr haben und auch vielleicht in diesem Ausmaß. Was die Krux bei dieser Geschichte ist, es hat sich das keiner mehr angesehen. Das ist im Grunde genommen ein Versäumnis. Das Versäumnis fängt schon damit an, dass der Betreiber dieses Kinos eigentlich nie gebeten worden ist über seine wirtschaftliche Gebarung einmal Auskunft zu erteilen. Weil wenn ich heute sage mir geht es schlecht, dann erinnert mich das an das Lied des Kaufmannes, dem geht es immer schlecht, was ich auch verstehe, aber auf der anderen Seite muss er auch irgendwann einmal sagen, jetzt habe ich genug eingenommen und ich bezahle meine Steuern, die ich ja bezahlen muss, so wie jeder andere hier herinnen. Das ist aber nie gefragt worden. Es ist nie gefragt worden, lieber Herr Kinobetreiber wie geht es Ihnen denn eigentlich, und wäre es nicht wieder an der Zeit, dass wir auf unsere Steuer zurückgreifen, die wir eigentlich zu bekommen haben. Mittlerweile sind die Jahre ins Land gezogen. Es ist schon erwähnt worden, 337.000 Euro sind angefallen, aber noch nicht bei uns im Taschl. Jetzt frage ich mich, wie wir weiter in dieser Causa fortfahren wollen, weil wenn Sie ihre Abgaben, wenn Sie heute eine kleine Veranstaltung hier in Steyr machen, und Sie müssen Lustbarkeit zahlen, ich weiß nicht, in der Höhe von 100 oder 200 Euro und Sie zahlen es nicht, weil Sie sagen, es war leider so ein schlechter Betrieb, es sind zuwenig Leute gekommen und, und, und, könnten Sie uns das nicht ein bisschen erlassen oder schieben, dann werden Sie wahrscheinlich keine positive Antwort bekommen, weil das jeder im Vorhinein weiß. Gut, man kann jetzt einlenken, dass man sagt, es war eine große Investition, es ist im allgemeinen Interesse. Nichtsdestotrotz ist die Abteilung hier im Haus angehalten, wenn es möglich ist, auch die notwendigen gesetzlichen Vorschreibungen hier einzutreiben. Was haben wir jetzt getan? Wir versuchen jetzt, dass wir den Kinobetreiber bitten, dass er seine Bilanzen der letzten Jahre einfach herzeigt und uns sagt, wie es ihm denn wirklich geht. Das ist so die eine Geschichte. Das ist ja damals vermieden worden, oder nicht vermieden worden, sondern es gibt angeblich eine Weisung, zwar nicht schriftlich aber mündlich, an den damaligen Beamten der für das zuständig war, es sozusagen auszusetzen, aber nicht der Hinweis darauf, dass man auf die Bilanzen schaut, son-

dern man setzt es aus. Das hat sich bis zum heutigen Tage so erhalten. Jetzt möchte man gerne bitte die Bilanzen haben und dann sollte man darüber urteilen. Aber eines ist auf jeden Fall auch klar, wenn wir ihm jetzt die 337.000 Euro abknöpfen, dann machen wir ihn wirklich hin. Dann machen wir ihn wirklich kaputt. Das hätte sich vielleicht schon Jahre vorher, wenn man gesagt hätte, bitte, unsere Steuern, vielleicht nicht in dem Ausmaß gezeigt. Aber jetzt am Schlag 337.000 Euro zu bezahlen, dann können wir das Kino zusperren. Das ist der Fluch der bösen Tat, weil das hätte man vermeiden können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir die 337.000 Euro in den Wind schreiben und das Kino dort oben läuft weiter wie gestern, vorgestern und vorvorgestern. So kann es nicht sein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Ich glaube ein bisschen weiter muss man ausholen. Die Lustbarkeitsabgabe wird im Prinzip geregelt vom Land OÖ. Das Land OÖ schreibt für bestimmte Fälle vor, dass eine Lustbarkeitsabgabe einzuheben ist. Nicht verpflichtend vorgesehen ist es nach dem Landesstatut für sportliche Vorführungen und für die Abgabe von Vorführungen von Bildstreiben. Die Stadt Steyr hat sich jedoch anders entschlossen und hat gesagt, wir heben auch bei der Vorführung von Bildstreifen, also Kinofilmen, praktisch Lustbarkeitsabgabe ein. Dazu gibt es einen Beschluss, eine Abgabenverordnung der Stadt Steyr, d. h., das ist beschlossen festgelegt. Die zuständige Behörde, die Abteilung, ist verpflichtet, diese Steuern auch einzuheben. Jetzt ist im Jänner 2002 der Herr Röber an die Stadt herangetreten und hat gesagt, ich möchte nicht die volle Lustbarkeitsabgabe bezahlen, sondern nur 50 %. Wenn ich den Ausführungen vom Kollegen Apfelthaler folge, dann möchte ich nur eines noch hinzufügen. Der Herr Röber hat natürlich schon eine massive Unterstützung der Stadt Steyr für seinen Kinoausbau bekommen. Es ist nicht so, dass er keine Wirtschaftsförderung bekommen hat, sondern eine sehr, sehr massive, wo wir alle mitgestimmt haben und alle der Meinung waren es ist gut, weil wir brauchen ein Kino, wir wollen es im Stadtzentrum und wir unterstützen das. Das haben wir alle beschlossen und das ist in Ordnung. Nicht diskutiert wurde, nicht einmal im Ansatz, darüber, dass man die Lustbarkeitsabgabe halbiert oder überhaupt nicht einhebt. Als das erstmalig dann im Herbst 2008 ruchbar wurde, dass es da Probleme gibt, haben wir natürlich gefragt. Sie haben das heute eh schon ein bisschen mit diesen Anfragen auch mitbekommen, wie bereitwillig hier Auskunft gegeben wird. Und als wir in den diversen Sitzungen und Anfrage noch immer keinen wirklich klaren Überblick bekommen haben, ist dann von der Freiheitlichen Fraktion ein Antrag auf Überprüfung beim Land OÖ erfolgt. Die ersten Auskünfte die wir erhalten haben, waren gänzlich anders wie jene, die sich dann im Prüfbericht des Kontrollamtes dargelegt haben. Der Herr Bürgermeister hat wiederholt gesagt, ich habe keine Weisung gegeben. Ein Beamter des Stadtsteueramtes hat gesagt, ich habe eine Weisung bekommen, ich habe das nicht freiwillig gemacht, ich mache so etwas nicht freiwillig. Auch verständlich. Der Herr Röber hat zu mir dann, in einem persönlichen Gespräch, das er auf der Wirtschaftskammer mit mir geführt hat, gesagt, Herr Mayrhofer, ich habe angesucht. Meine finanzierende Bank hat sogar beim Magistrat angefragt, wie das jetzt ausschaut, bevor der Bau erfolgte. Für die Interessierten, das war 2001. Diese finanzierende Bank hat offiziell bei der Stadt Steyr angefragt, wird die Lustbarkeitsabgabe eingehoben. Laut Aussage vom Herrn Röber, im Beisein seiner Tochter Fleur, hat der Finanzdirektor der Stadt Steyr gesagt, nein, sie wird nicht eingehoben. Jetzt frage ich schon, mit welcher Kompetenz kann ein Beamter der Stadt Steyr über Steuermittel verfügen, die, wie sich jetzt herausgestellt hat, fast auf die 400.000 Euro zugehen, weil mit der Verzinsung sind wir bei fast genau 400.000 Euro. D. h., keiner hier herinnen, da gehe ich einmal davon aus, vielleicht ausgenommen des Herrn Bürgermeisters, ist

wirklich damit befasst worden. Es ist kein Gremium angesprochen worden, es gibt keinen Beschluss darüber. Für mich drängt sich da nur ein Einziges auf. Das ist 1. Amtsmissbrauch, das ist 2. grob fahrlässig. Die ersten Aussagen, uns gegenüber, haben nicht von einer Aussetzung gesprochen, sondern da hat es geheißen, wurde nicht eingehoben, aber es ist nichts aus der Zeit, das können wir immer noch einheben. Wortwörtlich. Dann hat man sich anscheinend die Gesetzesmaterie ein bisschen genauer angeschaut und hat gesagt, jetzt kommen wir aus dieser Geschichte nur raus, wenn wir sagen, wir haben die ganze Geschichte ausgesetzt. Bei einer Aussetzung fallen keine Zinsen an. Die Aussetzung setzt aber voraus, dass man die Einbringung dieser Gebühren und Steuern versucht hat und dass man sich über die Zahlungsunfähigkeit vergewissert hat. Der Prüfbericht des Landes OÖ, laut den Zeitungsmeldungen, sagt ganz klar, diese Überprüfung hat nicht stattgefunden. Noch einmal, das ist grob fahrlässig, weil sie nicht stattgefunden hat, weil kein Bescheid ausgestellt wurde und damit auch offiziell dem Schuldner in dem Fall nicht mitgeteilt wurde, wie viel er überhaupt zu zahlen hätte. Weil da ist nur eines passiert, der hat selber irgendetwas gemeldet. Ich gehe einmal davon aus, in der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes hat der Herr Röber seine tatsächlichen Umsätze gemeldet, aber es wurde nie überprüft. Noch einmal, grob fahrlässig. Das Land OÖ ist dann ganz offensichtlich bei dieser Prüfung zum Schluss gekommen, eine Aussetzung, dafür fehlen die rechtlichen Voraussetzungen. Es ist keine Aussetzung. Wenn aber keine Aussetzung ist, dann bedeutet das, der Bürgermeister und die Zuständigkeit des Behördenleiters, hat im eigenen Wirkungsbereich die Möglichkeit, ich zitiere: Der Bürgermeister ist berechtigt, im Einzelfall Subventionen bis zu einem Betrag von 1.817 Euro zu gewähren. Wir reden von 400.000 Euro über die kein Beschluss herbeigeführt wurde. Ich gehe einmal davon aus, wirklich in der Kenntnis der Situation hier, dass der Bürgermeister wahrscheinlich wirklich nicht gewusst hat wie die rechtliche Materie sich darstellt. Die ist komplex und wie man sieht waren auch unsere Juristen anderer Meinung wie im Land. Nur, dazu gibt es Juristen. Dazu gibt es Fachabteilungsleiter, dazu gibt es Geschäftsbereichsleiter, die die Politiker zu beraten haben, sie zu informieren haben und auf deren Aussage man sich auch verlassen sollte.

Wenn eine Stundung erfolgt, dann brauche ich bei dieser Summe einen Gemeinderatsbeschluss. Eine Stundung würde aber bedeuten, dass Zinsen anlaufen. Bei diesem Betrag in Höhe von ungefähr 60.000 Euro. Damit sind wir auf den zitierten 400.000 Euro die effektiv derzeit aushaften. So, jetzt können wir aber die Jahre 2002, 2003 nicht mehr einfordern. Das ist verjährt. Da sind uns ungefähr 87.000 Euro schon einmal fix durch die Lappen gegangen. Da ist der Stadt alleine dieser Betrag schon durch die Lappen gegangen. Über das andere, ist über die Einbringbarkeit schon diskutiert worden, ob tatsächlich die finanzielle Situation so ist, muss man sich anschauen, aber, Herr Bürgermeister, ich habe ein gewisses Verständnis für dich und deine Reaktion, du hast bei einem anderen Prüfbericht gesagt, aufgrund des Ergebnisses möchte ich ein Disziplinarverfahren machen. Das steht dir, glaube ich, als Bürgermeister zu. Ich bin der Meinung, in dem Fall brauchen wir mit Sicherheit auch ein Disziplinarverfahren. Wir müssen schauen, wie schaut es mit der Amtshaftung aus, wie schaut es mit der Mitarbeiterhaftung aus, wer kommt für den Schaden auf, den der Stadt dadurch entstanden ist. Und, Herr Bürgermeister, alles kann man auch nicht einem Bauernopfer auflasten und sagen, jetzt haben wir einen Schuldigen, der geht eh jetzt und der ist für alles verantwortlich. Da muss man sich schon das System anschauen. Da muss man sich anschauen wie ist das Sittenbild hier herinnen und was muss geändert werden, damit so etwas nicht mehr vorkommt.

Noch einmal, mit allem was man versteckt, wo man nicht wirklich bereitwillig Auskunft gibt, fordert man heraus, dass es schief geht. Und den Antrag zur Überprüfung, wenn ich mir das jetzt anschaue was sich abspielt im Bereich Kultur, Heimatmuseum, da haben wir die nächste Baustelle und da wird der nächste Antrag auf Überprüfung passieren. Und schön langsam brauchen wir eine Gebarungsprüfung, ob die Stadt überhaupt noch in der Lage ist,

ihren Geschäften und ihren Auflagen nachzukommen, weil so wie es derzeit ausschaut, ist es eine Augenauswischerei.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte auf einen ganz anderen Aspekt eingehen als meine Vorredner. Das steht unter dem Titel „Manche sind gleich, andere sind gleicher“ und dass in dieser Stadt unterschiedliches Recht für die Bürgerinnen und Bürger gilt und das ist nicht in Ordnung und vehement zurückzuweisen. Beim Thema Lustbarkeitsabgabe, die wir ja jetzt schon ausführlich behandelt haben, gibt es eine Stellungnahme des Geschäftsbereiches II, wo drinnen steht, dass die Stadt Steyr die Lustbarkeitsabgabenordnung hinsichtlich aller Kinobetriebe novellieren wollte, Betonung, hinsichtlich aller Kinobetriebe, und zwar bereits im Jahr 2004. Wir haben aber unsere Lustbarkeitsabgabenordnung seit 2002 nie geändert. Die ist noch immer so wie sie war. Und die aus 2002 basiert im Prinzip auch auf einer Lustbarkeitsabgabenordnung aus früheren Jahren nämlich 1997. Das Einzige was angeglichen worden ist waren Schilling- und Eurobeträge. D. h., eine Lustbarkeitsabgabenordnung die seit 1997 gilt. In dieser Lustbarkeitsabgabenordnung steht ganz dezidiert drinnen, dass nicht jeder Kinobetreiber, oder dass ein Kinobetreiber nicht automatisch einen gewissen Prozentsatz zahlen muss, sondern dieser Prozentsatz abhängig ist von seinem Umsatz. Sprich, macht er bessere Geschäfte, muss er mehr bezahlen, macht er schlechtere Geschäfte, weniger Umsatz, zahlt er weniger. Das sind bei 21.800 Euro Jahresumsatz 3 % von der Eintrittskarte. Pro 7.200 Euro kommt ein Prozentpunkt dazu, d. h., dann zahlt man eben 4 %, macht man noch mehr Umsatz, noch einmal 7.200 mehr, zahlt man 5 % und das steigert sich dann bis maximal 10 %. D. h., das Maximale was jemand bezahlt als Kinobetreiber, wenn er gute Umsätze macht, dann sind das laut dieser Lustbarkeitsabgabenordnung, die der Gemeinderat der Stadt Steyr 1997 beschlossen hat und in diesem Punkt nicht geändert hat und bis heute gilt, sind das maximal 10 %. So, jetzt haben wir von den Vorrednern gehört, dass diese 10 % oder weniger, wenn der Kinobetreiber eben weniger Umsatz gemacht hat, 3 % einzuheben gewesen wären. Das steht auch ganz genau in dieser Abgabenordnung drinnen. Es kann auch nie einen Rückstand geben. Es ist unmöglich, dass es einen Rückstand gibt, und zwar deshalb, weil in dieser, noch immer gültigen, von diesem Gemeinderat bzw. deren Vorgängern beschlossen, die Einstufung erfolgt für jedes Kinounternehmen vorläufig nach dem Jahresbruttoumsatz des vorangegangenen Kalenderjahres. D. h., ich muss immer meine Umsätze bekannt geben, logischerweise aus dem Vorjahr, bezahle dann im Endeffekt meinen Lustbarkeitsabgabe je nachdem was ich Umsatz gemacht habe, und der Umsatz des Vorjahres ist Berechnungsgrundlage für das nächste Jahr. Da kann sich niemals eine Steuerschuld ergeben. Wir haben gehört, das war alles ganz anders.

Aber, und jetzt zu dem, „Manche sind gleich und manche sind gleicher“. Es gibt jetzt ja nur mehr einen Kinobetreiber. Aber es gab früher auch andere die Kino machten. Da gab es z. B. den Filmclub Steyr, einen Verein. Das ist schon ganz interessant, für Wanderkinovorführungen die sechs Wochen umfassten, und wo nicht täglich gespielt wurde, wurde eine Lustbarkeitsabgabe vorgeschrieben. Nicht von 3 %, nein, von 10 %. D. h., die Höchststumme die möglich ist, der Höchstbetrag, diese 10 %, wurde für jemanden vorgeschrieben der einen Umsatz gemacht hat von nicht einmal 5.000 Euro. Der musste die 10 % zahlen. Das muss man sich einmal vorstellen. Der eine macht viel höhere Umsätze, müsste den Maximalbetrag zahlen, der andere müsste aufgrund unserer Verordnung das nicht zahlen und dem verrechnen wir 10 %. Das haben wir gemacht. Wissen Sie, wie viel er wahrscheinlich zahlen hätte müssen, wenn wir unsere Lustbarkeitsabgabenordnung auch tatsächlich vollziehen? Null Komma Null Prozent, weil es nämlich einen eigenen Pas-

sus gibt, in unserer eigenen Lustbarkeitsabgabenordnung, wo dezidiert drinnen steht, dass Bildstreifen, die als besonders wertvoll, als wertvoll oder sehenswert gelten, für die wird keine Lustbarkeitsabgabe eingehoben. Na ja, uns so weit ich mich erinnern kann war gerade das Wanderkino Filmclub Steyr jene Einrichtung, die solche Filme gebracht hat. D. h., Fazit, wir haben jemanden, der, wenn wir unsere Lustbarkeitsabgabenordnung vollziehen, entweder gar nichts bezahlt hätte, oder vielleicht für einzelne Filme 3 % bezahlt hätte, haben wir 10 % des Umsatzes vorgeschrieben, und zwar mit 16. September 1997 bei dieser gültigen Lustbarkeitsabgabenordnung. Ja, und müßig festzuhalten, dass der Filmclub Steyr diese, mit Vorschreibung 16. 9., rund 500 Euro, jetzt umgerechnet, Lustbarkeitsabgabe auch tatsächlich bezahlt hat am 26. September. Der ist sie nicht schuldig geblieben. Nur diesen Filmclub gibt es auch nicht mehr. Den hat man unter anderem durch solche Maßnahmen de facto umgebracht. Und dann besitzt man die bodenlose Frechheit, in einem Bericht, in einer Stellungnahme des GB II hineinzuschreiben, Überlegungen gingen voraus, die Stadt Steyr hinsichtlich durch aller Kinobetriebe entsprechend zu novellieren. Wir haben ja nur einen, dann soll man wenigstens sagen, des besprochenen Kinos und dann gibt es eine Causa Röber. Und das, was ich dann auch sehr interessant finde, ist für mich, dass in dieser Stellungnahme, die jetzt aktuell gekommen ist, drinnen steht, man wollte ja die Lustbarkeitsabgabenordnung novellieren. Kann man ja. Wir könnten ja auch beschließen, dass man für Kinos gar nichts einhebt. Da habe ich kein Problem damit. Ich würde mir aber wünschen, dass es auch gilt für alle Kulturveranstaltungen, für Kabaretts, für Konzerte usw. und nicht nur für das Kino. Und dafür kämpfen jene, die im Kulturausschuss sitzen schon seit Jahren, dass das passiert, nur da hat es immer geheißen, das können wir uns finanziell nicht leisten. Für alles und jedes heben wir Lustbarkeitsabgabe ein, aber hier sagen wir, da machen wir einen eigenen Fall. Und dann steht in diesem Bericht drinnen, die entsprechenden Anträge, im Zusammenhang mit der Änderung der Lustbarkeitsabgabe bzw. einer Gewerbeförderung für das Kino Röber, wurde von den politischen Entscheidungsträgern ausführlich diskutiert. Da jedoch absehbar war, dass keine politische Mehrheit im Gemeinderat zu finden war, wurde die vorläufige Weiterführung der Aussetzung der Abgabeeinhebung angeordnet. Ausführlich diskutiert. Sehr verehrte Damen und Herren, ich sitze seit 11 Jahren in diesem Gemeinderat, es gab keine Ausschusssitzung wo das jemals diskutiert worden wäre, es gab keine Fraktionsvorsitzendensitzung wo das diskutiert worden wäre. Ich sehe mich aber sehr wohl auch als politischer Entscheidungsträger. Und wenn hier von politischen Entscheidungsträgern gesprochen wird, wir aber wissen, dass das nicht Vertreter der FPÖ gewesen sein können, weil die sitzen auch in diesem Ausschuss, und nicht Vertreter der ÖVP und nicht Vertreter der Grünen und ich auch nicht, d. h ., dann bleibt eigentlich nur über, der politische Entscheidungsträger war, der Stadtsenat übrigens war es auch nicht, es gab auch keine Stadtsenatssitzung, der Herr Bürgermeister. Das war der politische Entscheidungsträger. Dann ist es schon ganz eigenartig, dass anscheinend der Bürgermeister mit sich selbst nicht eins ist, ob er das jetzt gewähren will oder nicht, weil sonst kann nicht die Rede sein, dass sich die politischen Entscheidungsträger nicht einigen konnten. Es bleibt nur einer übrig. Damit wäre ja wohl auch die Mehrheit im Gemeinderat gewesen. Was ich damit sagen will ist, diese Stellungnahmen, die wir jetzt bekommen, das haben meine Vorredner auch schon ein bisschen angesprochen, die sind zurechtgebastelt, sie stimmen zum Teil auch gar nicht, nachweislich nicht. Was mir in diesem Zusammenhang besonders Leid tut ist wirklich, dass Vereine oder auch gewerbliche Anbieter, aus vielen anderen Bereichen, diese Lustbarkeitsabgabe bezahlen müssen, hier wir wirklich einen Fall gemacht haben, wo es um viel Geld geht, der muss es nicht zahlen. Ich glaube, das eingangs zitierte Beispiel vom Filmclub Steyr sagt eigentlich alles, da haben wir Lustbarkeitsabgabe eingehoben obwohl wir es, laut unserer eigenen Verordnung, gar nicht tun hätten dürfen. So schaut es aus.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. 19. März 2009. Unter diesem Gesichtspunkt muss man das auch betrachten. 2009 ist ein Superwahljahr.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und Josefitag.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das habe ich nicht gesehen. An alle, die heute Namenstag haben, einen herzlichen Glückwunsch. Ich weiß nicht, wer da in diesem Kreise ist.
Mit Montag haben die Arbeiterkammerwahlen begonnen, die jetzt 14-tägig, Kollege Payrleithner, ...

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
12 Tage.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... stattfinden, im Juni werden die EU-Wahlen stattfinden. Es werden dann im September die Landtags- und die Gemeinderatswahlen in OÖ und die Direkt-Bürgermeisterwahl ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Darum gibt es auch heute einen Antrag auf Gratiskindergartenessen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aber nicht mit September. Wir kommen auf das Thema noch zurück. Wir haben noch das Vergnügen, ich bin ja mittlerweile auch viele Jahre herinnen, die längste Gemeinderatssitzung hat gedauert, für alle jene die es nicht wissen, bis 3.30 Uhr. Von 14 Uhr bis 3.30 Uhr. Also, ich kenne das schon und ich halte das aus. Ich habe auch die Kondition, dass ich so lange hier bleibe.
Aber unter dem Gesichtspunkt, und das meine ich schon ernst, muss man das natürlich auch betrachten. Man versucht, und das ist ja nicht unbekannt, seit Monaten, also in Steyr wird ja eigentlich seit der letzten Wahl wahlgekämpft. Einmal ein bisschen mehr, einmal ein bisschen weniger. Das ist halt, dass die SPÖ bei der Wahl 2003 die absolute Mehrheit erreicht hat, für die Opposition nicht unbedingt gerade erfreulich was ich ja verstehe. Wenn ich Opposition wäre, würde ich das auch nicht mit Begeisterung sehen. Aber die Wählerinnen und Wähler haben entschieden und seit dem wird Wahlkampf betrieben. Es wird seit Monaten versucht den Bürgermeister anzupatzen, die Sozialdemokraten anzupatzen und alles zu skandalisieren. Jetzt sage ich gar nicht, ob wir alles richtig gemacht haben. Ich bin ein Handwerker gewesen und gehe immer nach dem Motto, wo gehobelt wird, fallen auch Späne. Es möge der Erste den Stein werfen, der glaubt, dass er alles richtig macht. Ich sage auch, nur wer arbeitet macht auch Fehler. Das will ich gar nicht bestreiten, dass man das eine so sehen kann und das andere so sehen kann. Das ist legitim und ich glaube auch in der Demokratie. Aber immer zu skandalisieren, persönliche Angriffe, also ich glaube, dass wir gerade das in der heutigen Zeit nicht unbedingt brauchen würden und dass ein anderer Umgang wünschenswert wäre. Das möchte ich zur Causa Kino schon sagen und das gehört dabei schon besonders erwähnt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich war damals auch schon im Gemeinderat, wie der Herr, ich weiß nicht, darf ich ihn namentlich nennen Herr Präsidialdirektor?

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
HOFRAT DR. GERHARD ALPHASAMER:
Welchen Herren?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Der das Kino gebaut hat.

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR
HOFRAT DR. GERHARD ALPHASAMER:
Der ist eh bekannt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, weil sonst können sie mir vielleicht was anhängen und dann bin ich der Nächste, der irgendwo eine Anzeige oder sonst was bekommt.
Wie der Herr Röber gekommen ist, der unser altes Kino, das alte Stadtkino betrieben hat, und hat gesagt, er möchte ein neues, modernes Kino bauen, damals war es im Interesse der Stadt, dass so ein Kino zentral in der Stadt errichtet wird und nicht irgendwo in der Peripherie draußen ein Blechkasten oder Betonkasten, wo dann dieses Kino abgehalten wird. Es sollte ein schönes, kleines, liebes und bequemes Kino werden. An dem haben wir als Stadt auch Interesse gehabt. Wie der Herr Röber dann gekommen ist mit konkreteren Überlegungen und Planungen, und für mich waren Millionen von Beträgen damals unvorstellbar. Ich war ein Lackierergeselle in den Steyrer-Werken und war Betriebsrat und war da herinnen ein Gemeinderat. Ich habe die Hände über den Kopf zusammen geschlagen und gesagt, um Gottes Willen, wie kann das funktionieren. 50 Millionen Schilling, so ca. war der damalige Betrag, aus privatem Eigentum zu investieren und ein Kino zu machen. Also, es war verrückt, aber er ist, und wer Röber kennt, ein leidenschaftlicher Kinobetreiber, er lebt dafür, er riskiert alles, sein ganzes Vermögen, seine persönlichen Dinge stellt er zurück, weil er da leidenschaftlich dabei ist. Er hat gesagt, ich will das trotzdem machen und ich gehe auch das Risiko ein. Das muss man unter der ganzen Debatte dabei sehen. Wenn man schon sagt, Lustbarkeitsabgabe, es gibt Gleiche und es gibt Gleichere. Es gibt keinen einzigen Betreiber von irgend solchen Einrichtungen, der nur annähern sein privates Geld in die Hand genommen hätte, und natürlich auch viel mit Krediten gearbeitet hat, weil so viel Geld hat auch der Röber nicht gehabt, und das Risiko eingegangen ist. Es gibt keinen. Dadurch kann man das nicht einfach vergleichen ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der andere ist in Konkurs gegangen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das war das Wanderkino. Das hat eine ganz andere Bedeutung. Ich will das kulturell gar nicht in Frage stellen, ob das wichtig, gut und gescheit ist ein Wanderkino, das will ich jetzt gar nicht bewerten, weil alle Einrichtungen sind wertvoll in der Stadt, aber man muss schon sehen, welches Kapital dahinter steckt und welches unternehmerisches Risiko, Herr Wirtschaftskammerobmann, steckt dahinter. Ich habe es eh öfter gesagt, hie und da komme ich mir vor als wäre ich der Wirtschaftskammerobmann und du bist der Arbeiterkammervertreter. Der Rollentausch passt nicht ganz, weil ich bin ja der Kämmerer und der Gewerkschafter gewesen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das soziale Gewissen fehlt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das soziale Gewissen ist da bei uns, das nehme ich für uns in Anspruch, weil auch der Röber zu behandeln ist. So muss man diese Entwicklung sehen. Eine verrückte Geschichte. Daher ist der Röber dann 2002 gekommen, er möchte einen Nachlass, eine Reduzierung der Lustbarkeitsabgabe haben. Natürlicherweise muss man sich das auch gut überlegen, weil die Folgewirkung, was gibt es für Folgewirkungen wenn man das macht. Das war halt auch gut zu überlegen. Man kann dann schon sagen, das ist eine Geschmacksfrage, ob wir zu lange überlegt haben oder nicht zu lange überlegt haben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Oder gar nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir haben sehr wohl überlegt, weil wenn wir nicht überlegt hätten, dann hätten wir gesagt, wir lassen den Röber über die Klinge springen, es ist uns egal was mit dem ist und was mit dem Kino ist, wir fordern das ein und er soll das bezahlen und er geht in Konkurs und wir haben dort eine leere Halle stehen wo nichts drinnen ist.

Also, diese Verantwortung haben wir schon übernommen. Ich möchte aber hier auch das schon besonders erwähnen. Du hast es glaube ich gesagt, Gunter Mayrhofer, es gibt hier unterschiedliche juristische Betrachtungen. Ich kenne das gut genug, zwei Juristen gibt es, das meine ich jetzt nicht bösartig und da möchte ich überhaupt keinen Juristen näher treten, sie sagen es eh selbst auch, und drei Meinungen. Es ist halt so, dass man Verschiedenes unterschiedlich auslegen kann. Du hast es gesagt, es gibt unterschiedliche Betrachtensweisen. Ihr habt in dem Fall Röber das kritisiert als Opposition, ihr habt den Rechtsweg beschritten, ihr habt eine Beschwerde beim Land OÖ gemacht. Es gibt auch eine anonyme Anzeige dazu. In einer Demokratie ist das alles möglich. Aber dann herzugehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, und da Vorverurteilungen zu machen, das ist nämlich nicht in Ordnung.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wer hat da eine Vorverurteilung gemacht?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Es ist ja in den Wortmeldungen der Bürgermeister massiv angegriffen worden. Du hast auch das Land OÖ zitiert, ich habe die Zeitung ja gelesen, ich habe ja die Nachrichten abboniert, und habe auch den Bericht gelesen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Da ist er. Willst du ihn noch einmal lesen?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe den Artikel eh gelesen. Ich möchte nur hier alle Anwesenden davon informieren. Die sollen das wissen. Es gibt noch keine Stellungnahme vom Land OÖ dazu. Es wird gemunkelt, es wird, ich weiß nicht, wie halt solche Dinge passieren, ich will das auch gar nicht in Frage stellen ob das jetzt richtig ist oder nicht, der freie Journalismus soll leben, hie und da tut er weh, ab und zu ist er in Ordnung, das will ich auch gar nicht da anders sehen. Aber in solchen Fragen, wo ihr den Rechtsweg beschritten habt, die Opposition hat den Rechtsweg beschritten, das ist legitim. Dann wird man erst, wenn die offizielle Stellungnahme des Landes OÖ vorhanden ist, dann kann man darüber diskutieren was in Ordnung war und was nicht in Ordnung war. Es ist eine juristische Betrachtung und der Herr Bürgermeister wird ja dann den Kontrollbericht da auch zur Kenntnis bringen, was die Rechtsmeinung unserer Hausjuristen dazu ist, dem steht dann die Rechtsmeinung des Landes OÖ gegenüber. Aber zuerst muss man die einmal haben, dann muss man sie sehen und dann kann man darüber urteilen. Nicht im Vorhinein schon sagen, was irgendwo geschrieben worden ist, es gibt keine Stellungnahme zur Zeit. Und das ist das Unfaire, nur anzupatzen. Darum habe ich eingangs gesagt, die Wahlen stehen für der Türe, anpatzen kann man leicht wem und hinten nach, wenn es dann doch nicht so eintritt, aber irgendetwas wird dann schon dran sein, so nach diesem Motto. Das ist unfair bis dort hinaus. Ich glaube, dass sich dieses Gremium und der Gemeinderat der Stadt Steyr diese Vorgangsweise nicht verdient hat und dass uns das auch nicht würdig ist. Wir sollten hier kritisch sein, wir können hier kritisieren, wir können unterschiedlicher Meinung sein, aber wir sollten eine gewisse Fairness an den Tag legen. Das verdient sich jeder. Ob das jetzt die F-Fraktion ist, die ÖVP, die Grünen sind, aber auch wir verlangen das, dass man, bevor man wen verurteilt, dass man da wirklich das dementsprechend beleuchtet. Heute ist das wieder einen wesentlichen Schritt zu weit gegangen und das wollte ich auch, nachdem wir viele Besucher haben, von dieser Seite beleuchtet haben und auch den wahren Hintergrund, dass der Röber, und jeder soll sich das auf der Zunge selbst zergehen lassen, 50 Millionen Schilling investiert hat und das mit einem hohen Ausmaß mit Krediten und dass man dann sehr wohl als Stadt überlegen muss, was man da für Schritte geht um den nicht dann ins Unglück und in die wirtschaftliche Krise zu stürzen. Wir brauchen es eh nicht, weil da hat es viele andere gegeben, die viele anständige Bürgerinnen und Bürger in die Krise gestürzt haben. Das ist nämlich in Wirklichkeit der Skandal den wir jetzt haben. Was da passiert ist, das ist die größte

Sauerei und da laufen viele herum die woanders hingehören würden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Willst du nicht sagen was wir schon alles beigetragen haben zu den 50 Millionen. Was die Leistung der Stadt war?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das Baurecht.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Warum hat man das nicht gleich gesagt. Warum hat man dann schmähhalber eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz gemacht. Das hätte man ja auch gleich sagen können.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was hätten wir gleich sagen können?

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ja, die Darstellung vom Kollegen Bremm.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Darf ich vielleicht auch zu dem Thema noch ein paar Worte sagen, weil ja ich sehr stark angesprochen worden bin, so quasi ich hätte da etwas ganz Furchtbares gemacht. Ich habe auch die Gespräche geführt, das muss man auch ganz klar dazu sagen. Das Kino ist ja 2002 eröffnet worden, da war ich ganz kurz im Amt, und da hat es kurz darauf die Eröffnung dieses Kinos gegeben. Bis zum Jahr 2002 hat ja auch der Herr Röber eine Lustbarkeitsabgabe bezahlt. Wie schon meine Vorredner da erwähnt haben, hat der Herr Röber 50 Millionen Schilling investiert, und wirklich unter größtem Einsatz.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Da braucht man dann keine Steuern mehr bezahlen. Gute Argumentation.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann war es halt so, ein Jahr drauf in etwa hätte er Lustbarkeitsabgabe zahlen müssen und er ist dann mit dem Wunsch zu mir gekommen, und auch zum Finanzdirektor, wir sind beisammen gesessen und haben die Situation diskutiert. D. h., das wäre dann so gewesen, er hat das Kino gerade aufgesperrt und aufgrund der Beträge die da zu zahlen gewesen wären, hätte er gleich wieder zusperren müssen. Wir hätten in Steyr kein Kino mehr gehabt und ich wäre derjenige gewesen der gesagt hat, so, das ist so zu machen, es ist sofort zu bezahlen. Er hat uns aber klar gelegt, dass er das nicht kann, unmöglich kann.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und darum hast du keinen Beschluss herbeigeführt?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, ich habe mit dem Lemmerer und mit dem Herrn Röber damals gesprochen und wir haben gesagt, es gäbe eine Möglichkeit mit Gewerbeförderung, dass man ihm entsprechend unter die Arme greift, und, dass man diese Aussetzung über diese Zeit, dass man sich das anschaut, wie schaut es denn am Kinomarkt allgemein aus. Es hat sich nämlich sehr rasch herausgestellt, dass wir nicht das einzige Kino in Steyr haben, das mit der Lustbarkeit Probleme hat, sondern dass sehr viele Kinobetriebe, speziell auch in OÖ oder z. B. auch das Beispiel Wiener Neustadt ist mir näher gebracht worden, dass es sehr viele Kinobetriebe gibt, die überhaupt keinen Lustbarkeitsabgabe zahlen bzw. die wieder refundiert bekommen, weil es sowieso nicht funktioniert hat. Die Landesabgabenordnung stellt auch die Möglichkeit in den Raum, dass für das Abspielen für Filmstreifen die Lustbarkeitsabgabe auf Null gestellt werden kann, nur haben wir das in unserer Lustbarkeitsabgabenordnung nicht nachgezogen. Das muss man sagen, okay, das wäre vielleicht gescheit gewesen wir hätten es gleich getan. Aber es war halt dann, nach einer gewissen Beobachtungsphase der Betrag auch schon so hoch, dass wir gesagt haben,

jeder Zeitpunkt wo wir gesagt haben er hat nichts mehr zu zahlen und wir zählen die Wirtschaftsförderung, wäre ja eine Lex Röber gewesen und wäre ganz schwer durchzusetzen gewesen, ich bin überzeugt, und wäre mit 100%-iger Sicherheit auch der Niedergang des Kinos gewesen und wir hätten in kurzer Zeit eine Kinoruine in Steyr gehabt. Ich sage es ganz ehrlich, mir ist es natürlich auch daran gelegen, dass in Steyr ein Kinobetrieb da ist, dass nicht die Kinobesucher nach Linz, Pasching oder sonst wo hinfahren müssen, dass sie sich ein Kino anschauen müssen. Der Herr Röber ist ein ausgesprochener Spezialist was Kinobetreiben betrifft. Das ist ja nicht irgendeiner.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ist die finanzielle Situation überprüft worden? Ja oder nein?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja selbstverständlich. Jetzt muss man einmal dazu sagen, vielleicht weißt du das nicht. Es hat natürlich auch eine relativ gute Verbindung zum Herrn Röber immer gegeben. Wir haben genau gewusst, was der investiert hat. Wir haben auch genau gewusst, wie der Geschäftsverlauf ist. Und wir wissen in der Zwischenzeit auch, dass es 100%-ig so ist, dass der kaputt gegangen wäre, wenn wir die Lustbarkeitsabgabe in dieser Höhe von ihm verlangt hätten. Es ist so. Das muss man ganz klar sagen.

Gunter zu dir noch einmal, weil du bei ihm warst und du hast gesagt, du hat ihm empfohlen er soll ansuchen, er soll einen Antrag einbringen auf Nullstellung dieser Lustbarkeitsabgabe. Das hat mir der Herr Röber auch gesagt, dass das von dir so eine Beratung war.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Nein, ich habe gesagt, er soll einen Antrag auf Wirtschaftsförderung stellen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich sage es ganz ehrlich, für mich ist diese Situation auch nicht angenehm. Ich muss auch ganz klar dazu sagen, mir wäre es lieber gewesen, wenn das ein bisschen schneller gegangen wäre. Dieser Zeitraum war mir, das habe ich auch in der Zeitung so von mir gegeben, auch zu lange. Man hätte auch die Möglichkeit gehabt in diesem Gremium eine Entscheidung schneller herbeizuführen. Das ist so. Das ist ein Thema wo ich sage, da schließe ich mich beim Herrn Vizebürgermeister an, wo gearbeitet wird und wo gehobelt wird, da fallen Späne. Natürlich, ich habe auch nicht alles perfekt gemacht. Ich war ein junger Bürgermeister, wie ich da hereingekommen bin, wie das Kino aufgemacht worden ist und wo diese Problematik an mich herangetragen worden ist und wo ich im Gespräch mit der Finanzabteilung natürlich auch das Gefühl vermittelt bekommen habe, dass das alles ja eh funktioniert und wir verlieren da kein Geld und es gibt auch keine Verjährung. Es gibt ein entsprechendes Gesetz, die diese Vorgangsweise, die ich gewählt habe, auch deckt. Das muss man auch ganz klar sagen und so habe ich das auch gemacht. Dass es natürlich andere Rechtsansichten gibt, ja, möglich. Es wird immer andere Rechtsansichten geben. Aber, dass da schon eine Entscheidung gefallen wäre, dass die Aufsichtsbeschwerde da schon beantwortet ist, das stimmt überhaupt nicht, sondern es ist nur in der Zeitung gestanden, dass der Herr LR Stockinger die Möglichkeit in den Raum gestellt hat, es könnte ein Amtsmissbrauch beim Bürgermeister vorliegen. Also, Amtsmissbrauch liegt dann vor, wenn ich vorsätzlich einen Schaden der Stadt zuführe und das habe ich mit Sicherheit nicht getan. Ich habe da mit Sicherheit in gutem Glauben gehandelt in dieser Stadt. So lange ich da war habe ich immer im guten Glauben gehandelt. Ich bin auch bis jetzt ein unbescholtener Bürger und bin das hoffentlich auch in Zukunft. Da bin ich mir auch sicher, dass ich nie wissentlich oder vorsätzlich der Stadt einen Schaden zugefügt hätte, sondern ganz im Gegenteil. Ich habe mich bemüht für eine gute Lösung. Ich habe mich bemüht, dass hier in Steyr ein Kinobetrieb funktioniert und nicht, dass man ein neues Kino baut und zwei Jahre später dreht man es wieder zu. Das kann es doch wohl nicht sein. Das muss jedem hier herinnen klar sein. Gut, das wollte ich zu dem Thema noch sagen. Ich könnte

natürlich auch noch den Text vorlesen, weil der Gerhard gesagt hat, was da alles herinnen steht. Da steht nur drinnen auch, dass diese Vorgangsweise durch das Landesabgabenordnungsgesetz gedeckt ist. Also, nach dieser Vorgangsweise bin ich vorgegangen und soll dann eine andere Rechtsansicht sein, okay.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zum zweiten Thema der „Aktuellen Stunde". Und zwar, auch die ÖVP-Fraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde" zum Thema Kulturprogramm 2009, aktuelle Entscheidungen. Ich bitte einen Vertreter dieses Thema uns näher zu bringen.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Anwesende, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Presse, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Jetzt muss ich wirklich eine Frage stellen. Kennen Sie sich noch aus? Können Sie dem Ganzen noch folgen, was hier in diesem Haus derzeit abläuft?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, wir sind alle zu deppert.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Es spricht wirklich für die Kultur, wie hier gewisse Dinge ablaufen. Wenn man zuerst die Anfrage die ich gestellt habe bzw. die Anfragenbeantwortung bezüglich Heimathaus so Revue passieren lässt, dann muss ich wirklich nur mehr fragen, wann beauftragt der Bürgermeister die Gärtnerei, dass sie in Bananenschachteln die schönen Sachen wegtransportieren und vielleicht zwischenlagert im Glashaus oder sonst irgendwo. Ich weiß nicht, wie das abläuft. Es fehlt die Klarheit in diesem ganzen System, dass Sie hier jetzt dargeboten bekommen. Ich möchte aber gleich einmal vorausschicken, ganz klar, dass wir für das Musikfestival als ÖVP Steyr eintreten, dass wir das Musikfestival unterstützen und dass es heuer wieder stattfinden soll, aber wir fordern auch hier eine Klarheit. Eine Klarheit der Förderungen, eine Klarheit der ganzen Unterstützungen die dafür notwendig sind und eine Klarheit in der Organisation. Die Klarheit in der Förderung war nämlich bis vor Kurzem nicht gegeben. Das ist anscheinend in diesem Haus eine der schwierigsten Sachen, Klarheit zu bekommen über Förderungen. Wir haben seinerzeit einen Beschluss gefasst über 36.000 Euro für das Musikfestival. Ja, wir sind dafür, in aller Klarheit. Dann hat sich halt mit der Zeit herausgestellt, so gerüchteweise hat man dann wieder gehört, nein, es ist mehr, die brauchen mehr. Es ist auch in Ordnung. Es ist eine super Geschichte und es soll auch so sein, aber in Klarheit soll man es auch erfahren, was hier bezahlt wird, wo die Gelder hingehen. Letztendlich sind wir dann auf einmal auf 85.000 Euro gelandet. Das ist auch okay. Ich habe kein Problem damit, dass das Musikfestival wirklich in einem starken Ausmaß unterstützt wird, aber klar soll es sein und wissen soll man es auch. Wir erfahren es nur nach härtesten Kämpfen mit der Verwaltung. Da müssen wir dann über den Bürgermeister gehen. Die Kollegin Frech und ich gehen dann hinauf ins Kulturamt und finden dann halt wieder, dass der Bürgermeister verfügt hat, nein, 7.500 Euro bekommen sie auch. So, also diese Klarheit in der Kultur fehlt uns komplett.

Kulturentwicklungsplan. Wir haben den Kulturentwicklungsplan großartig präsentiert, beschlossen am 8. 4. 2008. So, und was ist seither geschehen? Der sollte auch klare Richtlinien bringen für die Kulturarbeit. Und darin war auch formuliert, dass auch ein Kulturbeirat installiert werden soll. So, wir haben im Herbst, im Kulturausschuss, dann einmal Kulturbeiratsmitglieder, die per einem Aufruf in der Zeitung gebeten wurden sich zu melden, festgelegt, haben wir ausgewählt. Wir haben uns gefreut, dass sich so viele gemeldet haben. Ja, was ist geschehen? Nichts, gar nichts ist geschehen. Dann im Jänner einmal, dann geht man einmal nach, was ist los, was tut sich, die Kulturarbeit geht ja weiter. Ja, nein, da muss noch ein Gespräch sein und hin und her. So, und was ist dann? Dann haben wir gemeinsam mit

dem Lenkungsteam, nach harten Kämpfen, eine gemeinsame Sitzung, bestimmen wieder gemeinsam, die Mitglieder des Kulturbeirates drängen auch darauf, dass endlich was weiter geht, dass es dann einen Termin gibt, dass da einmal eine Sitzung stattfindet. Und was ist? Wieder nichts ist. Heute hat mich einer angerufen und hat gesagt, ich habe ein Schreiben bekommen, so nach dem Motto „Sie haben gewonnen, Sie sind dabei“, aber was jetzt los ist, was geschehen soll, überhaupt nichts. Es geht gar nichts weiter. In dem System grummelt es, in dem System gibt es anscheinend keine klaren Strukturen die da verantwortlich sind, dass das jetzt abläuft, dass das durchgezogen wird. Ich nehme jetzt an, Herr Bürgermeister, du hast noch immer nicht die Vorlage für die Verordnung zu diesem Kulturbeirat. Die wirst du noch nicht am Schreibtisch haben? Ja wieso nicht? Wir haben sie nach heftigen Diskussionen einstimmig im Kulturausschuss beschlossen. Was ist da los? Da geht überhaupt nichts weiter. Man lässt mich am liebsten blöd sterben. Das muss ich auch dazu sagen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber du kannst es ja fordern.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Ja, ich fordere es jetzt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Jetzt? Das musst du im Kulturausschuss machen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Aber der Vollzug liegt beim Referenten.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Wie mir gesagt wurde, ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das hört sich an wie eine Selbstanklage.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das müsstest du wissen.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Es wurde mir in der letzten Sitzung gesagt, ich sei nur ein ganz kleiner Gemeinderat. Man machte mich darauf aufmerksam.

So, wie geht es weiter in der Kultur. Schauen wir einmal weiter. Theater. Im Theater haben wir sinkende Abonnentenzahlen. Eigentlich erschreckend. Von 488 auf 450. Sommerakademie, da sind wir von 44 auf 31.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was machst du denn jetzt dagegen?

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Genau das ist die Frage. Was geschieht denn dagegen?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du bist der Vorsitzende.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Wir haben im Kulturausschuss einen Vorschlag gebracht. Herr Dir. Klausberger, haben wir darüber diskutiert im Kulturausschuss?

GEMEINDERAT
MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Natürlich.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Na was geschieht denn? Ich kann es nicht machen. Das ist nicht meine Aufgabe.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich auch nicht.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Das ist die Aufgabe des Systems das sich Kultur nennt, wo offensichtlich nichts funktioniert.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da bist ja du der Vorsitzende. Unglaublich.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Wenn man schaut im ...

Zwischenrufe: Das ist ja eine Faschingssitzung.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Das Ganze, so wie die Steyrer Kultur derzeit behandelt wird und was in der Steyrer Kultur abläuft, ist ein Faschingszustand, da gebe ich euch vollkommen Recht. Weil die Fragebeantwortung bezüglich Heimathaus war eine Faschingssitzung. Das ist auch klar. Und das bitte, das ist genau die Frage die ich mir erlaube zu stellen. Wo geht denn die Steyrer Kultur hin? Im Herrenhaus, im Bruderhaus, überall im Museum alles verrostet, alles zerfällt. So, und was geschieht? Gar nichts. Das ist nämlich typisch für die Steyrer Kultur, es geht gar nichts weiter. Man verzögert offensichtlich, ich weiß nicht, absichtlich oder unabsichtlich, Aktivitäten, dass da dann der Kulturbeirat vielleicht auch eine treibende Kraft wäre, eine zusätzlich die man dringend brauchen würde, dass sich die Kultur von Steyr weiter entwickelt. Was ist denn? Man schreibt ihm du bist dabei, aber nicht einmal einen Termin für eine konstituierende Sitzung gibt es und das seit über einem Jahr. Das ist das, wie die Steyrer Kultur momentan läuft. Für mich ist es wirklich erschreckend und ich fordere dringend auf, hier Maßnahmen zu setzen, dass in der Kultur wirklich etwas weiter geht und nicht, dass es immer nur Faschingssitzungen sind, wenn wir darüber reden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem aber werte Gäste. Es geht nicht immer so zu. Es wird schon gescheit gearbeitet auch. Aber es ist halt so üblich, wenn das Fernsehen da ist, das RTV ist da, neigt man halt dazu zu skandalisieren, alles schlecht zu machen. Weil wenn das so wäre, lieber Kollege Hack, wenn alles so schlecht ist, dann müsstest du ja Eigenverantwortung übernehmen, müsstest sagen, da geht es so drunter und drüber, ich bin der Kulturobmann, ich trete zurück und nicht der Bürgermeister. Du müsstest dann zurücktreten, weil du bist der Hauptverantwortliche und immer nur die Schuld auf andere abschieben, das ist ja zu wenig. Du bist dort ja der Chef in dem Ausschuss. Das wissen ja die Gäste gar nicht, was der dort für Bedeutung hat, der Kulturausschussvorsitzende.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Jetzt kommt dir aber selbst das Lachen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, das ist so. Eichhübl Roman, du kannst in den Zeugenstand treten. Im Umweltausschuss ist der Eichhübl Roman der Vorsitzende, der gibt die Tagesordnung, die Themen vor und ich habe das zu tun, was der Roman sagt und nicht umgekehrt.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geh' bitte, gibt mir das schriftlich.

Gelächter

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Kann ich das bitte auch schriftlich haben.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aber Spaß beiseite, ein bisschen aufgelockert gehört das auch. Also, ich wollte das auch nur für die Zuhörer sagen, weil heute haben wir wirklich so viele da, was ja erfreulich ist, und ich würde ja wirklich da dringend ersuchen, ernster darüber zu diskutieren, weil das Bild was wir hier abgeben und was die Opposition als Bühne bietet, also, das tut uns allen miteinander nicht gut, weil zu glauben, dass ihr da nur den Bürgermeister oder uns als SP-Fraktion anpatzen könnt, da täuscht ihr euch gewaltig. Die Meinung in der Bevölkerung draußen ist dann eine andere. Die sagen, da geht es zu wie in einen Affen-

stall und das vielleicht zu Recht. Also, da würde ich schon ersuchen, ein bisschen ernster zu sein und nicht eine Bühne auszunützen und jetzt geben wir es ihnen und die Leute sollen es sehen. In Wirklichkeit soll sich jeder selbst über die Kultur in Steyr ein Bild machen. Ich bin fasziniert. Jetzt bin ich Sportreferent und ich laufe viel herum, viele sehen mich auch auf den Sportplätzen und bei den diversen Siegerehrungen und was weiß ich was alles.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Du hast eh einmal gesagt, Sport ist Kultur.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist ein Teil der Kultur. Körperkultur, ich weiß das schon. Aber ich bin fasziniert, wenn ich mir den Kollegen Spanring und die Kollegin Weixlberger, die in der Kultur tätig sind, anschaue, die laufen jeden Tag. Jeden Tag in Steyr ist eine Kulturveranstaltung. Wir haben natürlich kleine Kulturveranstaltungen und wir haben große Kulturveranstaltungen und mittlere Veranstaltungen. Also ein breites Geschehen in Steyr, was an Kulturangeboten vorhanden ist. Da kann man nicht reden davon, dass wir eine schlechte Kultur haben. In den Organisationen, im Kulturbeirat, den haben wir diskutiert, wir haben ein Kulturleitbild beschlossen im Gemeinderat, das war nicht so einfach, weil auch unter den Kulturschaffenden gibt es halt sehr viele Individualisten. Jeder meint, und auch zu Recht und es ist legitim, sein Bereich der Kultur ist das Wichtigste und der andere meint, sein Bereich, der Maler, der Sänger. Nur alleine bei den Malern, die unterschiedlichen Richtungen die es da gibt, und jeder meint halt sich selbst. Das ist legitim und auch gut so, weil damit kann sich das auch entfalten. Aber dann halt ein Papier zusammen zu bringen wo alle diese Meinungen in einem Leitbild dann Niederschlag finden sollen, das ist halt äußerst schwierig. Darum dauern solche Dinge auch etwas länger. Dann haben wir gesagt, einen Kulturbeirat soll es geben. Das ist auch gut, dass Kulturschaffende da drinnen sind. Auch dort ist es nicht immer so einfach. Wenn es nämlich dann um ehrenamtliche Funktionen geht und mitzuarbeiten, dann hält sich die Begeisterung sehr in Grenzen. Das weiß man, das ist nicht so einfach. Auch wer soll dort drinnen sein, wer spricht dort und wer soll das bestimmen. Das ist die Debatte die der Kollege Hack meint. Das hat aber mit der Kultur in Steyr überhaupt nichts zu tun. Die Künstler fühlen sich wohl, die sind in Steyr aktiv, machen eine hervorragende Kultur, egal in welchem Bereich.
Dann möchte ich noch eines zum Musikfestival, weil das auch angeschnitten worden ist, sagen. Es ist eine hervorragende Veranstaltung. Ich bin leider Gotte zu dem Zeitpunkt immer in Urlaub, weil das hat sich so eingependelt, dass ich Ende Juli Anfang August gehe, jetzt habe ich nicht die Gelegenheit gehabt, dass ich dort in der ersten Reihe sitze. Aber was ich immer so höre oder wenn ich Bilder sehe, RTV oder Zeitung, da sitzen alle in der ersten Reihe drinnen, ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Die spielen aber eh vier Wochen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... weil das so üblich ist, ob das oft gut ist oder nicht, das möchte ich dahingestellt lassen, aber da sehe ich den Kollegen Hack, da sehe ich alle die hier im Gemeinderat Kultur genießen oder Kultur für sich in Anspruch nehmen, die sitzen alle dort und alle sind dabei und kritisieren dann da herinnen, weil wir als Stadt Steyr dieses Musikfestival dementsprechend unterstützen. Es ist überhaupt kein Geheimnis gewesen, lieber Kollege Hack, dass nämlich der Wirtschaftshof oder die Elektriker von der Stadt dort mithelfen und aufbauen in der Organisation, weil die kennt man eh gleich, weil die sind nämlich mit ihrer Dienstkleidung sichtbar. Wenn du dort über den Schlossgraben gehst, dann siehst du, dass dort Leute vom Wirtschaftshof, von den Elektrikern und von der Stadtgärtnerei mit helfen. Das wollen wir, weil wir wollen diese Veranstaltung unterstützen und werden das auch tun und da soll jeder auch das Bekenntnis dazu abgeben. Wenn es aber im Verein, und das ist nämlich das Unfaire, es ist ein Verein der diese Veranstaltung macht und er trägt auch die Verantwortung. Er bekommt von uns eine anständige Subvention, aber

die Gebarung im Verein, ob der dann mit dem Geld auskommt oder nicht, das ist nicht unsere Angelegenheit. Wir sind nicht der Verein Musikfestival, sondern wir unterstützen das. Der Verein hat seine Eigenverantwortung und wird diese Eigenverantwortung auch zu tragen haben. Das kann man nicht da herein transportieren. Wir wollen uns in die Vereine auch nicht hineinmischen. Die sind eigenständig und sind auch nach dem Vereinsgesetz haftbar und haben auch die Verantwortung. Dort gehört das geklärt und nicht in den Gemeinderat herein und so da mit dem Dings da winken uns sagen was da kommt, und da sind wieder der Spanring, die Weixlberger oder der Bürgermeister Forstenlechner schuld, weil mir könnt ihr es nicht anhängen, weil ich dort nie dabei bin, und dann versucht man das. Ich glaube auf diese Art zu diskutieren schadet der Kultur. Ich habe hin und wieder so Ansätze im Sport gehabt, wir haben dort im Stadtsportausschuss immer klare Bekenntnisse abgegeben und haben die Politik hinaus gebracht aus dem. Wir unterstützen den Sport, wir unterstützen die Vereine und das soll man in der Kultur auch tun und wir sollen das nicht so hinunter tun, in der Kultur ist eh alles durcheinander und ein Sauhaufen. Wenn du, lieber Wolfgang Hack, keine Klarheit in der Kultur hast, es gibt da sicher Angebote für Weiterbildung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Bürgermeister Bremm hat schon wieder Angst, dass ich hinhaue auf ihn, aber wir wollen schon bei der Wahrheit bleiben, Herr Bürgermeister Bremm. Wir bekennen uns ganz klar zu einer Förderung vom Musikfestival. Im Gegenteil. Das ist eine Aufforderung, endlich Klarheit zu schaffen. Was bedeutet denn das bitte für einen Sponsor, wenn er in der Zeitung ständig liest, dass das Musikfestival infrage gestellt wird. Auch ein Sponsor der das selbst bei seinem Vorstand bitte schön einfordern soll, dass die Geldmittel bereit gestellt werden, braucht eine Sicherheit, dass diese Veranstaltung überhaupt gewünscht wird. Und niemand hat das Musikfestival infrage gestellt. Wir verlangen nur eines, dass das, was an öffentlicher Unterstützung gemacht wird auch beschlossen und offen gelegt wird. Man kann nicht eines machen, dass wir eine Projektförderung in Höhe von 36.500 Euro beschließen und tatsächlich ist die Förderung 85.000 Euro und die Altlasten, die übernommen werden sollen mit ungefähr 60.000, d. h., wir reden von 145.000 Euro, das ist nicht mehr wenig. Ich glaube, das ist das Geringste, dass das in einem Amtsbericht angeführt wird und offiziell und ordnungsgemäß beschlossen wird. Das, was der Wolfgang Hack hier sehr emotionell gesagt hat, geht ja nur in die eine Richtung. Wir wollen, dass Beschlüsse, die das Stadtstatut vorsieht, auch vollzogen werden. Hier liegt ja das Problem bitte schön in der Kulturabteilung. Nicht in der Kultur und bei den Kulturschaffenden. In der Kulturabteilung liegt das Problem. Wo sind denn die Beschlüsse, wenn das Stadtfest z. B. gemacht wird? Wo wird denn beschlossen, wer dort auftritt, wer bitte wie viel Geld ausgeben wird? Da geht alles über die 5.000 Euro darüber. Und jetzt will mir womöglich noch einer erklären, dass es innerer Dienst ist zur Aufrechterhaltung der Geschäfte der Stadt. Oder was? Na selbstverständlich. Viel Vergnügen bei der nächsten Prüfung beim Landesrechnungshof. Darum geht es nämlich. Alles bitte schön nur unter dem Teppich usw. Wer leidet denn wirklich darunter? Darunter leiden die, die seriös Kultur machen und das ist nicht richtig.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ein Nachtrag noch zur vorhergehenden „Aktuellen Stunde“ zum Thema

Lustbarkeitsabgabe, gehört auch zur Kultur, weil es in den Raum gestellt worden ist, die Opposition behauptet irgendetwas, kann nichts belegen, macht Wahlkampf. Ich behaupte nur Dinge, die ich auch beweisen kann. Ich kann Ihnen auch diesen Bescheid geben. Man hat vom Kinobetreiber, Herrn Altenburger, das eingehoben vom Wanderkino, obwohl das nicht mit der Lustbarkeitsabgabenordnung der Stadt Steyr konform ist. Das ist keine Rechtsauslegung, sondern das ist Faktum. Man hat zwei verschiedene Gruppen von Personen geschaffen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
1997.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, aber das war die Lustbarkeitsabgabenordnung zu dem selben Zeitpunkt genauso wie heute, es haben sich nur die Beträge geändert.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Im Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz steht, dass nie dem Altenburger etwas vorgeschrieben wurde. Wortwörtlich, lies es nach.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zu dem Zeitpunkt, 1997, hat der Röber genauso bezahlt als wie der.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Eh, aber damals hat man schon gegen die Lustbarkeitsabgabenordnung gehandelt. Und uns gegenüber hat man anderes behauptet. Nur so viel dazu.

Zur Kultur. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, meine geschätzten Damen und Herren, ich bin, obwohl ich jetzt 11 Jahre in diesem Gemeinderat bin, immer wieder noch erschüttert, was sich hier abspielt und was sich hier nicht abspielt. Weil heute schon angesprochen worden ist, es wird manchmal auch gearbeitet. Ja, das stimmt. Dieser Kulturausschuss der arbeitet auch. Vertreter aller Fraktionen sitzen da drinnen und da wird nicht großartig gestritten im Regelfall. Da sind wir uns sehr einig. Aber wir merken ganz einfach eines, Kultur hat nicht den Stellenwert in dieser Stadt, leider, den sie haben sollte. Ich sage Ihnen das anhand eines Beispiels. Wir haben heute schon einmal gehört beim Mobiliar, Übersiedlung Reithoffer, hat man nicht sparen können, das musste so sein. Aber wir reden im Kulturausschuss nicht von Beträgen von 100.000 Euro, von 200.000 Euro, wir reden inzwischen von Beträgen von 100, 200, 300 Euro, 500 Euro maximal, die wir nicht leisten können. Früher haben wir, wenn jemand ein Subventionsansuchen an uns geschickt hat, im Kulturausschuss, wenn im Kulturausschuss ein Subventionsansuchen war und es war nicht im Budget, dann war irgendwann einmal im Oktober die Situation, dass wir leider keine frei verfügbaren Mittel mehr hatten bzw. das Kulturamt keine Mittel mehr hatte, und wir mussten leider eine Absage erteilen. Sukzessive, von Jahr zu Jahr, ist dieser Zeitraum geringer geworden. Irgendwann haben wir dann schon im Juli den Kulturschaffenden mitgeteilt, tut uns Leid, tolle Idee die Sie haben, aber nicht im Budget vorgesehen und deshalb können wir es nicht leisten. Wissen Sie, wo wir heute sind? Heute teilen wir im Jänner bereits mit, tut uns Leid, gute Idee, sollte uns am Jahresende etwas übrig bleiben dann werden wir Sie berücksichtigen. Da reden wir von Beträgen, wo man sonst sagt, unter Anführungszeichen, das sind Peanuts. Das, meine geschätzten Damen und Herren, hat mit Wertschätzung zu tun, mit Anerkennung zu tun. Und das was mir in der Seele weh tut ist diese fehlende Anerkennung und Wertschätzung im Kulturbereich. Gott sei Dank, wenn heute angeführt worden ist, es gibt ein reges Kulturleben in Steyr, ja, dann ist das nicht weil hier so viel hineingegeben wird, sondern obwohl und weil es so viele Ehrenamtliche gibt, die sich engagieren. Ich finde es sehr betrüblich, Herr Bürgermeister Bremm, wenn Sie dann sagen, wenn es um die Ehrenamtlichkeit geht, beispielsweise Kulturbeirat, dann wird es schon eng. Das stimmt überhaupt nicht. Wenn ich Sie erinnern kann, jeder der bei diesen Sitzungen war, zum Thema Entwicklung, Kultur, also bei der Erstellung des Kulturentwicklungsplanes, bei den Workshops, hat gesehen, wie viele Kulturinteressierte

es in Steyr gibt, die bereit sind Stunden, Tage, Wochen auch, zu opfern, um hier beizutragen, die keinen Cent dafür bekommen. Das ist nicht das Thema. Wir haben in Steyr so viel Potential an Ehrenamtlichkeit. Ich würde mir nur wünschen, dass die Stadt mehr an Ressourcen zur Verfügung stellt und hier mehr fördert. Gar nicht einmal finanziell, sondern einfach in dem man Werbemöglichkeiten schafft. Da ist schon das Problem. Es gibt in Steyr keine Möglichkeit de facto, dass Kulturvereine Werbung machen können auf legalen Plakatsäulen, weil diese Plakatsäulen kosten ja etwas. Das kann sich ein kleiner Verein im Regelfall nicht leisten. Um aufgehängt zu werden in einem der Schaukästen vom Rathaus, muss es eine Kooperationsveranstaltung mit dem Magistrat sein. Was das ist, das ist immer Sache der Definition die man gerade hat. Da lässt man lieber Schaukästen leer hängen, als eine Veranstaltung zu bewerben die stattfindet und die eben nicht vom Kulturamt ausgemacht worden ist. Das ist Anerkennung und Wertschätzung. Oder in anderen Städten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass einmal im Jahr diese Ehrenamtlichen, Vereine, Mitarbeiter in Vereinen, die ehrenamtlich Kulturschaffenden eingeladen werden zu einem Empfang. Wo ist das in Steyr? Das existiert nicht. Da wäre so viel zu machen. Ich will gar nicht erst anfangen mit dem, was man sicher verabsäumt hat, Linz 09, sich hier verstärkt einzubringen, Chancen zu nutzen. Es tut mir wirklich in der Seele weh, und das können Sie mir glauben und ich bin jemand der Kulturveranstaltungen besucht, und ich bin jemand, dem die Kultur in dieser Stadt extrem am Herzen liegt und ich sehe so viel an Engagement. Ich glaube es würde schon reichen, viele nicht zu behindern, sondern einfach werken zu lassen und das Minimum zu machen an Anerkennung, an Wertschätzung usw. Das würde ich mir wünschen und das hat mit Geld nicht viel zu tun. Ich bin mir ziemlich sicher, hätten wir im Kulturausschuss, ich sage jetzt eines Summe, Herr Kulturausschussvorsitzender, von beispielsweise 100.000 Euro, nicht einmal, 50.000 Euro würden genügen, könnte wir so viele kleine Projekte realisieren lassen. Nicht wir realisieren, sondern die Vereine draußen, aber denen fehlt genau diese Finanzierungsmöglichkeit. Wie gesagt, wir reden nicht von Riesenbeträgen, wir reden von Anerkennung und wir reden von Wertschätzung und die vermisse ich in dieser Stadt. Und zurück, da schließt sich der Kreis zum Thema Lustbarkeitsabgabe. Das ist heute ein bisschen zu kurz gekommen. Die Zuhörer müssen vielleicht den Eindruck bekommen, da geht es nur um das Thema Kino. Wir verlangen von jedem, der in Steyr eine Kulturveranstaltung macht, prinzipiell 25 % von der Eintrittskarte als Lustbarkeitsabgabe. Da reden wir nicht vom Gewinn. 25 % der Eintrittskarte. Und dann können wir eben für bestimmte Veranstaltungen, beispielsweise für Kabarettveranstaltungen sind es dann nur 15 % oder, wenn die Darsteller sogenannte Laien sind, dann sind es auch nur 15 %, aber trotzdem, 15 %, und das ist viel, von der Eintrittskarte. D. h., es kann sein, dass jemand eine Veranstaltung macht mit der er leider ein Defizit erleidet, aufgrund Dinge, die gar nicht in seinem Einflussbereich sind, und er muss trotzdem Lustbarkeitsabgabe zahlen. Da ist es überfällig, diese Lustbarkeitsabgabenordnung zu novellieren. Das haben wir im Kulturausschuss bereits seit mehr als 10 Jahren gefordert. Wir sind immer auf taube Ohren gestoßen. Da können Sie sich selbst ein Bild darüber machen, wie die Sachlage zu beurteilen ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Kulturpolitik in Steyr. Der aus Steyr stammende und in Losenstein lebende Literat Walter Wippersberg beschreibt in seinem letzten Buch, das sich „Rückkehr wider Willen“ nennt, ich weiß nicht, ob es wer von euch gelesen hat, die Situation in Steyr ganz interessant, auch im Bezug auf die Kultur. Er meint, nicht ich, sondern der Walter Wippersberg, die Kultur in Steyr hat viel-

leicht auch aus dem Grund so einen niedrigen Stellenwert, weil der Steyrer SP die Politik am „A“ vorbei geht. Das schreibt er wortwörtlich. Ich hoffe, dass das nicht so ist, aus einem ganz speziellen Grund, weil ich auch der Meinung und der festen Überzeugung bin, dass gerade in Zeiten wie diesen, die Kultur eine riesige Chance wäre für ein zusätzliches Standbein über den Tourismus. Es lässt sich hier viel lukrieren. Wir haben in den letzten Jahren ein bisschen Fortschritte gemacht. Zusätzliches Geld investiert in die Kultur in Steyr, schafft sicher auch ein paar zusätzliche Arbeitsplätze, lastet den Tourismus aus, die Gastronomie, die Hotellerie usw. Also, wir sind gut beraten wenn wir in die Kultur Geld investieren und nicht das machen, was uns vielleicht der Walter Wippersberg, oder euch, unterstellt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch Wortmeldungen? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste. Politische Kultur ist heute ein bisschen ein Thema schon gewesen. Oft komme ich mir heute vor wie ich bin in einem falschen Film, ehrlich gesagt. Es ist mir schon klar, dass der Wahlkampf begonnen hat und die letzten Wochen haben das ja auch bewiesen, dass wir uns mitten drinnen befinden, aber helft mir bitte weiter. Die Diskussion die wir jetzt zum Kulturthema führen, haben wir am Ende der letzten Gemeinderatssitzung auch schon geführt. Machen wir das jetzt noch einmal, weil das Fernsehen hier ist oder weil so viele Gäste hier sind? Das bedrückt mich schon, weil wenn wir über Kulturpolitik reden, reden wir natürlich schon auch über politische Kultur und das sind Debatten und Wortmeldungen die jetzt auch gefallen sind und wo ich mir denke, das passt eigentlich nicht in unser Gremium bzw. diese Diskussionen könnten wir natürlich in anderen Gremien, insbesondere im Kulturausschuss, viel adäquater und professioneller führen. Und dass das nicht der Fall ist, das stimmt auf alle Fälle. Der Kulturausschuss, und das haben wir beim letzten Mal auch schon gesagt, und das haben wir glaube ich vor einigen Wochen auch schon gesagt, dass wir uns im Kulturausschuss relativ sinnlos vorkommen und dass unser Know-how dort nicht geschätzt wird und dass wir eigentlich das schon seit vielen Jahren, dass uns das so passiert, dass wir da drinnen sitzen und über nichts entscheiden können, das tut schon weh. Das tut nach sechs Jahren in dieser Legislaturperiode weh und das tut auch nach 10 Jahren weh, dass das so ist. Aber, nach 10 Jahren haben wir es zumindest geschafft, dass wir einen Kulturentwicklungsplan haben. Ich kann mich erinnern, 1997 wie ich in den Gemeinderat gekommen bin, haben wir das gefordert und das ist sozusagen auch das, was ich mitgeben mag, weil ich glaube nicht, dass sich bis zur Wahl irgendetwas Großartiges da verändern wird, nachdem was ich da heute gesehen und was ich so miterlebt habe. Aber der Kulturentwicklungsplan ist ein gutes Instrument und ist ein wichtiges Instrument und ist deswegen ein so gutes Instrument, weil er auf Bürgerbeteiligung fußt und weil alle mitgemacht haben. Da hat die Michaela Frech sicher Recht, jene jetzt vor den Kopf zu stoßen die sich über Monate da eingesetzt haben und sehr viel Zeit und Know-how eingebracht haben, ist eine sehr kritische Sache. Ich glaube, dass der kommende Gemeinderat, der kommende Bürgermeister und der kommende Kulturstadtrat sich dieses Konzept sehr stark zu Herzen nehmen muss und da stehen ganz, ganz tolle Sachen drinnen. Dass Kulturpolitik, und das freut mich auch, dass das der Kollege Payrleithner von der FPÖ so sieht, wo er da nicht immer so der Meinung war, aber dass Kultur Lebensmittel ist und dass Kulturpolitik wichtig ist, das zeigen viele, viele anderen Städte in Österreich, nicht zuletzt die Kulturhauptstadt Linz, die sehr stark davon profitiert. D. h., 1. Kulturentwicklungsplan wirklich ernst nehmen, jetzt die Leute schnell einladen und dann in der neuen Legislaturperiode, wer auch immer dafür verantwortlich ist, einen Maßnahmenplan machen und ganz, ganz wichtig, einen Finanzierungsplan zu machen bzw. die Kultur finanziell stärker auszustatten, weil

es kann einfach nicht sein, dass wir im Kulturausschuss im Jänner drinnen sitzen, ich wiederhole mich oder ich wiederhole das was andere gesagt haben, und eigentlich nichts zum Entscheiden haben. Einen zweiten Punkt möchte ich auch noch sagen. Wir reden immer so über die großen Veranstaltungen, über die Festivals und ich nenne das immer auch ein bisschen die Festivalisierung und das Problem mit der Festivalisierung. Das sind kurze Veranstaltungen, die sind touristisch wichtig, die sind natürlich auch für das Image der Stadt wichtig und es sind tolle Veranstaltungen. Keine Frage. Nur es ist schon glaube ich ganz, ganz wichtig zu sehen, wie viele Leute und wie viele Vereine das ganze Jahr in dieser Stadt arbeiten und die die Kulturhäuser und Kultureinrichtungen stützen und tragen. Weil das ist das Know-how das in der Stadt da ist und das ist das Know-how das bei den Kindern beginnt, bzw. das Potenzial das bei den Kindern beginnt und bis zu den alten Leuten reicht. Ich glaube das muss man auch sehen. Es ist nicht damit abgetan, große Summen in Festivals zu investieren, sondern von der Musikschule angefangen über die Vereine, über die Kulturhäuser bis zu den kleinen Initiativen jene zu fördern. Das steht alles im Kulturentwicklungsplan drinnen und ich glaube, dass das ganz, ganz wichtig ist in der Kulturpolitik in der Zukunft in Steyr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Darf ich vielleicht auch noch ein paar Worte zum Thema Stellenwert der Kultur in Steyr sagen, weil so getan worden ist, so quasi, wir sind eigentlich in einem schlechten Zustand. Der Andi war der Erste, der das eigentlich jetzt einmal klar gesagt hat, dass wir mit dem Kulturentwicklungsplan, aber auch mit dem was in der Vergangenheit und jetzt immer noch geleistet wird am Sektor Kultur, dass das hervorragende Leistungen sind. Wie ich Bürgermeister in Steyr geworden bin, habe ich mich auch damals um das Thema Musikfestival bemüht. Vielleicht kann sich der eine oder andere noch erinnern. Da hat man noch nicht in den Schlossgraben hinunter gehen können. Wir haben damals eine Stiege runter gebaut. Wir haben Schwierigkeiten gehabt damals mit der F, weil die Steinböcke dort unten waren und da haben wir geschaut, dass das alles geregelt wird. Ich habe mich selbst auch in den Förderverein eingebracht. Ich kann mich erinnern, die Firmenchefs von den großen Steyrer Firmen haben mit mir diskutiert und haben mich gefragt, sollen wir da Subventionen hergeben, könnte das was werden mit dem Schubert-Festival usw. Es ist nur deswegen auch auf die Schiene gekommen, weil halt auch das gemeinsame Bestreben immer da war hier wirklich eine gute Qualität zu bieten. Ich glaube, dass das nicht vergessen werden darf, dass wir auch in Steyr mit dem Musikfestival ein Hochkulturereignis haben das kaum irgendeine andere Stadt in Österreich so bieten kann. Sicher gibt es in Mörbisch oder im Burgenland auch eine Menge Veranstaltungen dieser Qualität, aber wir sind stolz darauf gewesen, dass wir in Oberösterreich der einzige Kulturort waren, wo im Freien Opern aufgeführt wurden. Was ich allerdings immer wieder erwähnen muss, und das hat auch der Andi ganz klar herausgearbeitet, man muss schon immer dazu sagen es geht natürlich auch um Geld. Es geht um Budgetmittel die man dazu braucht. Da werden wir, und das muss man ganz klar auch in dieser Runde sagen, vom Land OÖ aber auch vom Bund sehr schwach unterstützt. Ich sitze in dem Förderbeirat und ich bekomme das ja ständig mit. Also, die Summen die wir da diskutieren, sind für andere Kulturveranstaltungen lachhaft. Wir diskutieren über 14.000 oder 18.000 Euro die wir vom Land OÖ für das Musikfestival bekommen. In NÖ, also in Stadt Haag und in Amstetten, da muss man sich einmal die Zahlen anschauen was dort über den Tisch läuft. Wir haben ein Gesamtbudget für unser Musikfestival von 300.000 Euro, Amstetten hat 900.000 Euro, Stadt Haag ist irgendwo zwischen 500.000 und 900.000 Euro. Also da werden Summen geboten, das ist unglaublich. Die stehen aber in Konkurrenz auch zu uns. Jedes Mal wenn ich mit dem Land über solche Themen rede und es sitzen ja auch Verantwortliche des Landes, es sitzen Landtagsabgeordnete von verschiedenen Fraktionen, in diesem Förderbeirat und da dis-

kutiere ich immer wieder, bitte wir brauchen da Unterstützung. Wir bringen uns in Steyr ja gewaltig ein, die ganze Geschichte. Es sind ja Freiwillige. Da sitzen ein paar Leute da, die leisten auch für das Musikfestival Gratisstunden. Ich persönlich habe jedes Jahr den Hauptdarsteller bei mir zu Hause wohnen. Der ist zwei Monate bei mir. Ein Monat Probe, ein Monat Vorstellung. Die Frau Pötzl, die Tourismusdirektorin, die bewundere ich in der Richtung. Die stellt ihr Haus zur Verfügung, damit der Dirigent mit der ganzen Familie dort wohnen kann, weil wir eben mit den finanziellen Mitteln so sparsam umgehen, können wir diese hohe Qualität in Steyr überhaupt bieten. Wir tun ja eh was wir können. Vielleicht ist es auch notwendig, dass man auch mit dem Verantwortlichen des Landes einmal deutlicher redet und sagt, wir brauchen endlich eine Unterstützung wie sie es in Bad Ischl selbstverständlich bekommen, wie sie es in Gmunden selbstverständlich bekommen oder wie sie es in NÖ, in Amstetten und in Haag bekommen. Das sind natürlich auch Sachen, die nicht so ohne sind. Das wollte ich eigentlich noch kurz vorbringen, weil ich glaube, dass das wichtig ist, über das Verständnis, was läuft denn in Steyr zum Thema Kultur so ab und wie viele helfen mit. Selbstverständlich gibt es jede Menge noch im Hintergrund, die gratis arbeiten. Das ist eh notwendig, weil sonst hätten wir nicht dieses wunderschöne Kulturprogramm in Steyr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die Frau GR Mag Frech, vom Bürgerforum, bittet um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Steyr“. Michaela, darf ich dich bitten.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der Anlass für diese „Aktuelle Stunde“ ist ein letztes Mittel das Thema Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Steyr auch wirklich in der Stadt zum politischen Thema zu machen. Ich habe es probiert in Ausschusssitzungen, aber ich habe gemerkt, man sagt, ja, was soll man tun, es ist so, wie auch immer, man hat es nicht zum Thema gemacht. Ich möchte Ihnen dazu, und damit komme ich auch nicht in die Gefahr hier Wahlkampf zu machen, ich werde keine Aussagen treffen, ich werde auch niemanden beschuldigen, das ist auch nicht meine Art, sondern ich werde Sie einfach mit Fakten konfrontieren. Die Fakten sprechen für sich. Wenn heute der Herr Bürgermeister eingangs gesprochen hat unter Mitteilungen des Bürgermeisters, dass die Arbeitslosenrate im Vergleich gegenüber dem Vorjahreswert um 3,1 % gestiegen sei, dann stimmt das leider nicht so, weil 3,1 %, da wären wir froh. Es sind 58,3 % ...

Zwischenrufe: Das hat er eh gesagt!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
58,3 % sind es im Februar gewesen. Das bedeutet eine deutliche Steigerung die vor allem die Jungen trifft. Dramatisch, das sage nicht ich, die Formulierungen stammen aus den aktuellen AMS-Bericht, den ich Ihnen zur Kenntnis bringen darf, ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 24-jährigen. Im Jahresvergleich stieg ihre Zahl von 275 um mehr als 105 % auf 565 Personen. Das muss man sich einmal vorstellen. Die durchschnittliche Vormerkdauer in Arbeitslosigkeit beträgt in Steyr aktuell 72 Tage und liegt damit um 4 Tage über den oberösterreichischen Schnitt. D. h., wir haben ein massives Problem bereits jetzt im Februar, eine Arbeitslosenrate von ungefähr 9 % und das, obwohl die Auswirkungen noch nicht wirklich die Bevölkerung erreicht haben in vielen Bereichen. Das wird, und da brauchen Sie sich nur mit Statistik, mit Wirtschaftsforschung beschäftigen, das wird noch schlimmer werden. Wir liegen weit über unseren bisherigen Daten. D. h., nicht nur Kurzarbeit ist in Steyr ein Thema, sondern auch Arbeitslosigkeit. Ein massives. Gerade bei den Jungen und am anderen Ende der demographischen Skala auch bei den Älteren. Und wie immer trifft es natürlich auch die Frauen verstärkt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, weil heute der

Kollege Bremm schon einmal das Thema Weiterbildung angesprochen hat, dass Personen, die in Schulung sind, weniger geworden sind im Vergleich zum Vormonat und auch im Vergleich zum Vorjahr, d. h., da dürften auch schon die ersten Einsparmaßnahmen um sich greifen, die aus budgetären Gründen seitens des AMS möglicherweise erfolgen. So, und die Auswirkungen dieser Arbeitslosigkeit gehen dann weiter. Die beschäftigen nicht nur das AMS, sondern die beschäftigen auch die Sozialhilfeabteilung der Stadt Steyr. Wenn man sich anschaut, dass aktuell ungefähr 450 Personen in Steyr Sozialhilfe beziehen müssen bei einer Einwohnerzahl von ungefähr 39.000, dann ist das eine Steigerung gegenüber früheren Jahren die massiv ist und das, obwohl wir immer bereits einen hohen Sozialhilfesockel gehabt haben, weil in Steyr die Diskrepanz zwischen denen die sehr gut verdienen und die sehr wenig verdienen extrem groß ist. Man soll das ja auch ein bisschen in Relation setzen zu anderen Städten. Aktuelle Zahlen aus Wels. Wels hat ungefähr 40 % mehr Einwohner als Steyr und trotzdem ungefähr halb so viele Sozialhilfebezieher. Das muss man sich einmal überlegen. 40 % mehr Einwohner ungefähr, aber die Hälfte an Sozialhilfebezieher. D. h., wir haben hier eine Tendenz die extrem steigend ist. Da reden wir nur von den laufenden Zahlungen. Wir reden nicht von dem was wir im Bereich der Sozialhilfe ausgeben, für die Altenbetreuung, das wird auch zunehmend ein Thema werden aufgrund der demographischen Entwicklung und da wir gerade in Steyr einen sehr hohen Altersdurchschnitt haben. D. h., die Sozialhilfeausgaben explodieren dahin und man muss da etwas tun. Und wenn immer mehr Leute in Kurzarbeit sind, arbeitslos sind, dann hat das auch Auswirkungen auf die Einnahmensituation der Stadt Steyr. Kommunalsteuer. Die Kommunalsteuer beträgt 3 % der Bruttolohnsumme und wandert 1:1 in den Stadtsäckel. So, wenn aber jetzt 10 % der Bevölkerung möglicherweise Kurzarbeit machen, oder mehr, oder arbeitslos sind, dann kann man sich vorstellen, was das bedeutet für die Einnahmensituation der Stadt Steyr. Wir haben laut Rechnungsabschluss 2007 rund 20 Millionen Euro an Kommunalsteuer eingenommen. D. h., selbst wenn die Kommunalsteuer nur um 10 % zurück ginge, weil die Bruttolohnsumme um 10 % zurück geht, ich weiß ja auch nicht um wie viel sie zurück gehen wird, aber einfach nur ein einfaches Rechenbeispiel. Geht sie um 10 % zurück, haben wir 2 Millionen Euro weniger Einnahmen, alleine aus diesem Titel der Kommunalsteuer. Der Herr Bürgermeister hat ja auch schon angesprochen die Ertragsanteile für die Gemeinden werden weniger werden. Gut, das können wir nicht großartig beeinflussen, aber hier in Steyr haben wir ein Ausgangsszenario das extrem bitter werden kann, wenn wir uns nicht rechtzeitig Maßnahmen überlegen. Dazu gehört meines Erachtens, dass man sich an einen Tisch setzt, dass die Stadtregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern sich etwas überlegt, was man in Steyr tun könnte, welche Maßnahmen es für Steyr gibt, auch Investitionsprojekte vielleicht vorzuziehen. Der Kollege Mayrhofer hat das bereits im Rahmen seiner Budgetrede angesprochen. Ich denke mir, es gäbe viele Möglichkeiten. Es gibt nicht den Stein der Weisen, aber um überhaupt einen Teil des Steins der Weisen zu finden, muss man sich einmal Gedanken machen, muss man sich einmal zusammen setzen und muss man das Problem erkennen. Das Problem ist dramatisch. Reden Sie mit Sozialarbeitern, reden Sie mit Mitarbeitern der Sozialhilfeabteilung, reden Sie mit den Leuten draußen in den Betrieben. Und jetzt sind wir aber glaube ich erst bei der Spitze des Eisberges. Vieles von dem ist noch gar nicht sichtbar geworden, was in den nächsten Monaten noch auf uns zukommt, gerade im Bereich der Automobilindustrie, im Zusammenhang mit den Zulieferbetrieben usw. Und ein erster Punkt der mich selbst sehr schockiert hat, ich hätte ihn aufgrund meiner Eigenbeobachtung nicht vermutet, ich habe heute die aktuellen Daten im Bereich Tourismus erhalten. Im Tourismus trifft es uns in Steyr, das wissen wir auch aus der Vergangenheit, immer sehr schnell, weil wir einen großen Teil an Geschäftstouristen haben. Wir haben viel zu wenig darauf geachtet, in den letzten Jahren, das ist auch wieder Thema Kultur, Linz 09 beispielsweise, zusätzlich Touristen zu holen. Unser wirklicher Punkt den wir bisher gebraucht haben und brauchen, sind die Ge-

schäftstouristen. Und die Nächtigungen von Jänner, Februar, wenn man das zusammen rechnet und vergleicht mit dem Vorjahr, dann haben wir einen Rückgang im Nächtigungsbereich von ungefähr 15 %. Das ist aber jetzt erst der Anfang. Die Betriebe sparen natürlich zuerst ein bei Dienstreisen, bei irgendwelchen Meetings die sich auch anders abwickeln lassen usw. D. h., in Steyr haben wir wirklich die Situation, dass man nicht sagen kann das betrifft einen Bereich, sondern das ist ein Dominoeffekt. Es sind die Automobilbetriebe betroffen, es sind die KMU's betroffen, es sind die Handelsbetriebe schon deshalb betroffen, weil die Kaufkraft geringer ist bzw. weniger ausgegeben wird und auch der Tourismus. 15 % weniger an Nächtigungen. In einzelnen Bereichen, 3-Stern-Bereich, ist es sogar noch mehr. Auch die Ankünfte sind um diesen Bereich gesunken. Dass die Leute einsparen, sieht man auch bereits an Nachtwächterführungen, an klassischen Stadtführungen, wo es Rückgänge gibt von fast 40 % zum Teil. D. h., die Stadt Steyr ist aufgerufen gerade auch in die Kultur vielleicht mehr zu investieren, um hier eine Umwegrentabilität zu haben, in den Tourismus mehr hineinzugeben. Das ist jetzt kein Vorwurf, da möchte ich nicht missverstanden werden, gegen die, die im Tourismus arbeiten. Nur die haben ein Budget und dieses Budget hat sich leider in all den Jahren nicht wirklich erhöht. Es hat sich immer nur dann erhöht, wenn zusätzliche Aufgaben dazu gekommen sind. Aber wirklich de facto erhöht im Zusammenhang mit dem was man machen müsste, schauen Sie sich nur die Arbeitsbedingungen an der Damen die im Tourismusverband arbeiten und schauen Sie sich das an, was in anderen Städten passiert. Ich sage nur ein Beispiel, Hall in Tirol. D. h., es wäre jetzt wichtig, alle Kräfte zu bündeln um hier Lösungen zu finden. Ich schließe auch schon, ich möchte auch meinen Nachrednern noch Gelegenheit geben, aber ich bitte inständig die Verantwortlichen hier zu handeln und die Situation nicht zu unterschätzten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte bei meiner Vorrednerin anschließen. Ich glaube man muss den Eindruck nicht verstärken. Wir befinden uns derzeit mit Sicherheit am Beginn einer nicht ganz einfachen Situation. Ich glaube nur mit Schwarzreden wird man das Problem nicht lösen. Ich glaube, dass wirklich jetzt der Zeitpunkt da ist, wo wir uns eigentlich alle miteinander überlegen sollten, was können wir machen, um in unserem überschaubaren Bereich gegensteuern zu können. Es ist vollkommen klar, dass wir die Wirtschaftssituation, die weltweit ist, nicht in Steyr alleine beeinflussen können. Aber bis jetzt haben wir noch nicht wirklich etwas unternommen, um in unseren Bereich gegenzusteuern. Ich glaube, dass wir alles, was wir tun können, auch tun sollten. D. h., Investitionen vorziehen, nicht zusätzliche, weil das können wir uns nicht leisten, aber wenigstens vorziehen, sodass man hier einen Anreiz gibt, auch wenn es vielleicht für viele nur ein psychologischer Anreiz ist. Aber diese ganze Krise ist vor allem auch eine Vertrauenskrise. D. h., die Konsumenten geben derzeit das Geld nicht aus. Die Hiobsbotschaften was über die Medien laufen führen dazu, dass gespart wird, dass nicht ausgegeben wird, dass man nicht weiß, wie geht es weiter. Ich glaube, dass man in dieses Vertrauen investieren sollte und auch in unserem Bereich etwas tun. Wenn ich sage, in unserem Bereich etwas tun, dann meine ich nicht, dass wir im November 2007 eine Wirtschaftsförderung beschließen, die im ganzen 2008er-Jahr nicht auszahlen und jetzt eine Übertragung machen, die ja gut ist, weil sonst würde die Wirtschaftsförderung verfallen, aber die Wirtschaftsbetriebe die diese Subvention als Anreiz brauchen würden warten und wir beschließen heute, dass wir 241.552 Euro Gewerbeförderung, Zinsenzuschüsse und Gewerbeförderungs-Subventionen in Höhe von 222.809 Euro, dass wir die vielleicht heuer ausgeben. Ich glaube, eine Subvention und eine Gewerbeförderung sollte so schnell wie möglich an die Empfänger übermittelt werden, ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann muss ein Ansuchen hier sein, dann wird es auch behandelt.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... die sollten so schnell wie möglich bevorteilt werden, wenn ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Konkret bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Finanzreferent, das ist dein Antrag. Du wirst uns anschließend ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da steht ja kein Name drinnen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... hoffentlich Auskunft geben können.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn die Firma die Unterlagen nicht gebracht hat, dann kann er es nicht auszahlen. Um das geht es ja. Der zahlt ja das nicht so aus, weil er lustig ist.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, wie viele Unternehmen bitte schön urgieren, dass nichts weiter geht mit ihrer Förderung. Da müssen wir uns vielleicht überlegen, ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So ein Blödsinn. Da sind sie meistens selbst Schuld.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... wie leichter zugänglich wir es machen müssen, wie vereinfacht wir das Prozedere machen können, weil eines ist schon klar, wir wollen alle, dass diese Förderung unter die Leute kommt und dass es die Betriebe auch bekommen und ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir tun doch wirklich alles.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... zu versuchen so wenig Bürokratie wie auch nur möglich aufzubauen. Das wäre ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da bekommen wir immer wieder Lob.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... Wirtschaftsförderung die wirklich etwas bringt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Deswegen ist ein NKE da, deswegen ist ein FWI da und deswegen sind viele Firmen ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und deswegen übertragen wir schon wieder 460.000 Euro.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber deswegen siedeln sie sich an, weil wir nämlich gut und gezielt handeln und konstruktiv Abschlüsse mache mit Firmen die sonst wo anders hingehen würden.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und deswegen haben wir jetzt weniger Arbeitsplätze wie 2001.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist aber eine andere Baustelle.
Gerhard bitte.

GR Ute Fanta verlässt um 16.39 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem aktuellen Thema, das ist wirklich ein äußerst kritisches, äußerst dramatisches Thema. Das hat überhaupt nichts

zu tun mit Partei, Haxlbeißerei oder sonst etwas, es berührt uns alle. Ich bin mittlerweile auch in die Jahre gekommen, wie man ja auch einmal gelesen hat, gut gehalten, das ist der Lebenswandel, aber so etwas habe ich noch nie erlebt. Die ältere Generation, die heute hier anwesend ist, muss auch weit zurückdenken, dass sie diese dramatische Situation schon einmal erlebt hätte. Es war vor einem halben Jahr unvorstellbar, undenkbar, wenn hier ein Wahrsager hier aufgetreten wäre und gesagt hätte, es wird eine Krise geben die die ganze Welt betrifft und die ist nicht mehr in den Griff zu bekommen, dann hätten wir gesagt, Herr Wahrsager, Sie werden sowieso nicht Recht haben, das sind doch eigene Leute und es wird nicht stimmen. Es ist aber das eingetreten, also eine dramatische Situation. Ich bin auch der Meinung, man sollte es nicht noch schwärzer reden als es ist, aber ich glaube Zweckoptimismus ist auch nicht angebracht. Man muss der Realität ins Auge schauen. Da können wir in den Kommunen, in den Städten, in Gemeinden diskutieren bis zum St. Nimmerleinstag. Wir werden das Problem nicht lösen. Es ist hier die hohe Politik gefordert. Ich finde es sinnvoll, und da kann man dazu stehen wie man will, ob diese Billionen Euros, die hier in die Banken geschossen werden, um das System aufrecht zu erhalten, um nicht die ganze Weltwirtschaft komplett zum Untergang und zum Zusammenbruch getrieben wird, das ist wichtig und notwendig. Es ist hier eine gewisse Stabilität angebracht. Das brauchen wir dringendst. Es ist aber auch notwendig, und ich glaube aus dem muss man auch die Lehren ziehen, und das möchte ich schon ein bisschen auch sagen, wie geht das in der Zukunft? Nur hier die Milliarden, von Milliarden von Euro, da können wir uns ja alle miteinander nicht vorstellen, wenn man die Nullen alle sieht und dann reden sie in Amerika von Billionen, das ist ja unvorstellbar. Da wird wahrscheinlich die ganze Tafel da gebraucht werden, um das hinaufzuschreiben. Das ist unvorstellbar, was da geschehen ist. Da gehören hier Instrumente eingeführt, um so etwas in Zukunft zu verhindern. Ein bisschen politisch muss ich das schon sagen, ich werde es nur ein bisschen sagen, aber der Neoliberalismus ist gescheitert. Das muss man auch sagen. Der Kapitalismus ist gescheitert. Es ist auch vor einigen Jahren der Kommunismus gescheitert. Aber aus dem muss man auch die Lehren daraus ziehen. Das kann nicht sein, dass man wieder zur Tagesordnung zurück kehrt und sagt, das ist es gewesen, jetzt haben wir Billionen von Steuergeldern dafür verwendet, dass man das wieder gesichert hat und jetzt kehren wir wieder zum Alten zurück. Damit möchte ich da schon aufhören mit der großen Politik, aber es wird notwendig sein. Das was natürlich das Dramatische und das Tragische ist, es kann niemand sagen, wann das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Das kann niemand sagen. Die gescheitesten Leute der Welt trauen sich hier keine Prognosen mehr machen. Da ist natürlich das, was noch viel mehr Verunsicherung bringt. Das trifft uns natürlich auch in der Stadt. Wenn man die großen Betriebe, die voriges Jahr noch geboomt haben, wo wir noch eine Beschäftigung gehabt haben in einem Ausmaß wie wir es schon seit den 70iger Jahren nicht mehr erlebt haben und auf einmal ist das zusammen gebrochen. Auch dort, von den Managern, ist keiner in der Lage einzuschätzen, wann sich das stabilisiert und wann dort wieder ein bisschen ein Aufwind kommt und es besser wird. Das schlägt sich natürlich tragischer Weise auch in der Arbeitslosenentwicklung nieder. Der Bürgermeister, Michaela, hat es sehr wohl angeführt, dass sich die Anzahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 58 % erhöht hat. Ich habe da auch den Handzettel gehabt und habe das nachgelesen. Er hat das gesagt. Auch die Sozialhilfebezieher steigen und das resultiert auch daraus, dass halt viele Teilzeitbeschäftigte ihren Job verlieren und halt unter der Grenze ein Einkommen haben wo sie Sozialhilfeanspruch haben. Und das steigt und steigt und steigt. Das ist dramatisch. Ich glaube auch, dass man schauen und versuchen muss, wie man dem gegensteuern kann. Da ist man gefordert. Aber ich möchte da nicht jetzt die große Hoffnung wecken und wir werden die Wunderwutzis in Steyr sein und wir werden das jetzt umdrehen und es wird in Steyr das nicht so spürbar sein. Also, das wäre glaube ich vollkommen falsch und da würde man den Leuten auch falsche Hoffnungen machen. Dass der Tourismus zu-

rückgeht – na logisch, wir erleben das. Der Kollege Payrleithner und der Kollege Baumgartner, die aus einem Großbetrieb kommen, wissen ja ganz genau, man hat überall den Sparstift angesetzt und man hat an dem Rädchen gedreht und der Geschäftstourismus ist fast auf ein Null zurückgeschraubt worden. Jetzt müssen die, die halt vorher gependelt sind zwischen München und Steyr, oder anderen Städten, telefonieren, müssen mailen und was weiß ich, mit der neuen Technologie kann man noch andere Konferenzmöglichkeiten abhalten. Die haben das zugedreht. Das tut uns natürlich gewaltig weh und das werden wir auch nicht kurzfristig ändern. Da können wir jetzt noch Werbung im Tourismus betreiben, wenn die Leute das Geld nicht haben, dann werden sie auch nicht kommen. Den Leuten fehlt das Geld und dort muss man schauen, wie wir, und da werden wir heute eh einen Antrag haben, den wir natürlich auch unterstützen und der aus der Arbeiterkammer kommt, und dort muss man auch ansetzen, dass gerade jene, die es am meisten erwischt und am meisten trifft, dass man dort die Kaufkraft dementsprechend stärkt.

Eines möchte ich aber erwähnen, dass wir in Steyr sicherlich eine Reihe von Projekten auf der Schiene haben, auf die Schiene bringen wollen, die auch dieser Entwicklung etwas entgegensteuern kann, wo wir doch eine leichte Entspannung zustande bringen. Es wird ein Schwerpunkt im heurigen Jahr noch von der Arbeitsintensität sein. Reithoffer, dort wo wir 13 Millionen, da habt ihr uns zwar immer kritisiert, in die Wirtschaft investiert haben und werden wir in die Wirtschaft investieren. Ein großer Brocken davon wird heuer noch sein. Das Alten- und Pflegeheim Ennsleite, da werden wir heuer noch den Spatenstich machen, das wird rund 15 Millionen Euro ausmachen. Nach dem echten Geld, sage ich immer, 200 Millionen Schilling rund wird das APE ausmachen. Die Volksschule Resthof ist auch begonnen worden, und das ist heuer am Arbeitsmarkt dementsprechend spürbar, auch mit einem Invest von rund 4,5 Millionen Euro und bei den Schulen sanieren wir und vieles andere. Hochwasser ist sowieso ein gewaltiger Betrag. Aber da darf man sich auch nichts vormachen, da sind auch viele Investitionen dabei, wo nicht der kleine Tischlermeister, der kleine Gewerbetreibende heuer davon profitiert. Es werden viele Leute da in diesem Bereich arbeiten, die werden Geld in Steyr lassen, die Kaufkraft wird sein und das wird sich dort ein bisschen niederschlagen. Insgesamt ist es wirklich eine dramatische Situation. Man kann nur hoffen, dass wirklich auch auf breiter Ebene, in der hohen Politik, da dementsprechend das eingebremst werden kann und dass es gelingt, mit dementsprechenden Geldern auch die Wirtschaft wieder ein bisschen in Aufwind zu bringen. Ich glaube die Hoffnung momentan, und das wird sicher noch eine große Durststrecke von uns allen da in die Richtung notwendig sein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Apfelthaler.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Jetzt hat ja die hohe Politik schon Einzug gehalten bei uns. Lieber Herr Vizebürgermeister, nicht nur der Neoliberalismus ist gescheitert, auch der reale Sozialismus ist gescheitert, nur ist das in unserer Situation ziemlich egal, weil das was nie scheitern wird ist die persönliche Gier von den Leuten. Das ist egal in welcher Staatsform die sich bewegen und das ist egal bei welcher Bank die investieren und wie sie investieren. Das werden wir leider nie wegbringen. Wir können nur schauen, dass wir uns halbwegs schützen davor und da kommen wir ziemlich spät drauf, dass das notwendig ist für uns. Wenn wir jetzt fordern, dass es Maßnahmen gibt in Steyr, Oberösterreich, Österreich, Europa, wenn man sich anschaut welche Gelder unterwegs sind, dann ist das kleine Problemchen Steyr, sage ich jetzt einmal, in den Augen anderer so viel wie Null und nichts. Aber was wir tun können, und das habe ich schon bei meiner letzten Budgetrede, für das Budget 2009, gesagt, und es kommt ja heute wieder, heute haben wir eine so interessante Doppeldiskussion, das was wir eh schon einmal geredet haben, das kommt heute wieder. Das was wir aber schon tun müssen, glaube ich,

das ist einfach auch auf die Signale die es gibt, seitens der Bevölkerung, dass wir auf das hören und schauen was ist jetzt los. Ich meine, wir sind ja letzten Endes alle Vertreter und Vertreterinnen für die Menschen die uns gewählt haben und auf die sollten wir auch hören. Es ist schon ein interessantes Phänomen, dass vor 10 oder 12 Jahren in Steyr ca. 7.000 Leute unter der Armutsgrenze gelebt haben. Haben wir die gesehen? Nur teilweise. Manche haben wir nach Linz verschickt, Gott sei Dank haben wir jetzt auch eine Notschlafstelle. Aber es gibt so viel versteckte Armut die uns nicht so offensichtlich ist, weil sich die Leute auch schämen. Wenn man sich anhört was bei der letzten Gesundheits- und Sozialservicesitzung die dortige Geschäftsführerin erzählt hat, dann sind die Zahlen an Beratungsgesprächen in Notsituationen exorbitant im Steigen. Das ist schon ganz interessant, wenn man dann merkt, der Herr Mayr oder der Herr Huber der jetzt sozusagen entlassen wird und kein Geld mehr hat und schauen muss, dass er seine Familie erhält und so, dem ist das dann ziemlich egal, wahrscheinlich, wenn der Bund oder die Banken mit Millionen usw. unterstützt werden, weil es betrifft ihn wahrscheinlich nur am Rande, wenn er nicht die Gnade hat, dass er in so einen Betrieb arbeitet wo sozusagen die Banken oder der Staat dafür gut steht. Wenn ich heute lese, Arbeitsplätze statt Kündigungswellen, dann frage ich mich wirklich, woher sollen sie denn kommen die Arbeitsplätze. Aus dem Geldtascherl? Oder wo? Oder da aus dem Sakko? Also, das klingt ja alles recht nett, nur eines muss uns schon klar sein, letzten Endes bleibt es bei uns hängen, weil wo sollen denn die Menschen hin gehen wenn sie kein Geld mehr haben. Wo sollen sie denn hin gehen? Sie gehen zur Gemeinde. Da geht mir schon ab, und da muss ich der Michaela Frech Recht geben, da haben wir schon einmal vor, ich weiß nicht, 4 Monaten darüber gesprochen, wie schaut denn das in Zukunft aus. Wir wissen aus den vergangenen Jahren, wenn es sich um familienpolitische Maßnahmen gehandelt hat, dass die Zahlen exorbitant steigen, nur im Budget haben wir es halt noch nicht so drinnen gehabt. Wir haben es dann irgendwie einmal nachbeschlossen. Es ist fast schon so wie wenn wir uns eigentlich verstecken würden vor dieser Realität die auf uns zukommt. Ich glaube, dass die Familien die Ersten sind, die am allermeisten darunter zu leiden haben und dass das dann die zukünftigen Sozialfälle sind ist uns auch klar.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Das werden wir heute noch sehen. Wir haben eh noch einen Antrag.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Danke für dieses herrliche Stichwort. Das ist ja auch schön.
Was für uns wichtig ist, denke ich mir, dass wir, wenn wir schon fördern, da bin ich ja ganz bei dir, dass wir es auch zielgenau fördern. Für Leute die ein Familieneinkommen haben von 3.000 Euro oder ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger, hm, ob die jetzt ein kostenloses Mittagessen für das Kind brauchen oder nicht, das ist halt eine Frage. Das stelle ich jetzt einmal so in den Raum. Dass es natürlich Kinder gibt die nicht einmal eine gescheite Mahlzeit haben am Tag, das gibt es auch, und vermehrt. Für die sollten wir auch was machen. Aber nicht per Gießkanne, dass wir sagen, ganz egal wem oder aufgrund eines, weiß ich nicht, Durchlauffax in allen SPÖ Parteibüros, tut das, dann ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Da brauchen wir kein Fax.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Das ist interessant, weil wir kommen heute noch dazu. Herr Vizebürgermeister Bremm, weil du gesagt hast, das mit der Baumschutzgeschichte das haben die Welser abgelehnt bzw. nicht gemacht. Gerade umgekehrt. Genau in dieser Frage Kindergarten Gratisessen, das haben die Welser zurück gezogen. Warum, frage ich mich. Warum?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Sie haben es nicht zurück gezogen, sie haben es noch gar nicht behandelt.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Sie haben es nicht einmal behandelt. Sie haben in einer ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Was hat das mit der Wirtschaft zu tun?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Da komme ich noch einmal zurück, danke für das Stichwort. Weil ich bin dafür, wir sollen schon unterstützen, aber dort, wo es wirklich notwendig ist. Weil eines ist auf jeden Fall klar, dass das Geld, dieses bisschen schrumpelige kleine Geld was wir noch sozusagen für weitere Aktionen noch im Stadtsäckl haben, immer weniger wird. Um so wichtiger ist es auch, dass wir auf das schauen, dass wir das auch zielgerecht hergeben. Und wenn, ich weiß ja nicht Herr Bürgermeister ob du auch eine Meldung seitens des Landes bekommen hast, weil wenn die Leute keine Arbeit haben, können sie keine Steuern zahlen und das Land prognostiziert einen Rückgang der Kommunalsteuer von 20 %.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Das hat der Bürgermeister ganz am Anfang bekannt gegeben.

Zwischenrufe: Hast du nicht aufgepasst?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Aber was machen wir? Wir geben das Geld per Gießkanne aus und sagen, alle sollen es bekommen, und vielleicht die, die es gar nicht brauchen sollen es auch bekommen. Das ist eh eine tolle Forderung.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Lasst ihn bitte weiter reden.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Kann man das als Auszeit irgendwie nehmen, da diese Zwischenmeldungen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Also sekkiert mich noch ein bisschen, dann läuft eh meine Zeit ab.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir sind schon eine Minute darüber.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ist die Zeit schon aus? Oder was?

Gelächter

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Es ist nicht so lächerlich als es sich anhört, ganz ehrlich gesagt und darüber sollte man auch keine Späßchen machen, weil letzten Endes stehen die Leute dann da draußen, vor unserer Tür, und verlangen von uns, dass wir das Geld, möglicherweise nicht nur ihr Geld sondern aller Steyrerinnen und Steyrer, ordentlich verwalten. Natürlich gehört da dazu, dass man sich zusammen setzt und überlegt, wie sind denn die nächsten Jahre, ich sage nicht ein Jahr sondern Jahre, so zu bewältigen, dass es so etwas gibt wie eine Gerechtigkeit und so etwas gibt wie halbwegs flüssige Mittel, die wir Gott sei Dank noch haben, weil wir vielleicht in anderen Bereichen sparen könnten. Aber bislang ist mir noch die Antwort, jeder hier herinnen, schuldig geblieben, wie denn das gehen soll.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Aber bevor wir die nicht kennen lernen und bevor es bis zum heutigen Tage nicht so etwas gibt wie einen Termin wo man auf die besondere Situation der Stadt Steyr, wo wir einerseits unheimlich viel Leute haben die sehr gut verdienen und eine sehr hohe Arbeitslosenrate haben, also ein Gewicht das ja gegenüber steht, nur ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Das wissen wir eh selbst auch. Lösungen brauchen wir.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Die Lösungen kommen aber bitte nicht aus den politischen Gremien die heute da einmal zitiert worden sind, sondern von allen da herinnen und das fordere ich genauso ein. Danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ein paar Bemerkungen vom Kurt möchte ich zumindest noch replizieren und darauf antworten, weil sie einfach nicht im Raum stehen gelassen werden können. Also, wenn er sagt der reale Sozialismus ist gescheitert, dann muss ich einmal sagen, dass Steyr wahrscheinlich das beste Beispiel ist, dass in der Vergangenheit Gesetze geschaffen worden sind und in der Vergangenheit Regeln geschaffen worden sind, damit die Auswirkungen einer automotiven Krise nicht so stark durchschlagen wie es z. B. in Amerika oder in anderen Ländern der Fall ist. Bei uns ist es nämlich üblich, dass sich die Firmenleitung und der Betriebsrat zusammen setzen und diskutieren, wie kann man über eine Krise dieser Größenordnung am besten hinweg kommen. Da gibt es halt sehr positive Beschlüsse, da wird halt dann auch nachgedacht darüber, wie können wir das mit Kurzarbeit schaffen, dann werden auch Gelder herangezogen die vom AMS kommen, wo auch in der Vergangenheit eingezahlt worden ist, damit auch ein Geld da ist, damit man die Leute zumindest auf einem bestimmten Level weiter zahlen kann und Maßnahmen werden von den Betriebsräten, von der Gewerkschaft, von der Regierung, alle helfen da zusammen, dass man eine sinnvolle Vorgangsweise in diesen schwierigen Zeiten schafft. Da profitieren wir alle in Steyr davon, das muss man auch ganz klar einmal in dieser Runde festhalten. So selbstverständlich ist ja das nicht. Da gibt es andere Länder. Ich habe erst vorige Woche im Spiegel gelesen, in Amerika, da geht halt die Sekretärin bei der Türe hinaus, dann hat sie ihr Haus noch verloren und wohnt seit dieser Zeit in ihrem Auto. Solche Fälle passieren dort. Oder in Zeltstädten oder sonst irgendwo. Bei uns gibt es ein soziales Netz, wo alle zusammen helfen, dass diese Sachen nicht passieren. Und wenn einer sagt, wir bemühen uns nicht in Steyr oder wir haben uns nicht bemüht in der Vergangenheit, dass wir Arbeitsplätze in unserer Region schaffen, dann bitte würde ich jedem, der hier herinnen sitzt, empfehlen, geht einmal hinaus Richtung Norden von Steyr, ins Stadtgut, was da in den letzten 5, 10 Jahren passiert ist, wie viele Betriebe dort entstanden sind. Da geht es nicht nur um Betriebe die mit der Automobilindustrie zusammen hängen, sondern wir haben uns in der Vergangenheit bemüht, dass wir neben der Autoindustrie auch noch andere Bereiche dort ansiedeln. Ich habe mich auch mit den besten Leuten in Steyr zusammen gesetzt und habe darüber diskutiert, wie können wir diese Diversifizierung in Zukunft machen, wie können wir uns am Gesundheitssektor vielleicht auch bemühen. Wir haben eine Fachhochschule in Steyr, die sich mit Gesundheitsmanagement beschäftigt, wir haben ein Krankenhaus, das bestens funktioniert, wir haben Ausbildungsstätten geschaffen, wir haben Forschungsinstitute in Steyr. Jede Menge an guten Grundlagen für eine gute Entwicklung in Zukunft ist in der Vergangenheit geschaffen worden. Es arbeiten im Stadtgut Steyr in der Zwischenzeit 1.000 Mitarbeiter. Vor 10 Jahren waren es vielleicht 50 oder 70.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Was haben wir für die Arbeitslosen?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Selbstverständlich müssen wir da auch was tun. Das ist überhaupt keine Diskussion. Aber zuerst müssen wir einmal Arbeitsplätze auch anbieten und das haben wir in der Vergangenheit sehr gut gemacht. Da hat es auch Bestrebungen gegeben, dass diese Firmen von Steyr weggehen, dass es irgendwelche Initiativen gibt, dass sich die in Stadt Haag, oder Wolfern oder was weiß ich wo ansiedeln. Die sind in Steyr, konkret in Steyr und das ist eine Leistung der Stadt. Darauf muss man schon einmal ganz klar hinweisen.

Also, so selbstverständlich ist das nicht. Wir haben alles getan.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Das bezweifelt ja auch keiner.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Jetzt sage ich, wir werden das auch in Zukunft tun. Da bin ich ganz überzeugt, dass meine Nachfolger ...

Diskussion zwischen GR Kurt Apfelthaler und GR Karl Baumgartner.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Schauen wir, dass wir die Diskussion wieder auf einen Level führen. Also so ist es ja nicht, dass nichts passiert ist und dass nicht in Zukunft auch noch was passiert. Ich bin überzeugt, meine Nachfolger werden das genauso weiter machen. Da bin ich überzeugt davon. Es sind gute Grundlagen geschaffen worden, auf die können wir auch in Zukunft aufbauen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, wir sind jetzt bei Punkt 5), wir machen noch keine Pause. Wir machen zuerst noch eine Kleinigkeit. Ich bitte um die **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates** und dann kommen wir zu den **Verhandlungsgegenständen**. Ich möchte noch den einen Punkt, bevor wir in die Pause gehen, machen. Es gibt einen Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion zum Thema Nettoersatzrate bei der Arbeitslosenunterstützung. Wir stimmen über die Dringlichkeit noch ab, bevor wir in die Pause gehen. Hat jeder den Text oder soll ich den Antrag vorlesen? Gut, ich lese das vor.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die unterfertigten Mandatare des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen gemäß § 18 des Stadtstatutes in Verbindung mit § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse den Antrag, in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. März 2009, um 14 Uhr, nachstehenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

Resolution

an die Clubobleute der im österreichischen Nationalrat vertretenen Fraktionen zur Anhebung des Arbeitslosenbezuges.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr spricht sich mit dieser Resolution für die Anhebung der Nettoersatzrate von derzeit 55 % auf 75 % aus. (So wie es die Arbeiterkammer auch schon diskutiert hat.) Die Region Steyr ist von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Momentan rund 8,5 (das stimmt nicht), 8,9 % Arbeitslosigkeit, um die Existenz der betroffenen Menschen abzusichern.

Die Dringlichkeit ist auch noch einmal begründet.
Wie aus der Statistik des AMS erkennbar ist, ist vor allem die Region Steyr mit täglich zunehmenden Arbeitslosenzahlen konfrontiert. Es wird daher beantragt, diesem Antrag durch den Gemeinderat der Stadt Steyr die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Ich bitte, dass wir über diese Dringlichkeit abstimmen.

Wer für die Dringlichkeit ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Also wie üblich machen wir das dann so, dass am Ende der Tagesordnung dieses Thema besprochen wird.
Danke schön, wir gehen jetzt in die Pause bis halb 6.

PAUSE VON 16.55 UHR BIS 17.35 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie die Plätze einzunehmen. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen

und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Punkt geht es um den OÖ Verkehrsverbund, Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2009. Jedes Jahr haben wir diesen Beschluss zu fassen. Es geht dabei um einen Betrag von 318.865,27 Euro, wobei eine vierteljährliche Akontozahlung von jeweils 79.716,32 Euro zu bezahlen ist. Es geht da um den OÖ Verkehrsverbund. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

1) VerkR-75/09
   OÖ Verkehrsverbund (OÖVV) – Kostenbeitrag der Stadt Steyr für das Jahr 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 11. 02. 2009 wird der Freigabe der Mittel zur Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr zum Aufwand am OÖ Verkehrsverbund für das Jahr 2009 von

EUR 318.865,27

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 318.865,27 bei der VASt. 1/690000/751000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Danke, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr und die Betriebsfeuerwehr von SKF haben ein Schreiben geschickt, wo sie vorschlagen wer die Verdienstmedaille bekommen sollte. Es geht hier um den Hauptlöschmeister Thomas Eisterlehner, um den Oberfeuerwehrmann Martin Hirschenauer, um den Oberlöschmeister Robert Kastner, um den Löschmeister Markus Nestler, um den Amtswalter Thomas Nestler, um den Brandmeister Darko Zupanic. Von der Betriebsfeuerwehr SKF Österreich AG wird vorgeschlagen, dass der Hauptbrandmeister Peter Wieland für diese Verdienstmedaille vorgeschlagen wird. Ich glaube, die haben es sich alle verdient. Es ist aus meiner Sicht auch eine sehr notwendige Maßnahme. Bitte unterstützen Sie diese Verleihung.

2) FW-1/09
   Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 03. 02. 2009 genannten Personen wird zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Antrag. Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr. Hier geht es um ein Subventionsansuchen. Es geht um vier Punkte, auch so wie die letzten Jahre. Zweimal um eine lebende Subvention, Unterstützung durch Magistrat und durch die Stadtwerke und um den voraussichtlichen Verlust im Betrieb von 21.800 sowie für Planung und Investitionen für das Jahr 2009, da sollen wieder 109.000 Euro ausgegeben werden. In Summe sind das 130.800 Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

3) Fin-57/09
Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 17. Februar 2009 wird beschlossen, dem Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr

eine „lebende Subvention“ in der Form zu gewähren, dass die Lohnabrechnung für das Personal Schwimmschule vom Magistrat durchgeführt werden kann,
ebenfalls in Form einer „lebenden Subvention“ für das Betriebsjahr 2009 die operative Führung des Schwimmschulbetriebes durch die Stadtwerke kostenfrei erfolgen zu lassen,
für den voraussichtlichen Verlust im Betrieb der Schwimmschule 2009 die Bereitstellung von Geldmitteln aus der Position lfd. Transfz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. - Schwimmschule in Höhe von Euro 21.800,00 zu genehmigen,
für Planung und Investitionen im Jahr 2009 eine Förderung in Höhe von Euro 109.000,00 von der hiefür vorgesehenen Voranschlagstelle (kap. Transfz. an private Organisationen ohne Erwerbszweck - Schwimmschule) zu gewähren

Zum genannten Zweck wird bei VSt. 5/831000/757000 ein Betrag von Euro 21.800,00 und bei VSt. 5/831000/777000 ein Betrag von Euro 109.000,00 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 130.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2008 in das Finanzjahr 2009. Das ist auch wie in den vergangenen Jahren. Es ist sogar in der Höhe in etwa in den letzten Jahren gleich geblieben. Es geht immer um ca. 6 Millionen. In dem Fall geht es um 217.055 aus dem ordentlichen Haushalt und um 6,403 Millionen aus dem außerordentlichen Haushalt. Diese Übertragungen werden notwendig, weil es zu Verzögerungen bei Lieferungen und beim Baufortschritt gekommen ist. Das ist so der Hauptgrund. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

4) Fin-120/08
Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2008 in das Finanzjahr 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 2. März 2009 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von Euro 217.055,-- und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von Euro 6,403.464,-- in Summe Euro 6,620.519 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Mitglieder des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, zu einem Punkt, den hätte ich gerne aufgeklärt. Der Herr Bürgermeister hat zu Beginn der Sitzung gesagt, es sind 600.000 Euro um die es geht, die die Raika haben möchte im Zusammenhang mit SK Vorwärts. Wenn ich aber unter Punkt 24)

schaue, dann steht SK Vorwärts Steyr, Haftung 635.000 Euro. Und die 635.000 Euro sind zu Beginn der Sitzung auch gefallen und der Bürgermeister hat gesagt es sind nur 600.000. Ich wüsste jetzt gerne sind es 600.000 oder 635.000, weil immerhin, im alten Geld, wie der Kollege Bremm das so gerne hört, ist das eine halbe Million Schilling.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Die Anträge unter dem Titel Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom vorhergehenden Finanzjahr in das nächste Jahr haben ja bereits Tradition. Der Herr Bürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen, auch in den letzten Jahren sind die Beträge, um die es da geht oder die Endsummen, nahezu identisch. Es geht, wie gesagt, darum, insgesamt, außerordentlicher Haushalt und ordentlicher Haushalt zusammengenommen, rund 6,6 Millionen in das Budgetjahr für heuer zu übertragen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat natürlich Auswirkungen auf das Budget, denn das ist ja so, dass dadurch das ursprünglich vom Gemeinderat beschlossene Budget ausgewertet werden muss und vor allen Dingen, dass auch der Schuldenstand dadurch steigt, weil es sich ja größtenteils um Darlehensaufnehmen handelt. Herr Bürgermeister mir geht es nicht darum, so wie der Kollege Bremm vorhin gemeint hat in einem anderen Tagesordnungspunkt, dich anzupatzen, sondern mir geht es darum zu korrigieren, wenn du gesagt hast, dass wir 12 Millionen an Rücklagen haben. Da muss ich dich leider verbessern, denn aufgrund der Vorlagen und der Budgetvorschau für dieses Jahr, haben wir am Ende des Jahres nicht 12 Millionen sondern, soweit ich mich zurückerinnern kann, etwa 385.000 Euro noch zu Buche stehen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du weißt es aber genau, warum das so ist.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister, aber das sind die Zahlen die von dir als Finanzreferent im Gemeinderat vorgetragen wurden. Es ist so. Natürlich kann sich dort und da etwas ändern. Das ist ja klar, weil das ist ja nicht die Bibel sondern es gibt Veränderungen in allen Bereichen. Und heute haben wir ja bereits die erste Veränderung. So ist es. Aber ich wollte nur darauf hinweisen, wie gesagt, das hat natürlich seine Auswirkungen. Und, ich möchte doch auf einige Positionen, die hier auf sieben Seiten aufgelistet sind, Stellung beziehen, vor allen Dingen auf eine Position die von meiner Vorrednerin bereits angesprochen wurde, das ist der Betrag von 635.000 Euro unter dem Titel Vorwärts-Haftung. Das ist natürlich Anlass dafür, dass wir diesem Antrag, das sage ich gleich vorweg, die Zustimmung nicht erteilen werden, weil wir natürlich viele Positionen, die da drinnen stehen, auch bei der Beschlussfassung für gut geheißen haben, dem zugestimmt haben, werden wir uns der Stimme enthalten. Aber wie gesagt, einige Positionen sind doch interessant, weil da geht es ja nicht nur darum, dass es Positionen sind die im Jahr 2008 nicht umgesetzt wurden, nicht abgerechnet wurden oder die Arbeiten nicht vollendet wurden, sondern da geht es ja darum, dass teilweise diese an sich beschlossenen Positionen bis in das Jahr 1999 zurück gehen. Das sind zwar nicht die großen Beträge, aber ich stelle fest, dass beispielsweise beim Rohrsteg Münichholz Holzlieferung, da gibt es eine Verfügung vom 19. 12. 2006, die Lieferung noch ausständig ist. Da hätte ich gerne gewusst, warum das so ist.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Welche Position ist das?

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Das ist auf der Seite 4, Herr Bürgermeister, Nummer 106 und 107. Und zwar ist die zweite Position auch interessant, betrifft ebenfalls den Rohrsteg in Münichholz, da geht es um den Korrosionsschutz. Da gibt es ebenfalls eine Verfügung vom 12.

7. 2006 und da ist der Letztanstrich noch nicht fertig. Ich gehe davon aus, dass inzwischen die Brücke schon wieder rostig ist und man den Grundanstrich auch wieder erneuern muss. Da hätte ich schon ganz gerne gewusst, warum das so ist. Ich könnte noch einige andere Beispiele anführen, aber das unterlasse ich jetzt. Ich hätte hier nur nochmals den Wunsch geäußert, den wir bereits seit Jahren hier vor diesem Gemeinderat vortragen, wenn es um solche außergewöhnlichen Verzögerungen geht, dann wäre es zumindest angebracht, in einer Fußnote eine nähere Erklärung dazu abzugeben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Manche dieser praktisch Übertragungen oder sagen wir geparkte Geldmittel, hängen auch damit zusammen, dass das Rückstellungen sind. D. h., da ist noch nicht alles bezahlt, weil man vielleicht Haftungsrücklagen praktisch geltend gemacht hat, oder etwas wirklich im Zweifel ist über die Qualität dieser Baumaßnahmen und man darum das Geld zurück gehalten hat, da wo man noch nicht weiß, endgültig eine Entscheidung, ob es gebraucht wird oder nicht. D. h., ich glaube es ist in der Sorgfaltspflicht vollkommen richtig, dass man diese Übertragungen macht, bis klar ist ob das Geld tatsächlich benötigt wird, weil es hat ja seinerzeit einen Beschluss gegeben, dass man diese Mittel auch reserviert für einen bestimmten Zweck. Sie können ja auch nur für diesen Zweck verwendet werden. Damit glaube ich ist das halbwegs beantwortet. In diesem speziellen Fall, Rohrsteg, muss ich mich auch schlau machen, das kann ich Ihnen ad hoc jetzt nicht beantworten.

Der Punkt mit Vorwärts, den möchte ich auch hier bestätigen, dass es richtig ist, dass das übertragen wird. Ich weise aber darauf hin, dass ich es nicht für sinnvoll halte, wenn der Bürgermeister, wie in den Zeitungen erwähnt, jetzt schon verhandeln möchte mit der Bank. Ich glaube dazu ist es notwendig, dass dieser Rechnungshofbericht wirklich öffentlich wird und wir die Aussagen des Bundesrechnungshofes auf den Tisch haben und erst dann, glaube ich, ist der Zeitpunkt da, dass man konkrete Verhandlungen mit der Raika führen kann.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Schlusswort Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, Rohrsteg ist geklärt.
Zur Ausweitung, wie es der Roman geschildert hat, dass das ja zu mehr Schulden führt, wie er gemeint hat, es ist so, wenn in dem Jahr 6 Millionen übertragen werden und nächstes Jahr wieder 6 Millionen übertragen werden, dann bleibt die Summe ja über die Gesamtzeit gleich. Das muss ja auch klar sein. Das Thema Rücklagen, weil du sagst, nach Beschluss Budget letztes Jahr hätten wir dann nur mehr 350.000 Rücklagen. Ich kann dir in der Zwischenzeit sagen, dass der Rechnungsabschluss über das Jahr 2008 bereits da ist und dass der Rechnungsabschluss so ausgegangen ist, dass von den präliminierten 4,8 Millionen Minus nur mehr 0,24 übrig geblieben sind. D. h., es bleibt auch jetzt wieder bei den 12 Millionen Rücklagen die letztes Jahr da waren. Und wie sich die Finanzlage dieses Jahr entwickelt, das wissen wir ja noch nicht, aber es ist damit zu rechnen, dass es mit Sicherheit nicht so gut wird, weil wir ja wissen, wie wir schon gehört haben, Ertragsanteile, Kommunalsteuer und Ähnliches wird mit Sicherheit nach unten gehen und da sind sicher Auswirkungen da. Aber das wird den anderen Gemeinden in Österreich, oder vielen anderen Gemeinden in Österreich ähnlich gehen. Wir hoffen, dass wir mit nächstem Jahr vielleicht wieder durch die Krise durchtauchen können und dann wieder positivere Zahlen schreiben können, sodass es dann wieder nach oben geht.
Zum Thema Vorwärts, weil es die Frage gibt 600.000 oder 635.000. Da muss ich ganz klar sagen, das war ja die Forderung, das weißt ja du sicher ganz genau, die

voriges Jahr noch im Raum gestanden ist und wir haben aber für die Abwicklung, d. h. es geht auch um steuerliche Erledigung dieses ganzen Themas, haben wir diese 35.000 Euro schon dazu gerechnet und vorgehalten, so dass wir glauben, dass mit diesem Betrag das Auslangen gefunden werden kann.
Zum Thema, wie geht es weiter mit Raika und warum sollen wir da jetzt mit der Raika überhaupt nicht mehr reden oder noch nicht reden, bevor der Rechnungshof-Endbericht nicht da ist. Es gibt ganz klare Empfehlungen des Rechnungshofberichtes und aufgrund dieser Empfehlungen habe ich auch bei der Raika in Linz angerufen und wir haben bereits eine Verhandlungsrunde gemacht. Ich werde bei nächster Gelegenheit die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch einladen und über das Ergebnis berichten und wir werden dann die nächsten Schritte setzen, die notwendig sind, aber vorbereitet haben wir auf alle Fälle diese ganze Geschichte, sodass es zu einem Abschluss gebracht werden kann, weil im Rechnungshof-Rohbericht natürlich auch drinnen steht, dass möglichst rasch zu einem Abschluss gefunden werden sollte, und zwar für einen allen befriedigenden Abschluss gefunden werden sollte. Ich bin überzeugt, dass das in dieser Situation auch möglich ist. Wir werden entsprechend auch Rechtsberatung noch beiziehen. Ich bin überzeugt, dass wir vielleicht eine gemeinsame Lösung zusammen bringen. Ich glaube, das soll auch der Sinn dieser ganzen Geschichte sein, dass wir endlich einmal einen Abschluss zusammen bringen. Es hat ja einen Beschluss gegeben der gemeinsam zustande gekommen ist, 1995, wo man auf eine Bürgschaft eingegangen ist. Es muss jedem klar sein, wenn er seine Hand hebt für eine Bürgschaft, dann kann diese Bürgschaft auch schlagend werden. Über das muss man dann einmal reden. Das ist nicht so, dass das alleine die SP beschlossen hat, sondern da waren selbstverständlich auch die ÖVP-Mandatare mit dabei und die haben das mitbeschlossen, mitgetragen und mit Vehemenz auch noch vertreten. Ich kann mich erinnern an den Dr. Pfeil, der ja der Retter der Vorwärts war, und das unbedingt auch so haben wollte. Jetzt sich dann abzuputzen und sagen, das interessiert nicht mehr, weil irgendetwas schief gegangen ist, das kann es ja wohl nicht sein.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Es hat 2000 dann einen weiteren Beschluss gegeben, wo wir selbstverständlich nicht dabei waren. Der Beschluss ist bis heute nicht umgesetzt worden. Bitte Herr Bürgermeister bleiben wir bei der Wahrheit.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich war bei der Geschichte 2000 zwar schon im Gemeinderat, aber nicht an bestimmender Stelle. Aber was da beschlossen worden ist, ist auch rechtlich schon alles überprüft worden. Das muss man auch ganz klar dazu sagen. Es ist rechtlich alles schon x-mal überprüft worden von besten Rechtsanwälten und auch vom Rechnungshof und da wird es auch klare Aussagen dazu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? FPÖ, 2 Grüne, Bürgerforum Steyr. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, bei meinem letzten Antrag geht es um den Flächenwidmungsplan Nr. 2, Änderung Nr. 23, Citygarage Werndlpark. Da geht es darum, dass diese Umwidmung jetzt einer Lösung zugeführt werden sollte, damit auch in diesem Bereich die entsprechenden Baumaßnahmen möglich sind. Es sind die entsprechenden Stellungnahmen der Fachabteilungen da und es gibt auch keine Einwände gegen diese Flächenwidmungsplanänderung. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

5) BauGru-29/05
Flächenwidmungsplan Nr. 2, Änderung Nr. 23, Citygarage Werndlpark.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Flächenwidmungsplan Nr. 2 – Änderung Nr. 23 – Citygarage Werndlpark, wird entsprechend den per 31. 10. 2008 korrigierten Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 2. März 2009 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Bürgermeister und gebe den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächste Berichterstatterin die Frau Vizebürgermeisterin um ihren Bericht.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wir alle wissen ja, dass ab 1. September der Gratiskindergarten in OÖ eingeführt werden soll, d. h., aber auch für die 2 ½-jährigen Kinder. Gratiskindergarten ergibt nur dann einen Sinn, wenn man auch ein Gratismittagessen macht, weil es ist heute ganz wichtig, dass die Kinder einmal am Tag ein warmes Essen bekommen. Es soll nicht ausschauen, dass nur ein gewisser Teil das bekommt, sondern es sollen alle Kinder gleich behandelt werden, weil es hat ja früher das sogenannte Armenessen gegeben und ich will auf keinen Fall, dass das in der heutigen Zeit wieder eingeführt wird. Wir wissen auch alle, dass wir auch sehr viele, gerade in Steyr, Frauen haben die unter 1.000 Euro brutto verdienen und ich glaube, dadurch ist es notwendig, weil es sind immerhin im Monat 50 Euro die sich die Frauen oder die Familien ersparen. Wir haben ja heute schon über die Wirtschaftslage in Steyr geredet. Durch diesen Antrag haben wir auch die Möglichkeit, Arbeitsplätze für Frauen in unserem Bereich zu schaffen. Ich glaube, das ist auch ganz wichtig. Und für die Entwicklung des Kindes, dass es merkt, dass man einmal am Tag warm essen soll, das nehmen sie dann auch für später mit.
Ich möchte aber auch gleich zu Beginn sagen, ich bin sehr überrascht gewesen. Ich habe diesen Antrag im Sozialausschuss durchgenommen, habe jede Fraktion um eine Stellungnahme ersucht, habe von der ÖVP-Fraktion, und ich glaube ihr seid 6, aber schön langsam glaube ich ihr seid 2, 2, 2, eine Antwort bekommen, dass die ÖVP-Fraktion für den Gratismittagstisch ist. Es steht eigens drinnen, ich habe das Fax hier, GR Wührleitner, die ÖVP-Fraktion ist für den Gratismittagstisch. Ich habe das schon einmal erwähnt, weil der Herr Mayrhofer ist in die Zeitung gegangen, wie er mit dem Herrn Landeshauptmann durch Steyr gegangen ist, und auf einmal war er nicht mehr für den Gratismittagstisch. Heute lese ich wieder in der Zeitung, die Kollegin Braunsberger-Lechner ist auch wieder gegen den Gratismittagstisch. Also ich muss schon sagen, ich würde schon den hohen Gemeinderat ersuchen, dass wir da so weit wie möglich einstimmig für diesen Gratismittagstisch sind, weil ich glaube, dass es in der heutigen Zeit notwendig ist, wo es für viele schwer ist, dass sie kochen können. Es ist bitte keine Zwangsverpflichtung. Es ist jedem freiwillig überlassen ob er das Essen haben will oder nicht. Aber wir bieten es an und ich glaube das alleine ist notwendig. So, und jetzt ersuche ich um Diskussion bzw. um Zustimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

6) KDG-2/09
Vorziehen des kostenlosen Mittagessens in den städt. Kindergärten ab 1. Mai 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Soziale Angelegenheiten, Fachabteilung für Kindergärten und Horte, vom 11. 02. 2009 wird dem Vorzie-

hen des Gratismittagessens ab 1. 05. 2009 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Mag. Frech hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe meine Stellungnahme der Frau Vizebürgermeisterin persönlich mitgeteilt, nachdem sie etwas umfangreicher auch war und ich mit ihr auch darüber diskutieren wollte. Es klingt ja sehr schön zu sagen, Gratismittagessen jetzt für alle Kinder. Nur die Logik ist nicht ganz schlüssig zu sagen, Gratiskindergarten ist nur dann gratis, wenn es auch ein Gratisessen gibt, weil genauso müsste ich dann logischerweise und konsequent sagen, Gratisschulbesuch ist nur dann, wenn es auch ein Gratismittagessen gibt, im Pflichtschulbereich, im höheren Schulbereich usw. Das gebe ich nur zu bedenken. Wann, dann muss man das Ganze weiter denken. Etwas eigenartig ist es insofern, ich freue mich über den Gratiskindergarten als solches, weil Sie können sich erinnern, ich bin mehr als einmal hier heraußen gestanden und habe kritisiert, dass Steyr die höchsten Kindergartentarife hat in ganz OÖ. Das war so. Da war immer die Geschichte die, dass man gesagt hat, wer mehr verdient soll auch mehr für den Kindergarten zahlen und wir haben sogar den Höchstbereich ausgeschöpft. Jetzt sollten wir eigentlich zufrieden sein mit dieser Regelung des Kindergartens der gratis ist für alle und jetzt, weil ein Wahljahr ist anscheinend, weil nur damit ist die Eile erklärbar, dass man das auch bereits mit Mai macht, sagen wir auch Gratismittagessen für alle. Das klingt ja gut, aber es entpuppt sich als ein etwas bitteres Wahlzuckerl. Wenn man sich nämlich dann diesen Amtsbericht anschaut, beispielsweise, wo man gar nicht einmal genau beziffert was das tatsächlich kosten wird. Wir haben heute schon gehört, wie finanziell angespannt unsere Situation ist. D. h., wir müssen mit jedem Euro den wir ausgeben, und für das Gratismittagessen geben wir dann nur aus und nehmen null Euro ein, muss uns bewusst sein, dass das wo anders fehlt, nämlich dort, wo man es dringend braucht, bei jenen, die tatsächlich am unteren Ende der Einkommensskala sind und nicht bei denen die sagen ich kann und will mir diese 50 Euro für das Mittagessen gerne leisten. Es geht ja nicht darum, dass man sagt wir möchten nicht, dass die Kinder ein warmes Mittagessen haben, na sehr wohl, aber es gibt genug Familien die können sich das durchaus leisten und die wollen das auch. Ich sage Ihnen nur ein Statement in dem Zusammenhang, das ich da von einer Bürgerin gehört habe, das mir auch zu denken gegeben hat, wie sie das gelesen hat in der Zeitung mit dem Gratismittagessen, wo sie gesagt hat, wissen Sie, ich möchte das gar nicht in Anspruch nehmen, weil ich käme mir mit meiner Einkommenssituation wie ein Sozialschmarotzer vor.

Zwischenrufe: Das muss sie eh nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Jene, die sich das leisten können und auch wollen, die sollen das auch zahlen. Und damit haben wir finanzielle Ressourcen wirklich jene zu unterstützen, die der Unterstützung bedürfen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Dann sind wir wieder beim Armenessen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, wir sind nicht beim Armenessen, weil genau mit demselben Argument hätten Sie immer vom Armenkindergarten reden können, weil da war es genauso, dass das einkommensabhängig geregelt war wie viel man zahlt. Das ist nicht das Thema. Und die Administration ist auch nicht das Thema. Die hatten wir jetzt jahrzehntelang, indem wir die Eltern gebeten haben, bei Beginn der Einschreibung, sie müssen ihre Einkommenssituation vorlegen, wenn nicht, dann bezahlen sie den Höchstbeitrag. Hier kann man das genauso gut machen und sagen, wenn Sie Ihre Einkommenssituation nicht vorlegen, dann zahlen sie eben diese 50 Euro, und das wird jeder auch akzeptieren, und die, die sozial be-

dürftig sind, die sollten das bekommen. Was mich besonders stört an diesem Antrag ist, dass es nur um die städtischen Kindergärten geht. Wir waren jetzt so froh, dass man endlich das aufgehoben hat, erst vor wenigen Jahren, dass Privatkindergärten und Städtische Kindergärten einigermaßen die gleichen Rahmenbedingungen haben. Wenn wir jetzt aber sagen, Gratismittagessen in den Städt. Kindergärten und der Antrag bezieht sich nur auf die Städt. Kindergärten, zumindest laut Amtsbericht. Im Antrag selbst steht das dann nicht mehr drinnen. Aber ich schließe aufgrund dessen was im Amtsbericht steht, nur für die Städt. Kindergärten. Was ist mit den anderen Kindergärten? Ich schaffe wieder zwei Klassen von Kindern, von Familien. Die, die einen Städt. Kindergarten besuchen – Gratisessen, die, die den Pfarrkindergarten besuchen, die müssen zahlen. Ich lese hier nirgendwo, dass wir die Kosten die der Pfarrkindergarten hat dann ersetzen. Dann können Sie reden von Gratismittagessen. Ich bin mir sehr sicher, dass es genug bedürftige Familien gibt auch in den Privatkindergärten. Das ist keine Sache des Einkommens. Punkt 1).
Punkt 2) ist, im Sozialausschuss haben wir dazu diskutiert. Jetzt steht ja nur da im Amtsbericht, dass der finanzielle Mehraufwand für die Stadt im Monat ca. 7.000 Euro betragen wird. Das stimmt ja nicht, weil wenn Sie sich den Amtsbericht durchlesen, dann steht, man geht davon aus, dass sich die Zahl der Kinder die ein Gratismittagessen in Anspruch nehmen werden oder überhaupt ein Mittagessen in Anspruch nehmen werden, wenn es gratis ist, vervierfachen wird. D. h., 250 Kinder mal 4 Kinder sind 1.000 Kinder mal 50 Euro im Monat ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das steht ja da. Ich nehme nur den Amtsbericht her. Wenn die Zahlen des Amtsberichtes nicht stimmen, dafür kann ich nichts. Ich beziehe mich auf den Amtsbericht. Und in diesem Amtsbericht steht, derzeit nehmen ca. 250 Kinder das Mittagessen in Anspruch. Bei Gratisangebot für alle Kindergartenkinder könnte eine Vervierfachung der Fall sein. Dann sind wir aber bei 1.000 Personen und mal 50 sind wir bei 50.000 Euro und das aber bitte im Monat. 1.000 Kinder mal 50 Euro. Es steht auch nirgendwo da, aber anscheinend widersprechen sich hier die Zahlen oder sie sind nicht schlüssig. Zum anderen kommt auch noch die Infrastruktur dazu, was man alleine ausgeben muss um überhaupt einmal dieses Gratismittagessen anbieten zu können. Also für mich ist das hier wirklich eine Augenauswischerei, wo man populistisch, das sage ich jetzt ganz offen, hinaus geht, ein Wahlzuckerl macht, Gratismittagessen für alle klingt gut in Wahlkampfzeiten. Es muss auch noch schnell gehen. Es gibt keinen Grund, das mit 1. Mai zu machen, das hätte Zeit, das hätten wir wirklich ausführlich diskutieren können. Aber ich bin mir leider sehr sicher, wenn ich jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung stelle, Absetzung des Antrages und Diskussion im Ausschuss, wird die Mehrheitsfraktion, wie immer, das auch niederstimmen, obwohl, ich halte es für die sinnvollste Vorgehensweise, weil wir wissen derzeit nicht was das kosten würde. Wir wissen nicht, ob wir das ausdehnen dann auch auf die Volksschulen und vor allem die Privatkindergärten. Wo sind die? Die kommen hier überhaupt nicht vor. Das halte ich für höchst problematisch.
Aus diesem Grund möchte ich Ihnen auch einen Zusatzantrag dazu vorbringen. Der erste Satz den Sie haben: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für soziale Angelegenheiten, Fachabteilung für Kindergärten und Horte, vom 11. 2. 2009, wird dem Vorziehen des Gratismittagessens ab 1. 05. 2009 zugestimmt. Der Satz kann so bleiben, weil hier steht ja nicht Privatkindergärten oder Städtische, sondern wird zugestimmt, d. h., für alle Kindergärten. Aber als Ergänzung: Diese Regelung gilt für jene Personengruppen, die ein Gratismittagessen auch tatsächlich benötigen, wie Sozialhilfebezieher, Familien am Existenzminimum etc. Die konkreten Einkommensgrenzen sollen durch die zuständige Fachabteilung erarbeitet werden.
Wie gesagt, lieber wäre mir natürlich das Ganze von der Tagesordnung abzusetzen, aber da weiß ich, da werde ich wohl keine Zustimmung bei Ihnen finden.

Zusatzantrag Bürgerforum Steyr

Ergänzung zum Antrag KDG-2/2009
„Vorziehen des kostenlosen Mittagessens in den städtischen und privaten Kindergärten ab 1. Mai 2009“

Der Gemeinderat möge beschließen:

(1. Satz bleibt)

Diese Regelung gilbt für jene Personengruppen, die ein Gratismittagessen auch tatsächlich benötigen (Sozialhilfebezieher, Familien am Existenzminimum etc.).

Die konkreten Einkommensgrenzen sollen durch die zuständige Fachabteilung erarbeitet werden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Dr. Zöttl bitte.

GEMEINDERAT
DR. HELMUT ZÖTTL:
Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, man kann erkennen, dass durch das Wahlversprechen der ÖVP mit dem Gratiskindergarten die SPÖ unter Druck gerät und der SPÖ der Wind aus den Segeln genommen wurde und somit das Gratismittagessen zum Thema geworden ist. Sozusagen wird jetzt aus einem Wahlzuckerl ein Wahlsupperl. Grundsätzlich ist für uns Freiheitliche das Ganze eine gute Sache, wenn Kindern die Möglichkeit geboten wird Mittagessen zu konsumieren, wo Esskultur erlebt, erlernt werden kann und dadurch auch die Familien entlastet werden. Für uns stellen sich aber zwei Fragen betreffend des Gratismittagessens.
Wie wird die Regelung für Private Kindergärten aussehen und wie soll dieses Gratismittagessen finanziert werden?
Da diese Fragen noch nicht geklärt sind, stellen wir folgenden Abänderungsantrag.

Zum vorliegenden Hauptantrag betreffend: Vorziehen des kostenlosen Mittagsessens in den städtischen Kindergärten ab 1. Mai 2009“ stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden

Abänderungsantrag

In Anbetracht der angespannten Finanzlage der Stadt Steyr wird ein kostenloses Mittagessen in den städt. Kindergärten gleichzeitig mit der Einführung des „Gratis-Kindergartens“ ab Herbst 2009 angeboten, sofern die Kosten für den „Gratis-Kindergarten“ tatsächlich von Bund und Land übernommen werden und die Stadt Steyr diesbezüglich finanziell nicht belastet wird.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau Braunsberger-Lechner bitte.

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, die ÖVP-Fraktion ist für den Gratiskindergarten, aber nur für die Kinder, die auch bedürftig sind.

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Für den Kindergarten oder das Essen?

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Für das Gratismittagessen, aber für die Kinder, die auch bedürftig sind. Wir haben gar nicht die Finanzkraft, dass wir sämtlichen Kindern das Mittagessen gratis zur Verfügung stellen, zum einen und zum anderen ist auch aus dem Antrag gar nicht ersichtlich wie wir das finanzieren und wie viel tatsächlich die Kosten dann betragen. Also, diesbezüglich kann aufgrund des Inhaltes des Antrages gar nicht die Zustimmung erteilt werden. Eines ist schon klar, dass aus diesem Antrag schon ein bisschen das Wahljahr 2009 heraus lacht, denn anderes kann ich mir den Gesinnungswandel der SP-Fraktion nicht vorstellen. Der Gesinnungswandel insofern, da doch die Kindergartenhöchsttarife in den letzten Jahren oberösterreichweit von Steyr eingehoben worden sind. Wie oft haben wir den Wunsch geäußert, dass wir doch die Kindergartentarife herabsetzen. Aber diese Anträge wurden jedes Mal von

der SP-Fraktion abgeschmettert. Jetzt auf einmal, seit dem der Gratiskindergarten in Aussicht gestellt ist, will man so quasi das Wahlzuckerl oder das Wahlsupperl, wie mein Vorredner gesagt hat, in den Raum stellen. Das Geld ist zum einen nicht da und bitte verteilen wir nicht nach dem Gießkannenprinzip ein Geld, das wir gar nicht haben, sondern lassen wir gerade in dieser wirtschaftlichen prekären Situation, in der wir uns befinden, doch das Geld denjenigen zukommen die es brauchen und lassen wir es nicht einfach im Sumpf irgendwo dahinfließen, weil zu Hause braucht das Kind auch etwas zu Essen und wenn sich die Familien das leisten können, dann sollen sie quasi auch einen Beitrag, zumindest einen Unkostenbeitrag, bezahlen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Vizebürgermeister Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Es freut mich außerordentlich, dass es ab 1. September in Oberösterreich den Gratiskindergarten für alle Kinder ab 2 ½ Jahre - wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe - gibt.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wer hat es erfunden? Das ist eine langjährige Forderung ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist eine langjährige Forderung der SPÖ, das ist in verschiedensten Unterlagen und Aussendungen nachzulesen. Wenn man sich zurückerinnert, wir haben da im Gemeinderat bei den Tarifen oft darüber diskutiert, wo kritisiert worden ist, in Steyr sind die Tarife zu hoch, das weiß ich noch genau, das Langzeitgedächtnis funktioniert bei älteren Herren ja sehr gut, und die älteren können sich vielleicht auch noch daran erinnern, dass ich auch immer die Meinung vertreten habe, dass der Kindergarten für alle Kinder gratis sein soll. Für alle Kinder, und nicht nur für die sozial bedürftigen Kinder. Gott sei dank ist das jetzt so und ich nehme an, dass das nicht nur ein Wahlzuckerl der ÖVP auf Landesebene mit den Grünen zusammen ist, dass jetzt einige Monate vor der Landtagswahl, am 2. April im OÖ Landtag beschlossen werden wird, dass ab 1. September - zufälligerweise sind halt die Wahlen dabei - der Gratiskindergarten eintritt. Ich meine das jetzt nicht polemisch, oder als Wahlzuckerl, mich freut es persönlich wirklich, dass das eintritt, weil ich glaube, dass das in vieler Hinsicht eine wichtige Maßnahme ist. Aber ich glaube genauso sagen zu können, dass es wichtig ist, dass der Mittagstisch für die Kinder gratis ist. Wir haben heute schon darüber debattiert, was machen wir jetzt so, um in dieser Finanzsituation, in der Wirtschaftskrise, bei dieser Arbeitslosensituation zu entlasten? Da glaube ich, ist das schon eine sinnvolle, wichtige Maßnahme und vor allem aber auch eine nachhaltige, weil das auf Dauer dann gelten wird. Für die sozial Bedürftigen ist das wirklich eine Belastung gewesen, die Kinder im Kindergarten zu lassen und das Essen zu kaufen, das wissen wir und das werden auch immer mehr. Für die ist es auf alle Fälle eine dementsprechende Entlastung und hat natürlich auch wirtschaftlich einen Sinn, wenn sich die im Monat € 50,-- ersparen, sind das in 11 Monaten € 550,-- und das ist für eine Mutter mit Teilzeitbeschäftigung fast ein Monatsverdienst, den sie sich ersparen kann, wenn sie das Kind im Kindergarten lassen kann. Es ist dies keine Zwangsmaßnahme, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es kann jeder in Anspruch nehmen, wer es will und wenn es hier welche gibt, die glauben ihr Kind im Kindergarten den Gratismittagstisch nicht einnehmen zu lassen, das steht jedem frei. Nur ich appelliere an euch, ihr habt immer gesagt, alle Kinder – das sind eure Worte gewesen – sollen gleich sein und für das treten wir auch ein, dass da auch in dieser Frage alle Kinder gleich sein sollen, es ist kein „Muss“. Wir befinden uns da in bester Gesellschaft mit der ÖVP und den Grünen auf Landesebene, dort ist auch nicht bis zu gewissen Einkommensgrenzen der

Gratiskindergarten, sondern das gilt für alle Kinder, unabhängig von den Einkommensschichten. Gerade in dem Bereich ist es so, den Kindergarten nimmst du in Anspruch, ob du ihn dann zahlen willst oder nicht, er ist gratis. Beim Mittagstisch ist das schon anders, dort kannst du wählen, ob du ihn willst oder nicht. Wenn heute da wer von Sozialschmarotzern redet, so wie es angeführt worden ist, ich glaube es gibt da überhaupt keine Sozialschmarotzer, sondern das wäre schon eine tiefschürfendere Diskussion wert, warum wer öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, aber einfach da so den Stempel draufhauen, das ist ein Sozialschmarotzer, da wäre die Diskussion wesentlich zu einfach. Wer glaubt, aus öffentlichen Mitteln für sein Kind diesen Gratismittagstisch nicht in Anspruch zu nehmen, der kann selber wählen, er braucht das nicht tun. Ich würde wirklich ersuchen, dass wir hier eine breite Mehrheit für den Gratismittagstisch bekommen. Das hat natürlich auch neben der Entlastung von den Familien, von den Müttern, von den Frauen, nicht nur finanziell sondern auch in anderer Hinsicht, eine große Bedeutung – das ist auch angeführt worden – es wird natürlich auch eine zusätzliche Beschäftigung notwendig sein, weil das wird nicht alles so nebenbei gehen. Es werden dort auch Frauen, oder auch Männer, das ist eh nicht geschlechtspezifisch, benötigt werden und wir brauchen in Steyr eh dringend auch Arbeitsplätze und damit kann man das auch aus diesen Gesichtspunkt betrachten. Ich ersuche da wirklich, dass wir eine geschlossene Meinung zu dem Thema zustande bringen. Ich bin ja auch der Meinung - und das ist auch im Sozialausschuss diskutiert worden - dass das jetzt nicht nur ab 1. Mai für die städtischen Kindergärten, sondern ab 1. September für alle Kinder, die in Steyr in den Kindergarten gehen, unabhängig ob das städtische oder private Kindergärten sind, dass das für alle gelten soll. Es wird Geld kosten, das ist klar, das ist uns bewusst, aber man wird halt auch in schwierigen Zeiten Prioritäten setzen müssen, man wird halt sagen, für was gibt man Geld aus. Ob man jetzt sagt, man baut irgendwo eine Brücke, oder wir bauen eine Straße oder ein Haus, oder ob uns der soziale Bereich mehr am Herzen liegt. Wir stehen dafür, dass wir hier im sozialen Bereich helfen und unterstützen wollen und dass das auch dementsprechend in Ordnung und sinnvoll ist. Daher noch einmal unser Ersuchen, hier eine breite Mehrheit zu bekommen. Es gibt eine Reihe von Städten und Gemeinden in Oberösterreich, die sich auch für den Weg entschlossen haben, in Linz ist das der Fall, in Wels ist es in Vorbereitung, in Leonding und anderen Städten ebenfalls. Gerade von Leonding kann ich ein Beispiel sagen, aber das ginge zu weit, dieser Antrag, wo die freiheitlichen Kollegen wollten, dass dieser Antrag erweitert werden sollte, dass alle Kinder, die den Mittagstisch nicht in Anspruch nehmen, dass die Eltern dann dafür finanziell abgegolten werden – aber das sind natürlich andere Leute dort, das ist nicht Steyr. Das ginge mir wirklich zu weit, ihr habt es in Steyr eh nicht verlangt, aber es war in Leonding oder in Traun. Das wollen wir nicht, weil das würde zu weitreichend sein, aber ich ersuche hier um breiteste Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Hauser bitte.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätzte Frau Vizebürgermeister und Sozialreferentin, geschätzter Herr Bürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Lassen sie mich einen alten „Sager“ verwenden, den ich schon einmal verwendet habe, auch wenn er jetzt vielleicht für manche nicht mehr so passend scheint, aber ich bekomme Bauchweh, wenn ich euch zuhöre. Er ist zwar nicht mehr so groß, aber er kann trotzdem noch weh tun, weil eines muss ich schon sagen, wenn ihr von Wahlzuckerln und dergleichen redet, da muss man aufpassen, dass man sich nicht übergibt. Der Kollege Bremm hat das eh schon festgestellt, diese Gratiskindergartenforderung, die es ja jahrelang von uns gegeben hat und die jetzt sozusagen vom Herrn Landeshauptmann schon großflächig und breit über die Medien angekündigt wurde, es ist bis heute kein Finanzierungsplan vorhanden ist, aber am 2. April beschlossen werden soll, dann muss ich offen und ehrlich sagen, da ist ja – wie man auf gut wienerisch sagen

würde – der Mittagstisch ein „Lercherlschaß“. Daher muss ich ganz offen und ehrlich zu euch sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich vorher auch noch höre, dass wir uns darüber unterhalten, wie man eine Wirtschaftskrise bekämpfen soll, dass es doch so schlimm ist, dass wir so viele Arbeitslose haben, wo ich jederzeit zur Unterstützung dastehe, dagegen etwas zu tun und wir dann sagen, wir bieten einen gratis Mittagstisch in ganz Oberösterreich an und dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen - das natürlich nicht immer gerade vereinbar ist mit jenen, die großartig den Neoliberalismus gepriesen haben, weil die ja immer weniger Staat und mehr Privat wollten, dass das natürlich nicht immer in das Süppchen passt, wenn wir schon von Suppe reden, das ist mir auch klar. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es ist schon recht und schön, wenn wir uns auf der einen Seite hier herstellen und sagen, wir möchten doch gerne haben, dass auch die Stadt etwas dafür tut, dass sozusagen der Krise begegnet wird und wir auf der einen Seite sagen, für das was wir hier tun, wird es auch Arbeitsplätze geben und wir sozusagen hier mitwirken, doch den einen oder anderen wieder eine Möglichkeit des Arbeitens zu geben und wir Steyrer und Steyrerinnen sollen auch etwas dazu leisten, und auf der anderen Seite lese ich dann im Abänderungsantrag, aber man kann sich das nur vorstellen, wenn das Land und der Bund die Kosten dafür übernimmt, dann muss ich euch fragen, ob man da nicht auch ein bisschen halbherzig an die Sache herangeht, dass man sagt, na ja so ehrlich haben wir es dann eh nicht gemeint, dass die Steyrer Politik sozusagen dazu etwas beitragen soll. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch ganz klar dazu sagen, dieser Gratismittagstisch ist auch ein Teil dafür, dass wir sagen, es soll eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben. Es gibt nämlich für wirklich viele Frauen nicht die Möglichkeit, dass sie um 11.00 Uhr oder ½ 12 Uhr zuhause sind, um ihre Kinder zu empfangen und auch bekochen zu können, daher ist es einfach wichtig, dass wir das tun. Ich ersuche daher wirklich um breite Zustimmung zu diesem Punkt. Der Frau Kollegin Frech möchte ich auch sagen, gerade du, liebe Michaela, bist eine profunde Leserin von Amtsberichten und wenn dann dort drinnen im letzten Satz dieses Amtsberichtes steht, “bis September könnten die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, um das Gratisessen für alle Kinder in den Kindergärten anzubieten“, dann denke ich mir, dass auch alle Kinder in allen Kindergärten gemeint sind.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ich sage einfach etwas zum Nachdenken. Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wahlzuckerl sind ungesund, die verpicken ein bisschen den Magen, aber es wäre vielleicht gut, wenn wir uns ein bisschen näher mit dem Antrag beschäftigen. Dass der Antrag ein bisschen unklar ist, darüber haben wir eh schon gesprochen, wir wissen ehrlich gesagt nicht ganz genau, was uns das alles kosten wird, außerdem wissen wir, dass es schon seit Menschengedenken Kinder gibt, also hätten wir das schon locker voriges Jahr machen können, wie wir das Budget für 2009 beschlossen haben. Weiters ist für mich auch noch unklar, ob die baulichen Voraussetzungen überhaupt da sind, dass wir dort einen ordentlichen Mittagstisch darstellen können, weil in der Kindergrippe oder irgendwelchen Spielzimmern wird nicht wirklich gut zu essen sein. Das mit der Bezahlung ist auch noch ziemlich unklar, ich weiß nicht, ob sich jetzt die SPÖ darauf verlässt, dass das eh auf Landtagsebene mit inhaliert wird, eines ist auf jeden Fall klar, manche sind sich da noch sehr unsicher und haben teilweise auch schon ihre Anträge zurückgezogen. Wenn man es sich so anschaut, seit es diese Antragstellung seitens der SPÖ gibt, sind es vielleicht 5 oder 6 – Linz, Leonding, Vöcklabruck, die Welser haben zurückgezogen, ich weiß jetzt aber nicht genau warum, das ist dann in der aktuellen Stunde. Was ich weiß, was von Landesseite signalisiert wird, ist das nicht landesweit finanzierbar, obwohl ich mir von der Gerechtigkeit her vorstellen würde, wann dann müssten es eigentlich alle machen und nicht nur in den Städten. Was

mich am meisten bei dem Antrag fasziniert, das ist eigentlich nicht unser dringendstes Problem bei den Kindergärten, das Essen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ah nicht? Willst du nicht, dass sie gesund ernährt werden?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Doch, das möchte ich schon, zu dem komme ich noch.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ich glaube, unser Problem liegt teilweise darin, wir haben weniger Kinder, das ist uns schon ganz klar, wir haben teilweise Kindergärten zugesperrt. Was ich so von den Kindergärtnerinnen höre, dass es teilweise extreme Überlastung gibt, weil es so große Gruppen gibt. Also, wenn man dort hin geht und sagt, wir wollen etwas für die Qualität unserer Kinder tun, dann könnte man ja ohne weiteres hergehen und die Gruppen kleiner machen. Das wäre, glaube ich, eine viel zielführendere Maßnahme, würde auch Arbeitsplätze schaffen, würde mehr Qualität in der pädagogischen Erziehung bringen und alle jene, wo wir vermuten, dass die keinen gescheiten Mittagstisch haben, da könnte man ja in unserem Tarifmodell nachschrauben, ohne irgendeinen Aufwand. Ja wir haben gesagt, wir haben im Tarifmodell eine Einkommensgrenze, ab der der Kindergarten sozusagen auch kostenlos ist, wenn wir da nur 2 oder 3 Stufen hinaufgingen, wäre der Betrag, den wir quasi fürs Essen ausgeben, locker herinnen. Denen bleibt ja auch letzten Endes das Geld, das ihr sozusagen in eurem Antrag den Familien mehr oder weniger zurück überweisen wollt, oder als Förderung geben wollt. So, das ist der erste Punkt und der zweite Punkt ...

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Das ist schon kompliziert!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Nein, das ist überhaupt nicht kompliziert, weil da gibt es eine Liste, da steht das Einkommen drauf und da steht drauf, was sie für den Kindergarten zu bezahlen haben.

Zwischenruf: Es zahlt ja niemand mehr für den Kindergarten!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja, dann gehe ich halt noch 2 Stufen hinauf, bei denen die wenig bezahlen, die nehme ich dann halt auch mit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Es zahlt keiner mehr für den Kindergarten.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Stimmt, ab September, aber ihr wollt es ja ab 1. Mai haben.

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Jetzt hast du dich aber ein bisschen in einen Wirbel hineingeredet!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Nein, überhaupt nicht, weil es ist ja nur eine Möglichkeit von vielen, wie man die Familien unterstützen kann.

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Das stimmt!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Aber um was es mir bei dieser Geschichte geht, erstens ist das nicht unser dringendstes Problem im Kindergartenbereich und die zweite Geschichte ist, was da sozusagen als ausgewogene Kost angeboten wird, was soll denn das sein? Da steht - täglich ausgewogenes Mittagessen. Eines weiß ich, dass es sehr viele Eltern gibt, die sehr bedacht auf das Mittagessen ihrer Kinder sind. Die schauen ganz genau auf die Qualität des Essens, das sie ihren Kindern zukommen lassen. Ich sage nicht, dass das Essen, das in Zukunft angeboten wird, schlecht ist, es ist ein durchschnittliches Essen. Ich wage aber zu behaupten,

dass das Essen von einem Gutteil der Mütter immer noch besser ist, als das, was sie als ausgewogenes Mittagessen hier anbieten. Aber wir könnten hergehen ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Warum lachst du?
Aber wir könnten hergehen, damit zumindest die Qualität dieses Essens gewährleistet ist, dass wir sagen, wir erhöhen die Qualität zumindest insofern, dass wir z. B. einen hohen Bioanteil in dieses Essen hineinreklamieren. Ich weiß, dass das bei manchen absolut lächerlich klingt, speziell bei all jenen, die nichts mit Öko und Bio am Hut haben. Tatsache aber ist, dass ein Gutteil der Familien das sehr wohl im Bewusstsein haben und wenn sie das schon anbieten, dann sollten sie es zumindest auch festschreiben, weil mein Antrag vor Jahren, für all jene im Altersheim, oder überhaupt in den öffentlichen Küchen, die wir haben, dort den Bioanteil zu erhöhen, der ist ja unter der Devise – brauchen wir nicht, das ist zu teuer - abgeschmettert worden. Rundherum machen sie es schon, seitens des Landes wird es schon betrieben, im Krankenhaus machen sie es schon und es macht Sinn. Es würde auch Sinn machen, wenn sie es auch hier festschreiben würden. Dazu gibt es sozusagen einen Abänderungsantrag.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Und was steht in dem Abänderungsantrag drinnen?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Artgerechte Tierhaltung!

Gelächter

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:

Zusatzantrag der GRÜNEN Steyr

an den Gemeinderat

laut § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

zu TOP 6) (KDG-2/09) Vorziehen des kostenlosen Mittagessens in den städt. Kindergärten ab 1. Mai 2009

Originaltext: „Unabhängig von der sozialen und finanziellen Situation der Eltern kann der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung allen Kindern die gleichen Chancen bieten.
Außerdem unterstützt ein tägliches, ausgewogenes Mittagessen auch die Gesundheit und Leistungsfähigkeit unserer Kinder."

Zusatzantrag:
„Das Mittagessen wird mit einem Bioanteil von mind. 30 % angeboten."

Begründung:
- Gesundheitlicher Aspekt:
  Bioprodukte sind gesünder, schmecken besser, haben einen höheren Gehalt an wertvollen Inhaltsstoffen (z. B. Vitamine, Spurenelemente) und enthalten keine unerwünschten chemischen Rückstände oder Zusatzstoffe
- Erhalt und Förderung einer klein strukturierten Bio-Landwirtschaft und damit Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum
- Aktiver Beitrag zu Boden-, Gewässer- und Grundwasserschutz durch angepasste Fruchtfolgen und Kreislaufwirtschaft
- Effizienter Naturschutz: Sicherung der Artenvielfalt, Ausbau der Biodiversität und Erhaltung des OÖ Landschaftsbildes
- Optimaler Klimaschutz (niedriger Energieeinsatz, geringere Transportwege, CO^2-Bindung durch Humusaufbau)
- Artgerechte Tierhaltung
- Nachvollziehbarkeit der Herkunft und Qualitätssicherung von Lebensmitteln durch gesetzlich geregelte Bio--Kontrollen
- Im Vergleich nur geringe Mehrkosten!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Schodermayr bitte.

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Liebe Gäste, geschätzte Schwestern und Brüder im Gemeinderat, hohes Präsidium.

Gelächter

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Jetzt bin ich ein bisschen angestochen worden, weil es offensichtlich in die Richtung geht, wo ich mich auch ein bisschen angesprochen fühle, nämlich in Richtung Gesundheitspolitik. Für mich ist diese Maßnahme, dieser Gratismittagstisch, sehr wohl von immenser gesundheitspolitischer Bedeutung, wenn man es will. Es gibt ein riesenepidemiologisches Problem in Österreich, nicht nur in Österreich, sondern in allen westlichen sogenannten Wohlfahrts- und Sozialstaaten, nämlich dass die Leute zunehmend zunehmen, also übergewichtig und überernährt sind, dabei aber gleichzeitig fehl- und mangelernährt sind. Wir wissen inzwischen wirklich sehr genau, dass wir gerade im Schulkinderbereich einen Anteil von 20 – 30 %, je nachdem welche Literatur man liest, von übergewichtigen, fehl- und mangelernährten Kindern haben. Und aus diesen übergewichtigen, mangel- und fehlernährten Kindern werden Erwachsene, die dann ziemlich krank werden. Folgeerkrankungen der Fehl-, Mangel- und Übernährung kennen wir alle, die sogenannten Wohlstandskrankheiten, Zuckerkrankheit, Herz- und Kreislauferkrankungen, die häufigste Todesursache in Österreich, hoher Blutdruck usw. Also das wissen wir ja alles, wir wissen aber auch genauso, dass das Verhalten, zwar nicht nur das Essverhalten, aber auch das Essverhalten maßgeblich in den ersten Lebensjahren geprägt wird. Und hier komme ich ein bisschen zu einem Widerspruch zu dem, was der Kurt zuerst gesagt hat, natürlich jeder der Kinder hat – und das behaupte ich jetzt, weil ich habe 3 und darum darf ich das auch sagen, schaut dass sein Kind möglichst gut, gesund und positiv ernährt wird und aufwächst. Wir haben nur ein Problem, woher kommen dann die vielen fehl-, mangel- und überernährten Kinder? Das heißt, es liegt nicht am Willen der Eltern, natürlich wollen die die Kinder gut ernähren, no na, wer will das nicht, aber offensichtlich gibt es ein hohes Informationsdefizit, und das wissen wir auch, das aber nachweislich auch nicht dadurch zu lösen ist, dass man ihnen dauernd sagt wie es geht, sondern der Mensch lernt schlichtweg durchs Vorleben, auch das wissen wir, und das sollten wir auch machen. In den ersten Lebensjahren Kindern einmal am Tag eine gesunde Ernährung hinzustellen, darin liegt für mich die Chance. Jetzt kann man schon sagen, das Essen, das da kommt, entspricht noch nicht den persönlichen Anforderungen die man hat, den Maßstäben die man hat, aber ich denke mir, das lässt sich leicht lösen. Wir haben an der Küchenspitze zwei wunderbare Mitarbeiter, den Harald Bramberger und die Frau Stöckelmayr, die glaube ich, sehr gut in der Lage sind, diesen Bereich sehr gut zu bedienen. Wir lernen den Kindern in den ersten Lebensjahren Dinge zu mögen, die sie sonst nicht mögen. Wir wissen, dass sie viel zu süß essen, wir wissen, dass sie viel zu stark und überwürzt essen, wir wissen dass sie viel zu wenig Vollkornprodukte zu sich nehmen, also wir wissen das alles, wir brauchen es nur umzusetzen. Das heißt, wir hätten die Chance, das zu tun und unseren Kindern angedeihen zu lassen. Weil es mich natürlich reizt, wenn der Kurt jetzt auf das Biothema kommt, ich bin sehr wohl für Bioernährung, ich hätte vorher nur eine Priorität zu setzen, was ich – wenn man da schon den Hebel ansetzt – machen würde, ich möchte Produkte aus der Region haben, saisonale Produkte, ich möchte bei den Bauern rundherum einkaufen, die wir zur Genüge haben, die zur Genüge produzieren, und ich möchte sie durch diese Zusammenarbeit – und das kann man vertraglich regeln – dazu bringen, dass sie in der Produktion immer mehr auf biologische Lebensmittel umstellen. Ich denke mir, dass das im Laufe der Zeit zum Selbstläufer wird, dass der Bioanteil an der Ernährung steigt und ich denke, dass der erste Schritt, nämlich regionale Produkte einzukaufen, gleich einmal einen Riesenökoeffekt hat, nämlich man braucht das Zeug nicht Hunderte von Kilometern durch die Gegend karren, nicht nur dass man den Diesel verbratet, sondern es gehen auch ein Haufen Nährstoffe und Vitamine verloren. Das wäre sozusagen mein gesundheitspolitischer Ansatz, ich denke,

wenn man es konsequent durchdenkt und konsequent macht, dann wäre das ein präventivmedizinischer Ansatz für unsere Kinder und die späteren Erwachsenen, der meiner Meinung nach in seiner Weite und Breite noch gar nicht abschätzbar ist, nämlich im positiven Effekt. Der zweite Aspekt, den mag ich mir sozusagen als sozialpolitisch interessierter Mensch auch nicht ersparen, möglicherweise ist es eh schon öfter gesagt worden, ich habe jetzt zeitweise abschalten müssen, weil es ziemlich warm hier herinnen ist und die Luft auch ziemlich elendig ist; wir haben Armut in Österreich und auch in Steyr, wir haben Daten, dass zwischen 13 und 15 % der Menschen an der Armutsgrenze leben. Nur zur Definition, Armutsgrenze wird gerechnet 60 % des Medianeinkommens, alle die an der Grenze und darunter liegen, sind armutsgefährdet und wenn dann noch einige Faktoren dazukommen, z. B. schlechte Wohnungen, Schulden usw., ein Armutskriterium ist z. B. man kann nicht einmal im Monat Freunde zum Essen einladen, das ist ein Armutskriterium, wenn diese Zusatzkriterien Platz finden, dann haben wir die wirklich in Armut lebenden und das sind immerhin noch 6 % der Bevölkerung. Das ist für Steyr, wenn ich das jetzt schnell überschlage, 2.500 Leute, also eine ziemliche Anzahl von Menschen. Es ist heute schon einmal angesprochen worden, diese Leute sieht man nicht, diese Leute sind ganz oft arbeitslos und noch viel öfter sind sie weiblich und ganz oft sind sie beides. Armut spielt sich bei uns im Verborgenen ab, Armut tut nicht nur weh, Armut macht auch krank, aber Armut kann man, denke ich mir, auch sehr wirkungsvoll bekämpfen. Eine dieser Maßnahmen wäre dieser Gratismittagstisch und wenn einer alleinerziehenden Mutter im Monat von ihrem Einkommen von – weiß ich nicht - Euro 50,-- übrigbleiben, dann kann sie das eh nicht verprassen, sondern sie konsumiert sozusagen notwendige Dinge damit, dann hat man da eine Riesenunterstützung gegeben und ich denke mir, das ist ja nichts, was man wirklich ablehnen kann. Zu der Differenzierung, ich bin auch sehr für Differenzierung von Sozialleistungen und gezieltes Einsetzen von Sozialleistungen, nur wenn man die Diskussion ehrlich führt, dann muss man natürlich gleich einmal quer darüber fahren. Wir haben eine Menge von Transferleistungen, die nicht sozial gestaffelt sind, ich nenne nur 2 Sozialleistungen, das eine ist die Kinderbeihilfe, das andere ist das Pflegegeld. Da gibt es keine soziale Staffelung und keine Abstufung nach Einkommen, sondern da wird ausschließlich auf das Bedürfnis und den Bedarf des Individuums Rücksicht genommen und ich denke mir, dieser Ansatz ist gerade bei Kindern zu nehmen. Nachdem ich mich vor ein paar Jahren ja dazu bekannt habe, Sozialdemokrat zu sein, ist dieser Gratismittagstisch für mich eine klassische Leistung der öffentlichen Hand, die wirklich alle vier Kriterien der Sozialdemokratie erfüllt. Das eine ist Gleichheit, wir wollen doch bitte zumindest bei den Kindern gleiche Maßstäbe anlegen und nicht sozusagen eine Armenausspeisung veranstalten, die einen können es sich nicht leisten, die bekommen es gratis und daneben das Kind des Generaldirektors kriegt es gegen Bezahlung. Ich denke, das können wir uns - heute habe ich es gelesen - im sechstreichsten Land der Welt allemal leisten. Es trägt etwas zur Verteilungsgerechtigkeit bei, ich denke, eine alleinerziehende Mutter, die € 700,-- bis € 800,-- im Monat bekommt, für die sind € 50 ein sehr hoher Prozentsatz, für einen anderen, der viel verdient, ist es nicht wirklich so viel, der **Benefit** für die im niedrigen Einkommensbereich ist ein ungleich höherer. Für mein Dafürhalten hat das etwas mit Freiheit zu tun, dass jemand auch Freiheit darüber hat, ob man sich was leisten kann oder nicht, also wenn ich diesen Leuten Euro 50,-- mehr in die Hand gebe, können sie sich vielleicht die eine oder andere Entscheidung leisten und es hat verdammt noch einmal etwas mit Solidarität zu tun, Solidarität mit denen, die nicht so viel haben. Also ich denke mir, es ist eine klassische sozialdemokratische Geschichte. Mich wundern ein paar Sachen in dieser Diskussion, das eine ist, ich habe kein Problem mit Wahlzuckerln, wenn das dabei herauskommt, dann bin ich schwer für Wahlzuckerl, und von mir aus ist es auch eines, ich weiß es nicht, wird schon eines sein, ich freue mich über dieses Wahlzuckerl. Ich freue mich genauso über den Gratiskindergarten insgesamt, ich denke mir, das sind wirklich nachhaltig wirksame Dinge für die Leute, es darf aber umge-

kehrt auch nicht so sein, dass man nur weil ein Wahljahr ist, eine gescheite Maßnahme nicht setzen darf und ein Jahr warten muss, bis die Wahl vorbei ist, das kann es dann auch nicht sein. Das zweite, was mich zumindest ein Stück weit eigenartig berührt hat in der Diskussion, ich weiß jetzt nicht, bei wie vielen Sitzungen ich hier herinnen schon teilgenommen habe, und zumindest stumm teilgenommen habe, mitgedacht habe ich ja schon immer, wir beschließen Unsummen an Geld, am Ende sagt der Herr Bürgermeister immer was wir beschlossen haben, ich bin immer ganz baff, was da für Zahlen herauskommen, ob das für Strassen-, Wohnbau- oder Kanalbau ist und interessanterweise die heißesten Gelddiskussionen gibt es immer im Sozialbereich. Dort wo es darum geht, Leute zu unterstützen, dort wo es darum geht Solidarität zu zeigen, dort wo es darum geht die Schwächeren der Gesellschaft vom Rand in die Mitte zu holen, was wir im Zwiegespräch ja alle wollen, nur da herinnen manchmal nicht, da ist auf einmal jeder Cent 15 Mal umzudrehen und da müssen wir sparen und da steigen wir mit zwei Füssen auf die Bremse. Ich möchte jetzt in Abwandlung eines Wortes eines sehr großen Politikers in Österreich sagen, also mir macht das Wohlergehen eines einzelnen Kindes in Steyr dramatisch mehr Sorgen und es liegt mir wesentlich mehr am Herzen, als irgendwelche Euro 1.000,-- mehr Schulden in der Stadt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hingerl bitte.

GEMEINDERAT
ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:
Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Gemeinderäte, liebe Presse. Als vierfacher Familienvater und auch Vertreter in Steyr, habe ich mir einfach gedacht, ich möchte mich ebenfalls hier zu Wort melden und ein paar Sachen sagen. Es geht hier wirklich um eine gute Grundsubstanz. Grundsubstanz heißt einmal für mich ganz persönlich, nicht nur der, der Sozialhilfeempfänger ist, braucht eine gewisse Verbesserung, eine Entlastung und eine sichere Angelegenheit. Eine sichere Angelegenheit brauchen auch sicher unsere Kinder und daher freut es mich ganz besonders, dass vor allem jetzt die langzeitige Forderung der Kinderfreunde eines Gratiskindergartens nun endlich einmal Einzug im Land findet und da ist das I-Tüpfelchen dazu natürlich das Gratismittagessen. Gratismittagessen ist eine Unterstützung für unsere Kinder und eine Investition in die Zukunft unserer Kinder. Auch in deren Gesundheit, der Michael Schodermayr hat das, glaube ich, gerade entsprechend gebracht. Wie soll denn bitte auch ein Familienvater, oder eine Familienmutter vormittags arbeiten und dann Mittag ein warmes Essen auf den Tisch bekommen. Ich kann es ihnen aus eigenen Bereichen zeigen bzw. sagen, was glauben sie, wie schwierig es ist, für 4 oder 6 Leute täglich vorzukochen. Das ist ein gewisser Aufwand und da bleibt natürlich die Qualität über. Was natürlich noch besser ist, wenn man wirklich entsprechendes Essen bekommt. Ich möchte nur eines sagen, ich bin da jetzt vorsichtig, um nicht irgendwie in die Patrouille zu kommen, natürlich gibt es auch mit Burgers oder irgendwelchen Frostsachen die Möglichkeit sich zu versorgen, aber ob das auf Dauer die entsprechende Gesundheit mit sich bringt, das bezweifle ich. Die Möglichkeit eines warmen Mittagessens ist für alle Kinder gut, unterstützt die Familien und damit die Versorgung unserer Bevölkerung und zwar die Versorgung unserer Jüngsten und das kann nicht falsch sein. Da gibt es meines Erachtens kein Gießkannenprinzip, da ist es mir persönlich egal, wenn das Kind des Herrn Generaldirektors dort auch ein Essen isst, weil dadurch bekommt es höchstens vielleicht ein bisschen einen Vorteil eines sozialen Charakters und wird sozialer erzogen, was vielleicht in der Zukunft gewisse Vorteile mit sich bringt. Wer eine Familie hat, der kann auch nachvollziehen, dass jeder Euro Ersparnis eines vernünftigen Familienvaters, oder einer vernünftigen Familienmutter in die Familie investiert wird und davon alle etwas haben. Auch wenn diese € 50,-- eine Familie gerade nicht notwendig hat, aber ich kann aus eigenen Bereichen sagen, auch wenn sie in Summe Euro 3.000,-- hätten und teilen das durch 6 auf, dann bleibt nicht viel, da hilft jeder Euro, da hilft jeder Groschen,

wie man früher gesagt hätte. Daher kann ich nur eines sagen, ich möchte sie alle ersuchen, diesen Antrag zu unterstützen und ich werde persönlich als Sozialdemokrat, als Gemeinderat, als vierfacher Familienvater und Alleinerhalter meiner sechsköpfigen Familie, diesem Antrag für den Gratismittagstisch aus vollem Herzen entsprechen und ich möchte sie ersuchen, daran teilzunehmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war nicht anders zu erwarten, nachdem der Landeshauptmannstellvertreter Haider gesagt hat, in allen SPÖ-regierten Gemeinden wird es das Gratismittagessen geben, da war klar, dass dieser Antrag auch in Steyr kommt. Mich hat es jetzt schon ein bisschen verwundert, auch vom Kollegen Schodermayr, weil ich glaube, es lässt sich überhaupt nichts gegen ihre Rede sagen, Herr Doktor, nur wo waren Sie dann, wie wir gefordert haben, dass die Kindergartentarife auf ein Durchschnittsniveau in Oberösterreich gesenkt werden und Steyr nicht die höchsten Kindergartentarife von ganz Oberösterreich verlangt? Da hat mir Ihr soziales Gewissen eigentlich gefehlt. Ich erinnere mich schon auch noch sehr gut an die Brandrede für den Kebabstand neben dem Kinderspielplatz, wo es um die Qualität des Essens gegangen ist. Wir sollten bei diesem Antrag wirklich einmal versuchen nachzulesen, was da drinnen steht. Da steht, „Vorziehen des kostenlosen Mittagessens“; das impliziert eigentlich, dass man sagt, ab September wäre es eh gratis. Das stimmt ja nicht, das heißt es geht darum, wollen wir in Zukunft generell ein Gratismittagessen.

Zwischenruf: Wir wollen es!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und da muss ich sagen, unsere Haltung ist, ja für jene, die Bedürftig sind, ja dass man generell so einen Mittagstisch anbietet, nein für eine generelle Lösung, dass man sagt, quer durch den Gemüsegarten, für jeden gültig. In diesen ganzen 12 Jahren, die ich Referent bin, hätte ich es nie geschafft, einen so einen Antrag vorlegen zu können, weil ich ihn von der Finanzabteilung zurückgeschmissen bekommen hätte, weil keine Bedeckung darauf ist. Sehen sie irgendwo bei diesem Antrag, von wo das Geld genommen werden soll? Sehen sie irgendwo eine Voranschlagstelle, sehen sie irgendwo etwas mit Kreditüberschreitung, Darlehensaufnahme oder irgendetwas? Sie sehen nur eines, absolut vage Zahlen, wir beschließen hier nicht Euro 7.000,-- pro Monat, das muss schon jedem klar sein, sondern wir beschließen Kosten die eher in Richtung Euro 300.000,-- bis Euro 400.000,-- gehen. Ich habe mich erkundigt, habe in Enns angerufen, die seit 1. März dieses Mittagessen anbieten, und habe gefragt, wie geht es euch damit? Klare Aussage, das Mittagessen im Kindergarten dauert jetzt 2 Stunden lang, wir haben weder die Ressourcen, wir haben weder das Equipment, noch die personellen Kapazitäten dazu. Mit dem jetzigen Beschluss zahlen wir nicht nur die Mittagessen, wir müssen die Infrastruktur darstellen und diese Infrastruktur wird in diesem Antrag überhaupt nicht beziffert, wie viele Auto brauchen wir mehr, wie viel Geschirr brauchen wir mehr, wie viel Personal brauchen wir mehr und was kostet das.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Dann müssen Sie sich bei Ihrer Kollegin erkundigen, wir haben das im Ausschuss genau durchgenommen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Frau Mach, ich glaube, Sie haben wie jeder andere auch ein Stellungnahmerecht, gehen Sie dann heraus und sagen Sie Ihre Meinung, aber gewöhnen Sie sich auch einmal ein bisschen eine Redekultur an.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Aber Sie auch!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das heißt, dieser Antrag beziffert weder was es kostet, noch von wo das Geld genommen wird und so kann man mit bestem Willen nicht zustimmen. Wir würden zustimmen und werden auch zustimmen, wenn es darum geht, einen Mittagstisch anzubieten, wenn genau definiert ist was es kostet, ab welcher Einkommensgrenze bieten wir das für die Kinder an. Dieser Rundumschlag, da kann man nur eines sagen, da geht es nur um die Wahl und um sonst nichts.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrtes Präsidium, werte Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich wage sie nicht so anzusprechen, wie vorher der Herr Dr. Schodermayr, daher jetzt noch einmal, meine Damen und Herren des Gemeinderates. An sich hat ja bereits mein Fraktionskollege Dr. Zöttl das gesagt, was eigentlich aus unserer Sicht zu sagen ist und er hat auch sehr deutlich auf unseren Abänderungsantrag wortwörtlich hingewiesen. Ich habe mich aber deswegen zu Wort gemeldet, um zu verhindern, dass der Kollege Hauser nicht noch mehr Bauchweh bekommt und sich übergeben muss, ich hoffe ich bin nicht zu spät gekommen, weil du bist gerade vorher draußen gewesen. War es noch rechtzeitig?

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Nein, nein.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Denn ich wollte dich eigentlich insofern beruhigen, dass du offensichtlich den Antrag nicht richtig gelesen hast, denn du hast das zum Ausdruck gebracht, was wir nicht wollen. Wir wollen nicht, dass das Land diese Kosten für das Gratisessen übernimmt, sondern wir wollen sicherstellen, dass das Land den Gratiskindergarten übernimmt. Denn es hat ja einer meiner Vorredner schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass eigentlich kurz vor Beschlussfassung die ganze Sache der Finanzierung eigentlich noch gar nicht so klar ist, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt ist. Daher geht es uns darum, dass wir das Gratisessen im Kindergarten natürlich begrüßen, aber aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt das erst dann haben wollen, wenn tatsächlich sicher gestellt ist, dass der Gratiskindergarten kommt und auch die Finanzierung entsprechend abgesichert ist und die Stadt nicht weiter belastet wird. Herr Dr. Schodermayr, ich habe sehr genau Ihren Ausführungen zugehört, weil sie aufgrund Ihrer beruflichen Tätigkeit uns immer sehr prägnant Auskunft erteilen, das begrüße ich immer sehr, allerdings hat mich eines sehr betroffen gemacht, ich habe nicht gewusst, dass unsere Eltern offenbar nicht in der Lage sind ihre Kinder richtig zu ernähren und dass jetzt die öffentliche Hand diese Aufgabe übernehmen muss. Das hat mich sehr betroffen gemacht, ich kann das nicht beurteilen, aber Sie haben das so dargestellt. Ich wollte dann noch etwas Grundsätzliches sagen, meine Damen und Herren, es ist eigentlich schon sehr überraschend, in welch kurzer Zeit sehr viele Politiker eigentlich den Bezug zur Wertigkeit des Geldes völlig verloren haben. Ich darf sie daran erinnern, erst vor kurzem, nämlich im Herbst des vergangenen Jahres, hat es ja bekanntlich Nationalratswahlen gegeben und ich habe das noch vom damaligen Finanzminister im Ohr, er ist ganz in der Nähe beheimatet, man sagt gemeinhin Pater Willi zu ihm, ich trau mich natürlich nicht das zu sagen, aber der hat gesagt, eine Steuerreform ist unmöglich, unmöglich vor dem Jahre 2010 eine Steuerreform durchzuführen, das kann dem Budget nicht angetan werden, das Geld ist nicht vorhanden. Auch weitere Maßnahmen sind nicht umsetzbar und nicht möglich, ich möchte da gar nicht näher darauf eingehen, aber jeder weiß, was es da für Diskussionen gegeben hat, weil eben die Lage in budgetärer Hinsicht auf Seiten des Bundes so dramatisch ist. Auch wir hier in diesem Gemeinderat, und das ist auch nicht so lange aus, das war etwa Mitte des vergangenen Jahres, haben sehr ausführlich über mögliche günstigere Tarife für den Kindergarten diskutiert. Wir haben damals den Antrag unterstützt, Frau Vize-

bürgermeister, Sie wissen das noch, weil die Argumentation der SPÖ die war, dass man etwa 70 % der Betroffenen einen günstigeren Preis für den Kindergartenbesuch anbieten kann und dass die anderen, die etwas besser verdienen, dann eben etwas mehr zu bezahlen haben. Da waren Sie recht stolz, daher bin ich wirklich überrascht, dass man die Grundsätze offensichtlich über Bord geworfen hat und jetzt allen ein Gratismittagsessen anbieten möchte. Wir haben absolut nichts dagegen, allerdings wollen wir das abgesichert haben, weil die Finanzlage der Stadt nicht besonders gut ist – ich brauche ja nicht näher darauf eingehen, ich sage das ja immer wieder und auch der Herr Finanzreferent hat das ja teilweise zugeben müssen, dass die Finanzlage der Stadt nicht besonders ist – und daher glauben wir, dass wir abwarten sollten, ob tatsächlich die Finanzierung der Gratiskindergärten abgesichert ist und dann, glaube ich, können wir darüber reden, natürlich auch in Steyr ein Gratismittagessen im Kindergarten anzubieten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Apfelthaler zum zweiten Mal bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Entschuldige, dass ich in der Hitze der Diskussion vergessen habe, dass ich meinen Antrag noch vortrage, Gott sei Dank habt ihr ihn jetzt schon alle am Tisch liegen. Es steht eigentlich alles drinnen, was auch in der Diskussion erwähnt worden ist.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich kann den Ausführungen vom Michael Schodermayr eigentlich 100 %ig zustimmen, er hat das Thema von der sozial- bzw. gesundheitspolitischen Seite betrachtet, ich glaube, dass man noch 2 Seiten dazu setzen kann, nämlich die kinder- und jugendpolitische und auch die bildungspolitische. Ich denke mir, dass es auch ganz wichtig ist, in der Hitze der Debatte, die da jetzt geführt worden ist, mit Wahl, Nachwahl und Vorwahl, dass man sich vielleicht einmal ein bisschen zurücknimmt und sich denkt, es ist jetzt keine Wahl und man schaut sich den Antrag jetzt einfach einmal nur so an, ohne dem Geplänkel das da vorher und nachher passiert ist. Ich bin der Meinung, vielleicht auch ein bisschen im Gegensatz zu meinem Fraktionsvorsitzenden ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ward ihr schon einmal einer Meinung, Herr Kupfer?

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
... dass sämtliche Maßnahmen in Richtung Kinder- und Jungendpolitik, die wir als Stadt Steyr und auch als Kommune setzen, absolut begrüßenswert sind. Man muss sich natürlich anschauen was die Finanzierung betrifft, da gebe ich ihnen natürlich Recht, aber wie oft haben wir eigentlich schon die Gelegenheit und Möglichkeit gehabt, wirklich zu sagen – und das hat natürlich mit diesem Jahr zu tun, und wie du es gesagt hast Michael, könnte ich es auch sagen, es könnte jedes Jahr Wahljahr sein, weil dann geht scheinbar etwas und dann kommen auch die Maßnahmen in Gang – aber das ist tatsächlich etwas, was wir einmal machen. Endlich einmal eine Maßnahme, wo wir progressiv und offensiv eine Maßnahme setzen. In diesem Bereich über soziale Treffsicherheit zu diskutieren ist relativ schwierig, wenn man ganz ehrlich ist. Man sollte schon so ehrlich sein, wem kommt es denn zu Gute, es kommt nicht den Eltern zu Gute, es kommt den Kindern zu Gute. Und noch einmal, sämtliche Maßnahmen, die für Kinder getroffen werden, sind gut. Ich habe vor zwei oder drei Jahren die Möglichkeit gehabt, eine Exkursion nach Finnland zu machen und mir dort das bildungspolitische System anzuschauen und dort ist es z. B. so, da reden wir nicht über die Kindergärten und auch nicht über die Schulen, weil dort ist es selbstverständlich, dass Bildung, Essen etc. bis zum Abschluss der Pflichtschule gratis ist. Nicht nur das, dort ist auch der Besuch von Kultureinrichtungen etc. gratis. Dass das alles

natürlich nicht auf den Kommunen sitzen bleiben kann, das ist die andere Seite der Medaille, und ich denke mir, über das müssen wir uns schon noch einmal unterhalten. Die Stadt setzt jetzt ein Zeichen, ein Symbol, wir wissen aber derzeit auch noch nicht, wie die Gratiskindergärten finanziert werden, meines Wissens haben der Bund und die Länder hier noch überhaupt keine Einigung herbeigeführt, es wird sicher über den Finanzausgleich auch noch eine Debatte geben und was da noch auf die Kommunen zukommt, das wissen wir derzeit nicht. Trotzdem denke ich mir, dass das eine sehr wichtige Maßnahme ist, ich denke, dass das eine Maßnahme ist, die sich die Stadt auch leisten kann, dass es ein wichtiges Signal ist, wo man aber auch nicht Halt machen sollte. Ich sehe das immer so ein bisschen in der Bildungskette, wir beginnen bei den Kindern, wir gehen dann bei den Schulen weiter und wo ich derzeit schon ein bisschen ein Manko sehe – und das ist so die nächste Gruppe, wo wir wirklich sehr große Probleme haben – das ist der Jugendbereich. Ich möchte den schon auch ganz kurz erwähnen, weil er insbesondere in Zeiten wie diesen ein sehr spannendes und wichtiges Thema ist, wenn man über Armut, Gewalt in Familien und Arbeitslosigkeit spricht, wie es unseren Jugendlichen derzeit geht. Ich sehe da eine Spirale von Problemen, die auf uns zu kommt, da kann man nicht mehr wegschauen. Das beginnt bei den Kindern, aber das setzt sich natürlich bei den Jugendlichen fort und auch in diesem Bereich würde ich mir in nächster Zukunft Maßnahmen der Kommune – auch in Abstimmung mit Bund und Land – wünschen, weil die Situation in Steyr ist im Vergleich zu anderen Städten wirklich nicht rosig. Der Walter Oppl als Jugendstadtrat weiß genau von was ich da spreche, wir haben in unseren Stadtteilen, im Vergleich zu anderen Städten, große infrastrukturelle Mängel und auch jugendpolitisch muss sich da etwas tun. Ich bin der Meinung, das Gratismittagessen ist eine gute Sache, genauso wie der Gratiskindergarten. Der Kurt hat übrigens das mit dem Öko- und Bioanteil genauso gemeint, wie es der Michael gesagt hat, es geht um regionale Produkte, es geht um Produkte von da, dass die Wertschöpfung da bleibt, das sind die gesündesten Nahrungsmittel und ich bin froh, dass diese Maßnahme kommt und ich werde sie natürlich unterstützen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich möchte das Ganze wieder auf das zurückführen, worum es eigentlich geht. Es geht nicht darum, dass die Kindergärten kein Mittagessen anbieten, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass in jedem Kindergarten ein Mittagessen angeboten werden soll, das möglichst qualitativ ist, da sind wir uns alle einig. Dagegen hat niemand was, es geht nur darum, dass jene, die sich das auch leisten können, da auch ihren Solidarbeitrag leisten. Um das geht es letztlich, wenn wir von Solidarität sprechen, lieber Michael Schodermayr, dann ist die Geschichte die, dass das Geld, das wir jetzt gießkannenartig verteilen, uns dort fehlt wo wir wirklich sozial treffsicher agieren sollten. Wir haben heute schon einmal gesprochen, die Zahl der Sozialhilfebezieher steigt, wir müssten viel mehr in das Thema „Hilfe zur Arbeit“ investieren, es gibt viele Bereiche, wo wir Handlungsbedarf haben, was wir uns aber kaum mehr leisten können und da möchte ich, wenn ich genug verdiene, sehr wohl meinen Solidarbeitrag leisten und sagen, ich zahle das Mittagessen für mein Kind. Ich möchte zwar das Mittagessen in Anspruch nehmen, aber ich bin bereit das zu zahlen, weil ich es mir auch leisten kann und weil ich es mir auch locker leisten kann und da gibt es auch genug davon. Die, die es sich nicht leisten können, da sind wir uns auch alle einig, die sollen das selbstverständlich bekommen und das ist auch eine wichtige Maßnahme. Aber nur um das zurückzuholen und die Beträge, von denen wir reden, Herr Finanzreferent, wir reden hier laut Amtsbericht, das sind nicht meine Zahlen, das ist das was im Amtsbericht steht, aber wir reden über Mehrkosten, die uns treffen können, rein für das Mittagessen, ohne die Infrastruktur, ohne zusätzliche Personalkosten, im Jahr möglicherweise von ungefähr einer halben Million Euro.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Für unsere Kinder!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Eine halbe Million Euro, wo nehmen wir denn dann die Gelder für die wirklichen sozialen Härtefälle her? Das frage ich mich schon, und ich finde es sehr polemisch, diese Diskussion da im Bereich „wir müssen da jetzt etwas machen, damit die Kinder besser ernährt sind“ zu führen. Also ich möchte das Essen das angeboten wird nicht in Frage stellen, aber ich glaube auch, dass wenn man das Thema ernst nimmt, wir das Geld viel eher in Präventionsprojekte stecken sollten, gesundes Essen im Kindergarten anzubieten heißt für mich auch, dass ich z. B. Gratisobst zur Verfügung stelle, dass ich mit den Kindern Kochkurse mache, weil sonst bekommen die Kinder das Essen und eine Änderung der Ernährungsgewohnheiten habe ich genauso wenig. Ich glaube, da wäre viel möglich, was wir tun könnten, aber dieses Gratismittagessen für alle ...

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Das passiert eh in den Kindergärten!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das passiert jetzt nicht!

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Geh sicher, gesunde Jause!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das passiert jetzt nicht, dass jedes Kind Gratisobst bekommt, das würde ich mir aber wünschen. Das würde ich mir wirklich für alle wünschen, weil das ist einkommensunabhängig, denke ich mir, wie zu Hause die Ernährung funktioniert und da könnte ich Angebote schaffen. Aber seien sie sich bewusst, hier steht nicht eine Zeile wie wir das bedecken, wo wir es kürzen, wir wissen ganz genau, die Finanzsituation wird in Zukunft schlechter, wir werden weniger an Steuern einnehmen, wir werden mehr ausgeben müssen im Sozialbereich und wir reden hier von einer halben Million Euro pro Jahr. Eines muss uns auch allen klar sein, etwas was man einmal für alle kostenlos gemacht hat, lässt sich nie wieder revidieren. Das heißt, sie reden hier und heute von Belastungen für das Budget der nächsten 5, 10 oder 15 Jahre. Und was ich noch immer nicht geklärt habe und was mir noch keiner hier beantwortet hat, wie schaut es mit den Privatkindergärten aus? Weil nur diese Absichtserklärung – und das ist eine reine Absichtserklärung - hineinzuschreiben, „bis September könnten die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um das Gratisessen überall anzubieten“. Im Amtsvorschlag bzw. im Antrag steht aber dezidiert „Vorziehen des Mittagsessens in den städtischen Kindergärten“, das heißt, was dann im Herbst ist, das werden wir dann sehen und da weiß ich jetzt schon, dass es heißen wird, dafür haben wir dann leider kein Geld mehr, wir wissen nicht, wo wir es hernehmen und damit schaffen wir eine Zweiklassengesellschaft.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Schodermayr bitte.

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Präsidium, liebe Gäste. Ich darf nur kurz darauf antworten, ich werde mich sehr zurückhalten. Das eine, Herr Eichhübl, meine Aussage war, vielleicht habe ich mich ein bisschen unscharf ausgedrückt, nicht die Eltern können oder wollen es nicht, ich habe es dezidiert gesagt, sie können und wollen schon, nur es gibt halt neue Erkenntnisse in der Ernährungsmedizin und genau aus dem Grund brauche ich eine Generation, in der ich das implementieren kann, aus den Kleinkindern werden Schulkinder, da können sie ernährungsmedizinisch schon fast nichts mehr machen, die sind geprägt – so isst man, jeder von uns, und ich gehöre dazu, die ein Leben lang damit kämpfen und ständig schauen müssen, dass das Gewicht wieder heruntergeht, die haben sozusagen in der Frühkindheit nicht eine falsche Ernährung, aber die Ernährung bekommen, wo die Eltern geglaubt haben, dass sie die beste für sie ist. Das einmal sozusagen zu durchbrechen und aus diesen Kleinkindern

dann Erwachsene werden zu lassen, die ihren Kindern dann wiederum das richtige Essverhalten weitergeben, das ist sozusagen der präventivmedizinischer Ansatz, der über Generationen geht, nicht über eine Legislaturperiode. Die andere Geschichte, wo ist jetzt die Michaela hin? Mir ist mein Gegenüber abhanden gekommen.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Die holt sich wahrscheinlich gerade einen Hamburger!

Gelächter

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Wenn, dann soll sie sich einen Kebab holen.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Wo bist du Michaela, ich wollte etwas sagen? Jetzt habe ich den Faden verloren; zu der Geschichte, dass das für alle ist und man sollte das zielgerechter machen, da sind wir uns in der Sache ja eh einig, nur im präventivmedizinischen Bereich ist es schlicht und ergreifend bewiesener Maßen so, dass wenn es etwas kostet, dann wird es nicht in Anspruch genommen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Dann dürfte jetzt kein Essen in Anspruch genommen werden.

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Nein, jetzt nehmen es die in Anspruch, die es sich leisten können und die es aus irgendeinem Grund wollen und auch brauchen, herausfallen tun nur die, die es vielleicht oder sehr sicher brauchen täten, aber sich nicht leisten können.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Die sollen es auch kriegen!

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Genau, da bin ich auch bei dir. Nur, jetzt tu ich einmal die soziale Seite weg und nehme nur die präventivmedizinische, die ich auch als erstes angesprochen habe und was auch meine Profession ist. Wir wissen es aus der Geschichte mit den Mutterkindpässen, du kannst dich sicher daran erinnern, die waren gut dotiert, die einzelnen Untersuchungen waren gut bezahlt, die sind über 90 % in Anspruch genommen worden, in dem Augenblick wo die Bezahlung weggefallen ist, ist die Gratisuntersuchung – die war noch immer gratis, man hat nur mehr kein Geld dafür bekommen – um mehr als 25 % zurückgegangen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das kannst du nicht vergleichen!

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Das kann ich schon vergleichen, weil das ist genau der Ansatz, ich kann Präventivmedizin anbieten, da wissen wir, dass sie zu 10 % angenommen wird.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ist das Präventivmedizin?

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Wenn was Präventivmedizin ist, Vorsorge von medizinischen Maßnahmen ist, dann ist das der Versuch, den Kindern vernünftige Ernährung beizubringen und das habe ich genau in der Lebensphase, da fährt der Zug drüber.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Da sind wir auch wieder konform, aber dann musst du andere Maßnahmen setzen.

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Nicht andere, aber ich denke, das ist einmal eine. Ich bin dafür, dass wir darüber diskutieren und ich bin auch mehr als dafür, dass wir das auch weiterführen und weiter diskutieren und in der Diskussion

vielleicht auch auf ganz andere Sachen kommen, nur das ist einmal ein Schritt dazu und ich denke mir, das ist so etwas wie eine Grundsatzentscheidung, will ich das machen und dann denke ich mir, sollte man darüber diskutieren, was kann man Bio oder Öko noch dazutun, wie führen wir es in den Schulen weiter, dass der Faden nicht reißt. Nur die Prägung ist dort, die passiert ganz sicher da, also in der Schule, meine Kinder sind schon erwachsen, aber in der Schulzeit habe ich denen nicht mehr viel sagen brauchen, das passiert vorher. Jeder, der schon einmal Gewichtsprobleme gehabt hat, weiß das, diese Muster bekommt man ein Leben lang nicht mehr heraus und das ist pure Präventivmedizin, die über Generationen wirksam ist, unter Garantie.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR MMag. Michaela Frech

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Keine Zwiegespräche bitte!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Gibt es eine Analyse des Nährwertes des Essens?

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Von welchem Essen? Es gibt ganz klare Ernährungsempfehlungen der deutschen Gesellschaft für Ernährungsmedizin, wie auch der österreichischen Ernährungsmedizin, das kann man sich im Internet herausholen, da haben wir noch dazu jetzt das Riesenglück, dass wir in Österreich praktisch einen Ernährungspapst haben, das ist noch dazu ein lieber Freund von mir, darum sage ich es so stolz, das ist der Prof. Widhagen in Wien, der ein eigenes Institut in Wien führt, die sich nur mit diesem Thema frühkindliche Ernährung und Ernährung der Kindheit beschäftigt und da gibt es ganz klare Ernährungsrichtlinien.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, ich meine das Essen, das jetzt angeboten wird!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte keine Zwiegespräche!

GEMEINDERAT
DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Das habe ich zuerst gemeint, mein Vertrauen ist riesig seit ich den Harald Bramberger kenne, der ist hochengagiert, dem taugt das wenn etwas Neues kommt und wenn er sich hineinhauen kann und die Frau Stöcklmayr ist eine ausgebildete Diätologin, also der unterstelle ich, dass sie aus ihrer Profession heraus das aus dem Ärmel beutelt was gut ist. Ich sage ja, das ist die Chance, ich muss es nur nach ernährungsmedizinischen Richtlinien umsetzen, wenn ich den Kindern jeden Tag einen Schweinsbraten hinstelle, dann geht das Ding den Bach hinunter, dann ist das für die Würste, aber wenn ich das nach ernährungsmedizinischen Gesichtspunkten mache, dann hat das zumindest eine Chance auf ganz lange Wirkung.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das war nicht die Beantwortung meiner Frage.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ja, es muss ein bisschen ruhig sein, ich bin auch für eine Gesprächskultur, ich habe oft mehr als manche andere, aber bei mir wird es halt kritisiert und die anderen können reinschreien wie sie wollen. Darum muss ich das jetzt auch sagen und möchte auch um Ruhe ersuchen. Über die Gesundheit ist jetzt genug aufgeklärt worden, ich gehe jetzt eigentlich wieder zum Antrag zurück und ich möchte sagen, die Euro 7.000,-- sind momentan der Durchschnitt, den uns im Monat die 250 Kinder kosten. Die gehen ja nicht jeden Tag und wir haben jetzt angenommen, die 250 Kinder gehen jeden Tag, dann würde uns das die Euro 11.000,-- kosten, die auch im Antrag drinnen stehen. Ich habe im Sozialausschuss genau erklärt, dass wir jetzt erst die Einschreibung gehabt haben, dass wir die Anzahl der Kinder, die sich zum

Essen angemeldet haben, erst Ende nächster Woche feststellen können, das heißt, haben wir dann 500 Kinder oder haben wir dann 600 Kinder und dann kann ich die Zahl genau sagen. Ich muss auch sagen, wenn ich die Zahl genau sagen kann, dann werde ich auch diese Kreditüberschreitung brauchen, weil natürlich das Geld nicht im Budget vorgesehen ist. Wenn wir aber schon bei den Zahlen bleiben, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann möchte ich euch sagen, das Land möchte den Gratiskindergarten, von dem ich auch sehr begeistert bin, aber die wissen noch gar nicht, von was sie das bezahlen und das geht aber über viele Gemeinden, weil wir haben 444 Gemeinden und das heißt aber ab dem 30. Monat, ab 2 ½ Jahren, und was das noch heißt, da brauchen wir noch Vorkindergartengruppen, aber da darf ich nur 12 bis 15 Kinder reintun und ich kann da auch nicht sagen, wie viele brauche ich jetzt zusätzlich. Sie sagen zwar was man alles zusätzlich braucht, ob man Container braucht, ob man Personal braucht, weil da bekommen wir von überall das Geld, ich habe aber noch von niemanden eine Zusage was ich bekomme. Wir wissen auch, dass das verpflichtende Kindergartenjahr da ist und da müssen alle Kinder in den Kindergarten gehen, aber da sagt niemand, das Land hat eine Budgetführung, das ist ein Wahnsinn. Aber bei uns, wir können das ja hochrechnen, wenn die doppelte Menge geht, dann brauchen wir Euro 22.000,-- im Monat, also ich kann das schon sagen. Ich sage ja auch, dass kein Geld vorhanden ist, dass ich eine Kreditüberschreitung brauche und dass mir das das Wert sein muss. Wir haben es ja nicht drinnen haben können, weil wir es jetzt im Herbst erst einführen. Michaela bitte, wir haben auch Gespräche mit den privaten Kindergärten geführt und die werden selbstverständlich ab 1. September mit einbezogen. Wir haben mit den privaten Kindergärten alles geklärt, wir haben uns auch bemüht, wenn jetzt so überraschend der Gratiskindergarten kommt, dass wir gefragt haben, ist in den Privaten etwas frei, können wir zusätzlich noch Gruppen für die 2 ½ jährigen machen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber das steht nicht im Antrag!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir haben bitte ja noch einen Sozialausschuss, ab 1. September tritt das in Kraft und wir haben im Juni einen Sozialausschuss. Bis dort hin werde ich die Aufklärung so vornehmen, dass jeder weiß, was alles kostet, wie viele Kinder wir haben, wie viele Gruppen haben wir zusätzlich, was bekommen wir vom Land, wie viele Container brauchen wir und wie schaut es aus. Ich würde wirklich ersuchen, die Mitglieder vom Sozialausschuss werden es ja dann in die Fraktion tragen und mitteilen, weil ich kann es jetzt auch nur schätzen und ich muss sagen, warten wir die Einschreibung ab. Ich möchte auch dazusagen, dass wir wirklich am Boden der Realität bleiben und dass man sich in die Lage vieler Menschen in Steyr versetzt, die sich das nicht alles leisten können. Das würde ich den hohen Gemeinderat einmal ersuchen, weil jeder bekommt Flügel und sagt „Gratismittagessen“, dass die einen Kinder zu den anderen sagen, du hast es gratis, du hast aber arme Eltern, möchten wir das haben?

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Das werden sie im Kindergarten tratschen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Sicher, ein Kind kann zu einem anderen Kind nicht ganz fein sein, das muss ich auch sagen. Und mit 3 Jahren, Michaela, musst du mir sagen, wie ich mit denen einen Kochkurs abhalten soll.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe nicht gesagt einen Kochkurs ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich würde euch ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, es ist wichtig, es ist notwendig.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir haben jetzt einen relativ komplizierten Abstimmungsvorgang, bitte genau aufpas-

sen. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag der Freiheitlichen ab.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es hat ihn eh jeder vorliegen.
Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 3 FPÖ. Wer ist dagegen? SPÖ, 1 ÖVP (StR Gunter Mayrhofer), 2 Grüne. Stimmenthaltungen? 5 ÖVP. Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.
Jetzt kommen wir zum eigentlichen Hauptantrag. Wer für diesen Hauptantrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf: Was ist mit dem Zusatzantrag?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die kommen nachher. Dafür SPÖ, Grüne u. FPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, Bürgerforum. Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zu den Zusatzanträgen. Da gibt es den Zusatzantrag vom Bürgerforum Steyr, Gratismittagessen für die, die es auch tatsächlich benötigen, Sozialhilfebezieher, Familien am Existenzminimum etc. Wer für diesen Zusatzantrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Bürgerforum. Wer ist dagegen? FPÖ, SPÖ, 1 Grüne (GR Kupfer). Stimmenthaltungen? 1 Grüne (GR Apfelthaler). Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Zusatzantrag der Grünen, wobei man da dazusagen muss, da sind durchaus Dinge dabei, die man in Zukunft machen sollte und ich würde deswegen auch bitten, dass man im nächsten Sozialausschuss darüber diskutiert.
Wer für diesen Zusatzantrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 2 Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Wer ist dagegen? SPÖ. Stimmenthaltungen? ÖVP, 3 SPÖ (StR Oppl, GR Baumgartner, GR Hingerl). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Habe ich euch jetzt zu schnell abgestimmt? Müssen wir uns dann im Fernsehen anschauen, wer dafür gestimmt hat.
Wir danken der Berichterstatterin, nächster Berichterstatter ist der Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Jetzt kommen wir wieder zu einfacheren Dingen, die nicht so kompliziert sind. In meinem ersten Antrag geht es um den Abschluss eines Nachtrages zur Partnervereinbarung über die Sammlung von lizenzierten Papierverpackungen für das Gebiet der Stadt Steyr, im Amtsbericht ist es genau erläutert.

7) Abfall-10/09
Abschluss eines Nachtrages Nr. 3 zur Partner-Vereinbarung über die Sammlung von lizenzierten Papierverpackungen für das Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 26. 2. 2009 wird dem Abschluss des Nachtrages Nr. 3 zur Partner-Vereinbarung über die Sammlung von lizenzierten Verpackungen aus Papier, Karton, Pappe und Wellpappe für das Gebiet der Stadt Steyr entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um den Ankauf einer Liegenschaft und zwar UniCredit Bank Austria AG, das ist das Gebäude am Grandyplatz, das wir für zusätzliche Kindergartengruppen benötigen.

8) ÖAG-28/08
Ankauf der Liegenschaft EZ 2471, Grundbuch Steyr, UniCredit Bank Austria AG.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 24. 02. 2009 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der UniCredit Bank Austria AG über die Liegenschaft EZ 2471, Grundbuch 49233 Steyr, mit dem darauf errichteten Objekt Prof. Erich-Grandy-Platz 1, ehemaliges Sparkassengebäude Resthof, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Zur Bezahlung des Kaufpreises und der dazugehörigen Steuern, Abgaben und Gebühren wird bei der VA-Stelle 5/240000/010700 (AOH – Kindergärten – Gebäude) eine Kreditüberschreitung in Höhe von EUR 197.000,-- bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme von EUR 197.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenkonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Zum Unterschied zu anderen Anträgen steht zwar bei diesem Antrag dabei wie er finanziert werden soll, allerdings mit dem Wermutstropfen eines Darlehens. Erstens hätte uns, seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion einmal interessiert, in welchem Ausschuss dieser Ankauf, es geht immerhin um fast € 200.000,--, diskutiert worden ist und die Details besprochen worden sind. Dann hätte uns interessiert, bevor wir uns durchringen, diesem Antrag zuzustimmen – oder vielleicht nicht – was die Folgekosten sind, ob es wirklich notwendig ist, ein Gebäude zu kaufen, ob es nicht für die Stadt billiger wäre, diese Räumlichkeiten, die wir offensichtlich für den Kindergarten brauchen, zu mieten und ob es wirklich notwendig ist, einen derartig großen Betrag für ein Gebäude auszugeben in Zeiten wie diesen. Ich kann mich erinnern, beim Ankauf sind wir zwar relativ großzügig, beim Verkauf von unnötigen Liegenschaften, wie z. B. dem Wirtschaftshof, stehen wir jahrelang auf der Bremse. Da hätten wir vielleicht schon Mittel herinnen, um derartige Dinge, wenn sie wirklich notwendig sind, auch entsprechend bedecken zu können. Aber in erster Linie hätte uns interessiert, du hast zwar gesagt, in dem Ausschuss ist darüber gesprochen worden, aber es hätte uns trotzdem interessiert, was die Folgekosten, oder ungefähr die Sanierungsmaßnahmen sein werden, weil ich gehe davon aus, dass dieses Gebäude in dem Zustand, in dem es sich jetzt befindet, wahrscheinlich für die beabsichtigte Nutzung so nicht zu verwenden sein wird. Ich hoffe, ihr habt euch auch darüber Gedanken gemacht, was das kosten soll, damit wir eigentlich wissen, wenn wir jetzt die Hand heben, zu was wir da eigentlich unsere Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, meine Wortmeldung geht in die ähnliche Richtung, vor allem würde mich interessieren, wie hoch die Umbaukosten sein werden, um da auch wirklich einen kindergerechten Kindergarten daraus zu machen, weil wir wissen alle, dass es strenge Landesrichtlinien gibt, was räumlich überhaupt als Voraussetzung vorhanden sein muss, um einen Kindergarten zu betreiben und ich finde, dass diese Umbaukosten und weitere Folgekosten auch in diesen Amtsbericht einfließen müssten,

und zumindest jetzt, vor der Beschlussfassung auf den Tisch gelegt werden sollten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Es ist halt so, dass hie und da einer beruflich verhindert ist und bei einem Ausschuss nicht teilnehmen kann, das ist selbstverständlich, ich habe das ordnungsgemäß im Ausschuss für Schule und Sport und Liegenschaften berichtet und es ist dort auch die einhellige Auffassung vertreten worden, unter diesem Gesichtspunkt, was das kostet, dass so zu machen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Habe ich gesagt, dem Gemeinderat vorzulegen. Ich habe ja nicht gesagt, dass wir es im Ausschuss beschlossen haben, ich habe gesagt, dass dort die einhellige Auffassung vertreten worden ist, dem Gemeinderat das so vorzulegen, lieber Kollege Roman Eichhübl, hör bitte ein bisschen zu.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Danke Herr Vizebürgermeister für die Belehrung!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die Zeit ist auch schon fortgeschritten, da wird man dann auch ein bisschen ungeduldig. Ich muss sagen, das ist ein Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem man blindlings zustimmen kann. Nämlich aus einem Hintergrund schon in Richtung 1. September 2009, dass der Gratiskindergarten beschlossen wird, das ist ja kein Geheimnis, der wird beschlossen, es wird da auch eine überwiegende Mehrheit im Landtag geben, und es ist auch im Beschluss für den Gratiskindergarten im Landtag geregelt, dass die Kosten für die Kommunen mit dem Jahr 2008 gedeckelt sind und alle Kosten, die darüber sind, werden dann in die Regelung Gratiskindergarten 2009 einfließen. Dieser zusätzliche Bedarf an Kindergartengruppen entsteht durch den Gratiskindergarten ab Herbst, das wissen wir schon, es ist auch so formuliert, wir werden auch das Ansuchen an das Land stellen und es wird entsprechend – ich gehe davon aus, dass es so kommen wird, und das ist zu 99,9 % sicher, der Kollege Apfelthaler und der Kollege Mayrhofer werden das auch so wissen, dass die Investitionen, die zusätzlichen Kosten aufgrund der steigenden Anzahl an Kindern vom Land auch getragen werden.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zu 100 %?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Zu 100 %, weil die Kosten im Kindergarten mit 2008 für die Kommunen, für alle Gemeinden und Städte Oberösterreichs gedeckelt sind, es gibt dort noch eine kleine Nuance, die noch nicht ganz ausgefeilt gewesen ist, aber es wird zum Zeitpunkt 2. April feststehen, was da genau ist, wie das in den Städten ist, da redet man von plus oder minus 4 %, aber ansonsten wird diese Investition vom Land Oberösterreich übernommen werden und wir können das dort als Subvention einbringen. Die Investition, der Kaufpreis ist geschätzt worden, der ist äußerst günstig, es ist eine prominente Lage, wir sind dort im Gebäude im Erdgeschoss schon eingemietet. Wir sind dort schon mit Hortgruppen in dem Gebäude und wir werden das gesamte Gebäude erwerben. Es ist ein sehr günstiger Preis, die Sanierung oder die Adaptierung für der Räumlichkeiten für 2 Kindergartengruppen wird notwendig sein. Steinigt mich jetzt nicht, ich habe es jetzt nicht ganz genau im Kopf und es ist jetzt auch noch nicht bis ins Detail ausgegoren, weil ursprünglich war die Idee, dass wir die Mutterberatung dort unterbringen, das wird aber nicht möglich sein, wir brauchen es für zusätzliche Gruppen. Aber die Adaptierungskosten werden sich so um die € 200.000,-- bis € 250.000,-- bewegen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zum Kaufpreis dazu?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, zum Kaufpreis dazu. Wir haben hier eine Wirtschaftlichkeitsrechnung angestellt, was würde es ausmachen, wenn wir dort eine ortsübliche Miete zahlen, was würde die Miete betragen wenn wir die Sanierungskosten selber tragen, mit dem Kaufen ist es mittel- und langfristig für die Stadt sinnvoll. Jetzt müssen wir es einmal zahlen, aber es wird der Stadt dann im Subventionswege vom Land refundiert werden. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn GR Roman Eichhübl

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das war eigentlich das Schlusswort.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ich wollte nur einen Satz dazu sagen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ausnahmsweise!

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wir würden dem auch gerne zustimmen, wenn das, was der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, auch tatsächlich in dem Antrag drinnen stehen würde ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, aber du kannst auch dagegen stimmen.

Gelächter

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Korrekterweise können wir das nicht in den Antrag hineinschreiben, weil das wird erst am 2. April im Landtag beschlossen. Aber ich habe da ja 2 Kollegen, die darüber informiert sind, die Grünen und der Kollege Mayrhofer von der ÖVP wissen das, dass die Parteienverhandlungen in diese Richtung weitgehendst gediehen sind und das auch so in der Beschlussfassung im April drinnen stehen wird. Wir sind da auch von den zuständigen Stellen so informiert.
BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? 5 – 3 FPÖ, 1 ÖVP (Braunsberger-Lechner), 1 Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Hier geht es um den Enzianweg.

9) BauStr-20/07
Enzianweg, Übernahme ins öffentliche Gut, Einreihung als Gemeindestraße.

Der Gemeinderat möge die Übernahme des im Lageplan vom 18. 9. 06 des DI Mayrhofer gelb lasiert ausgewiesenen Straßenbereiches (Enzianweg) als öffentliches Gut der Stadt Steyr und die Einreihung als Gemeindestraße beschließen. (Beilage)

Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen?

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eine Enthaltung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, eine Wortmeldung!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir sind ja schon beim Abstimmen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... die Abstimmung war so schnell...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, also komm heraus!

Gelächter

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wir haben heute 2 Übernahmen in das öffentliche Gut, die 2 sind von meiner Seite, als Referent für die Straßen, unterschiedlich zu bewerten. Die zweite Straße, die von der EKW übernommen wird, ist in einem Topzustand und bedarf keinerlei Investitionen in der näheren Zukunft. Dieser Enzianweg ist in einem Zustand, dass es sehr wohl Investitionen in der nächsten Zeit braucht und wir haben an und für sich immer die Auffassung vertreten, wir übernehmen eine Straße nur nach einer Generalsanierung, wenn sie in Ordnung ist und damit eine normale Lebensdauer aufweist. Ich rate daher dringend ab, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, weil damit weitere Kosten auf die Stadt zukommen. Das ist für mich so ein bisschen eine Gefälligkeit gegenüber der Wohnungsgenossenschaft und kann von mir nicht befürwortet werden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich möchte hier nur eine kurze Bemerkung machen und das nicht ausführlich berichten. Es gibt halt aufgrund gewisser Entwicklungen, über Jahrzehnte in der Stadt, etliche Straßenzüge die aus der damaligen Sicht in der Zuständigkeit von Wohnungsgenossenschaften gewesen sind, das weiß man, Waldrandsiedlung war einmal die Erste GWG, andere Bereiche waren WAG, andere Bereiche waren Stadt, und ich glaube, im Interesse einer Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr, dass man Straßen die öffentlich genutzt werden, - ich verstehe dich, Gunter Mayrhofer, dass sich deine Begeisterung als Referent in Grenzen hält, - aber dass man im Sinne einer Gleichbehandlung von allen Steyrerinnen und Steyrern ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Es zahlt dort ja nicht die Wohnungsgenossenschaft die Sanierung, sondern schlussendlich zahlt die Sanierung der Mieter. Wir zahlen unsere Straßensanierungen aus unserem Stadtbudget, aus den Steuereinnahmen etc. und daher, glaube ich, ist es notwendig, dass man dort und da Bereinigungen zustande bringt. Im nächsten Punkt bringen wir eine Straße an, dort brauchen wir dann nichts bezahlen, das ist die Kehrseite. Aber ich glaube, dass eine Bereinigung dort und da notwendig ist.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 6 ÖVP. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Beim nächsten Punkt geht es um den Mateottihof, dass wir dort die öffentlichen Verkehrsflächen auflassen.

10) BauR-5/08
Mateottihof u. Penselstraße; Auflassung öffentlicher Verkehrsflächen.

Der Gemeinderat möge gem. § 11 Abs. 3 des OÖ. Straßengesetzes 1991, LGBl. Nr. 84/1991 idgF. die Auflassung der im Lageplan vom 03. 07. 2008 der FA Vermessung orange ausgewiesenen Straßenbereiche (Giacomo-Mateottihof u. Penselstraße) als öffentliches Gut der Stadt Steyr beschließen. (Beilage)

Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Wir kommen gleich zur Abstimmung, wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Herr Mayrhofer, aufpassen. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es um die Förgenstraße.

11) BauR-4/07
Förgenstraße; Übernahme ins öffentliche Gut als Gemeindestraße.

Der Gemeinderat möge die Übernahme des im Lageplan des DI Grassnigg gelb ausgewiesenen Straßenbereiches (Förgenstraße) als öffentliches Gut der Stadt Steyr sowie dessen Einreihung als Gemeindestraße beschließen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um einen Antrag an den Gemeinderat von den Grünen, hier geht es um eine Resolution.

12) Präs-111/09
Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution zur Erarbeitung eines Baumschutzgesetzes.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

R e s o l u t i o n

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert den OÖ Landtag auf, ein Baumschutzgesetz, ähnlich wie in Wien oder der Steiermark für alle OÖ Gemeinden inklusive der Statutarstädte unter Einbeziehung von Städte- und Gemeindebund zu erarbeiten und in der Folge zu beschließen. Das Gesetz soll leicht handhabbar sein. Es soll bürgerfreundlich und insbesondere für Privatgrundbesitzer möglichst unbürokratisch und ohne zu restriktive Vorschriften anwendbar sein.

Begründung

Bäume haben im städtischen Bereich eine große Bedeutung. Sie erfüllen vielerlei Aufgaben. Sie gewährleisten eine gesunde Wohnumwelt und eine bessere Wohnqualität für die Stadtbewohner. Sie sorgen durch ihre klimatisch ausgleichende Wirkung für eine Senkung der Lufttemperatur und erhöhen die Luftfeuchtigkeit durch die Verdunstungstätigkeit. Außerdem kommt es zu einer Staubbindung durch die Blattoberflächen. Bäume bieten Lebensräume für Vögel, Kleintiere und Insekten. Bäume prägen das Stadtbild positiv.
Um die ausgleichende Wirkung eines einzigen älteren Baumes zu erzielen, sind hunderte Neupflanzungen nötig.
Ein Baumschutzgesetz soll auf Dauer einen sorgfältigen Umgang mit wertvollen Baumbeständen im Stadtgebiet sichern.

Ich ersuche um Diskussion bzw. werde ich seitens meiner Fraktion eine Erklärung dazu abgeben. Aber lieber Kurt, dass ich nicht irgendetwas vorweg nehme und einen Formalfehler mache, stelle du zuerst deinen Antrag vor.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Willst du deinen Antrag begründen?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Dieser Antrag auf eine Resolution an den OÖ Landtag hat ja schon eine etwas längere Geschichte, weil bereits die Linzer das im Jahr 2004 gemacht haben. Die haben einen Antrag in dieser Richtung an den OÖ Landtag gestellt, aber natürlich ist es in den Problemfeldern nicht so einfach bei diesem Thema etwas zu landen. Vor allen Dingen schaut man auch von den verschiedensten Seiten, wahrscheinlich auch aus Nichtwissen, was diese Verordnung denn überhaupt beinhalten soll, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Im Grunde genommen ist es ein Auftrag

an die OÖ Landesregierung, hier in diesem Sinne etwas zu unternehmen, weil wir nämlich der Meinung sind, dass nicht nur Mensch quasi unterstützungswert ist, sondern auch sein Umfeld in dem er lebt und dass es gerade in den Statutarstädten wichtig ist einerseits, dass auf die Natur aufgepasst wird. Sie wissen alle, vor 10 oder 15 Jahren war das überhaupt kein Thema, dass da an unseren wertvollen Bäumen „herumgefitzelt" wurde, mittlerweile ist man ja auch schon klüger geworden. Aber was sehr wichtig ist, dass es sozusagen eine fundierte fachliche Meinung darüber gibt was zu tun ist und dass es auch Ansinnen und Auftrag der Kommune sein muss, das Lebensumfeld zu erhalten. Bei den Recherchen sind wir darauf gekommen, dass es mittlerweile schon europäischer Standard ist, manche Städte sind da schon vor Jahrzehnten vorgeprescht, Salzburg oder Wien z. B., in der Steiermark ist es auch schon Usus, dass man sich hier eine Verordnung gibt, damit einfach klar ist wie und in welcher Weise wir hier unsere Umfeld erhalten sollen. Natürlich sind damit auch Ängste verbunden, das ist mir schon klar, vor allen Dingen alle jene, die so im Garten- oder Kleingartenbereich jetzt Angst haben, dass sie jetzt jedes Mal fragen müssen, ob sie jetzt die Fichte umsägen dürfen, oder sich jedes Mal eine Erlaubnis holen müssen. Natürlich ist das nicht gemeint, wir sind ja nicht blöd, wir werden uns das ja nicht verkomplizieren, und natürlich geht es nicht um den Obstbaum, der jetzt schon „dahirscht" ist. Natürlich geht es nicht um das, sondern es geht eigentlich um wertvolle Substanz und falls es natürlich aufgrund diverseste Baumaßnahmen, z. B. wir brauchen dort eine Straße oder einen Wohnbau, wie sollen wir uns da verhalten, dass wir in diesem Falle eine notwendige Ersatzhandlung machen können. Also summa summarum meiner Ansicht nach eigentlich eine gute Geschichte, es hat nur etwas länger gedauert, aber jetzt haben wir sozusagen diese Möglichkeit und wie dann die gesetzliche Auslegung ist, da werden wir sicher noch ein paar Mal gefragt werden ob uns das Recht ist, weil natürlich müssen die Kommunen dazu auch noch eine Stellungnahme abgeben. Wie gesagt, Linz hat es schon vor Jahren gemacht, die Welser haben es am Montag mittels Gemeinderatsbeschluss der SPÖ und Grünen beschlossen und meine Bitte, das auch hier, wenn möglich auch mit der ÖVP, der FPÖ und auch der Bürgerliste zu tun.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Nachdem in dieser Resolution der Kollege Apfelthaler soeben das erläutert hat, das Baumschutzgesetz von Salzburg, Wien und der Steiermark angesprochen wurde, muss ich ganz offen gestehen, ich kenne diese Gesetze weder von Salzburg, Wien, noch der Steiermark. Was ich aber als Vorsitzender des Umweltausschusses weiß, ist die Tatsache, dass gerade die Stadt Steyr mit diesem Thema sehr vorsorglich umgeht. Allerdings wusste ich nicht, dass ich so ein Gewicht in dem Ausschuss habe, der Herr Vizebürgermeister hat ja eingangs der Sitzung darauf hingewiesen, dass der Kollege Eichhübl dort die Vorträge hält und er muss das alles umsetzen. Wenn es so wäre, würde ich mich sehr freuen, es ist nicht ganz so, aber wir haben – das kann ich bestätigen – ein gutes Verhältnis im Ausschuss und das ist ja auch etwas wert. Wie gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadt Steyr geht sehr sorgsam mit diesem Thema von Baumfällungen um und setzt eines durch, dass immer dann, wenn es notwendig ist, oder man glaubt einen Baum fällen zu müssen, weil eben Beanstandungen von den Bürgern kommen, dann wird dieser Baum nicht einfach so umgeschnitten, sondern da gibt es dann Gutachten usw. und erst dann wird zur Tat geschritten. Also nochmals, ich sehe da keinen Änderungs- und Handlungsbedarf in dieser Hinsicht, weil das in Steyr wirklich vorbildlich durchgeführt wird. Nachdem ich den öffentlichen Bereich angesprochen habe, komme ich jetzt zum privaten Bereich. Herr Kollege Apfelthaler, ich möchte nicht – und ich nehme an, dass einige andere die selbe Meinung vertreten – dass

man im privaten Bereich solche restriktiven Maßnahmen setzt.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Welche Maßnahmen?

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Herr Kollege Apfelthaler, ich kenne die ursprünglichen Interventionen, diese Geschichte ist ja nicht neu. Herr Kollege, ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf, ich verstehe ja, dass jetzt die Wahlen ins Haus stehen und die Grünen natürlich auch ein Thema brauchen. Selbstverständlich, das gestehe ich Ihnen auch zu, ich meine das ganz Ernst, wir brauchen auch ein Thema, aber wenn ich so zurückdenke, meine Damen und Herren, dass tatsächlich von den Grünen gefordert wurde, dass wenn jemand im privaten Bereich einen Baum fällt, dass er dann Ersatzleistungen machen muss, das heißt, da wird dann eine Berechnung bezogen auf das Lebensalter des Baumes durchgeführt und dann kommen sie locker auf € 15.000,-- bis € 20.000,-- Ersatzleistung. So etwas wollen wir sicherlich nicht, ich weiß ja nicht, ob Sie das weiter so verfolgen, Herr Kollege Apfelthaler, aber aus diesem Antrag geht das nicht hervor, jedenfalls war das ihre Absicht. Noch einmal, wenn das auch nicht so restriktiv sein sollte, wir glauben, dass hier kein Handlungsbedarf ist und wir wollen vor allen Dingen im privaten Bereich unsere Bürger nicht derartig einschränken. Wir werden also diesem Antrag die Zustimmung vonseiten der Freiheitlichen nicht geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ich darf da anschließen und einhaken, wo der Kollege Eichhübl aufgehört hat. Auch wir sind der Meinung, im öffentlichen Bereich sollte man sehr sorgfältig damit umgehen, ich glaube, das ist in Steyr gewährleistet, hier wird sehr sorgfältig mit den Bäumen umgegangen, es wird keiner leichtfertig umgeschnitten. Im privaten Bereich – und ich habe selbst einen Garten und schneide jedes Jahr mindestens drei bis vier Bäume um, weil sie einfach zu groß werden, weil der Nachbar kein Licht oder keine Sonne mehr hat und ich möchte nicht, dass ich dann jedes Mal einen brauche, der es begutachtet und mir dann sagt, jetzt setzt du einen Baum. Und das in einer Gegend – und ich glaube, das muss man ja auch überlegen, da wird von Wien und Salzburg geredet, wir haben eine Gegend, wo die Gemeinden nicht einmal mehr wissen was sie mit dem Waldwuchs machen, wo wir eine Bewaldung von 85 % und mehr haben, wo man schon überlegt, ob man Prämien macht, dass endlich gerodet wird, damit endlich auch wieder eine Kulturlandschaft existieren kann. Das ist unsere unmittelbare Umgebung, ich würde sagen, das ist wirklich eine Wahlkampfgeschichte und hat mit den Tatsachen in Steyr überhaupt nichts zu tun und darum werden wir dem auch nicht die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Doch, Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich tu mich mit dieser Resolution ein bisschen schwer, das gebe ich ganz ehrlich zu, einfach deshalb, weil wir fordern jemanden anderen auf ein Gesetz zu machen und wenn ich das jetzt tue, dann möchte ich ganz gerne vorher wissen, was soll das Land Oberösterreich tatsächlich als Eckpunkte in diesem Gesetz drinnen haben. Das wäre mir besonders wichtig und da finde ich leider – vielleicht kannst du Kurt das ein bisschen genauer ausführen – in dieser Resolution nichts darinnen. Wie gesagt, wenn ich einen Gesetzgeber auffordere, dann möchte ich ganz gerne wissen, was möchten wir eigentlich von ihm. Mit dem, was als Begründung drinnen steht, kann ich mich anfreunden, dass es wichtig ist, auch im städtischen Raum den Baumbestand zu sichern. Rein meine subjektive Beobachtung lässt sich nicht verifizieren, aber manchmal denke ich mir schon, wenn ich mir das so in Einzelfällen anschaue, dass man mitunter gerade als

Stadt mit ein bisschen mehr Vorbildwirkung vorangehen könnte, wenn es um das Thema geht, bevor man jetzt von anderen irgendwelche Eingriffe gesetzgeberischer Art wünscht. Ich denke mir, hier ist die Stadt sehr wohl aufgerufen Vorbildwirkung zu erfüllen, aber vielleicht kannst du das noch ein bisschen näher ausführen, Kurt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Kurt bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, Herr Apfelthaler die Zweite bitte. Also Punkt 1), es geht hier nicht um irgendeinen Gesetzesentwurf, es geht um eine Resolution, man möge das machen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber in welche Richtung?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja genau. Wenn ich grundsätzlich damit etwas anfangen kann, dass es so etwas wie eine Regulierung in diese Richtung geben soll, dass so das Mandat der singenden Säge des Herrn Mayrhofer, der weiß ich nicht wie viele Bäume umschneidet ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Mit Genuss, das ist eine schöne Arbeit!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja ich weiß eh, es gibt auch Leute, die schießen mit so Dinger herum und die sagen auch das ist ein Genuss, meinetwegen. Aber es bringt uns allen nichts und am allerwenigsten bringt es uns was, wie heute in der Wortmeldung des Kollegen Eichhübl – ich weiß nicht, aus welchem Finger sie sich das gesaugt haben – das mit den € 20.000,--. Wo steht das? Ich habe vor ungefähr einem Monat den Versuch gestartet und habe einen Mitarbeiter der Umweltabteilung gebeten - damit die Fraktionen im Vorfeld darüber informiert werden, was denn da drinnen stehen könnte, weil es ist ja nur eine Vorlage, ein Initiativantrag, - dass er das an alle Fraktionen verschicken soll. Ich Depp, muss ich sagen, das hätte ich eigentlich selber auch können, aber ich habe mir nur gedacht, ich mache es ein bisschen amtlicher, ich will ja niemanden schikanieren, aber es war mir irgendwie ein Bedürfnis, dass du das auf den Tisch bekommst und dass das die anderen Fraktionsvorsitzenden auch auf den Tisch bekommen. Bis zum heutigen Tage ist das nicht passiert, es ist sozusagen in der Abteilung verwurzelt und ich habe gestern ein Mail von dem zuständigen Herrn bekommen, der mir gesagt hat, er kann das jetzt sowieso nicht einfach wegschicken, weil er muss das kommentieren. Er muss wissen, aus was heraus ist das entstanden, was die einzelnen Fraktionen auf Landesebene dazu gesagt haben und das kann er nicht einfach so hergeben. Um das habe ich ihn überhaupt nicht gebeten, ich habe ihn nur gebeten, bitte schicken sie das weiter, damit die Information bei den Fraktionen landet und dann hat er noch dazu geschrieben, dann war er schon so weit und hat seine Diplomarbeit über das abgeliefert und dann hat er gelesen, dass das ohnehin heute auf der Tagesordnung steht und eigentlich hat er sich gesagt, dann kann ich das eh selber auch vortragen. Also das ist der Grund, warum die einzelnen Fraktionen das noch nicht in Händen haben. Aber noch einmal, das ist an und für sich nur ein Entwurf, es geht heute in diesem Gemeinderat darum, wollen wir das, wollen wir in dieser Richtung etwas unternehmen oder nicht. Dem Herrn StR Mayrhofer sein Hobby sei ihm ja meinetwegen gelassen, dann soll er im Jahr 4 bis 5 Bäume umschneiden, wenn er einen Spaß dabei hat ist das eh seine Geschichte, er braucht ja irgendetwas wo er sich ausarbeiten kann. Aber meine Frage, seid ihr bereit in dieser Richtung etwas zu tun oder nicht. Oder sind wir im wahrsten Sinne des Wortes so „hinterwäldlerisch“, dass das was alle, und zwar in vielen europäischen Metropolen, nicht nur in der Größe von Paris und Wien, sondern auch in kleineren Einheiten – und das ist ja das, was die ÖVP in der Richtung am meisten stört, selbst unter Einbeziehung von Städte- und Gemeindebund, dass das natürlich auch landesweit gelten soll. Ich kann es eh verstehen, nur eines verstehe ich nicht, dass die ÖVP irgend-

wie dagegen sein kann, weil wenn ich heute hergehe und beantrage, dass bestimmte Flächen videoüberwacht werden, das kann ich politisch vertreten, aber dass ein guter, gesunder Baum, der noch dazu wertvoll ist und in die Stadt gehört, nicht umgeschnitten werden darf, und darüber urteilt einer, der am liebsten 4 Bäume im Sommer umschneidet, so kann es auch nicht sein. Noch einmal, es geht um eine Resolution, was dabei herauskommt werden wir noch sehen, Euro 20.000,-- pro Baum sind „Fingerzutzelpropaganda“, das steht nirgends und darum ersuche ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Nachdem du Kurt selber gesagt hast, dass es dir wichtig gewesen wäre, dass alle diesen Informationsstand haben, was wir jetzt tatsächlich an Inhalten von diesem Gesetz möchten, was aber aufgrund der Aussendungen, die du gebracht hast, leider nicht möglich war, würde ich einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen, nämlich Absetzung dieses Tagesordnungspunktes und Zuweisung an den Umweltausschuss, wo ich dich dann bitten würde, Kollege Bremm und Kollege Eichhübl, als zuständige Referenten bzw. Ausschussvorsitzende dieses Thema wirklich ausführlich zu erläutern und hier Nägel mit Köpfen zu machen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das war jetzt der Antrag zur Geschäftsordnung, über den müssen wir erst reden. Da hat eh jeder eine Wortmeldung.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Es ist überhaupt nicht schwierig, wie heißt es so schön, ein Mann wie ein Baum, sie nannten ihn Bonsai, das ist genau die Qualität, mit der wir das behandeln. Wir tun um Gottes Willen nicht im Umweltausschuss über einen Resolutionsantrag diskutieren. Das tun wir nicht, wir können dann diskutieren, wenn der Entwurf auf Landesebene da ist, dann können wir darüber diskutieren. Wir diskutieren heute ob das Land Oberösterreich einen Gesetzesentwurf vorlegen soll, über das diskutieren wir. Unser Anteil wäre – so wie Linz und Wels – dass der Steyrer Gemeinderat sagt, ja das sollen sie tun, da brauche ich keinen Umweltausschuss dazu.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wenn wir nicht einmal wissen worum es überhaupt geht?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Es geht heute um die Resolution und nicht um den Gesetzesentwurf.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir sind wieder beim Antrag zur Geschäftsordnung.

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die Grünen haben das eingebracht, haben die anderen Fraktionen auch noch eine Wortmeldung? Gerhard, dann bist du dran.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, können wir abstimmen?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer für diesen Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung und Zuweisung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 6 ÖVP, 1 Bürgerforum. Wer ist dagegen? 3 FPÖ, 2 Grüne. Stimmenthaltungen? 1 SPÖ (GR Klausberger). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen

Ich danke dem Berichterstatter. Ich glaube, wir machen jetzt einmal eine kurze Pause.

Zwischenrufe: Nein!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut, dann nicht. Herr Vzbgm. Spanring bitte.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertes Präsidium, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Jahressubvention für das Museum Arbeitswelt.

13) Fin-223/08
Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 15. Jänner 2009 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Gabriele Heger, für 2009 eine Jahresförderung in Form einer Subvention in der Höhe von

Euro 181.000,--
(i. W. EURO einhundertachtzigeintausend)

gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2009 auf der **VA-Stelle 1/360000/757000** – Museum, Subvention Museum Arbeitswelt – vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium, sehr geehrte Gäste. Nachdem der Herr Bürgermeister bei dem anderen Antrag vorhin so im Vorbeigehen und mit einem Drüberwischen gemeint hat, na ja die Freiheitlichen können eh dagegen sein, dann werde ich natürlich – das sage ich gleich im Vorhinein, nachdem wir diesem Antrag die Zustimmung verweigern werden – dies auch näher begründen und das wird ein bisschen länger dauern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zwischenruf: Machen wir doch eine Pause!

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Das wäre eigentlich eine gute Idee, Herr Kollege, weil dann fällt mir noch etwas ein und dann wird es noch ein bisschen länger, wenn Sie damit einverstanden sind, sehr gerne. Aber zum Ernst der Sache zurück, ich mache eh gerne einen Spaß, aber was ich jetzt sagen werde, ist mir wirklich Ernst. Meine Damen und Herren, es liegt auch diesmal und heuer wieder ein Antrag vor, dass man dem Museum Industrielle Arbeitswelt für den laufenden Betrieb in diesem Jahr eine Jahressubvention von € 181.000,-- zukommen lassen soll. Erwähnenswert ist, glaube ich, und das habe ich schon des öfteren gemacht, dass es natürlich auch weitere Förderungen für das Museum Arbeitswelt gibt, soweit ich informiert bin, vom Bund, vom Land und auch teilweise von der EU, ja es gibt sogar vom Bereich der Arbeiterkammer aus mit den Zwangsmitgliedsbeiträgen eine Unterstützung für das Museum Arbeitswelt. Daher ist es, glaube ich, doch angebracht, etwas näher nachzuschauen, welche Veranstaltungen dort durchgeführt werden. Wenn ich hier im Amtsbericht lese, „das Museum Arbeitswelt wird sich im Jahr 2009“ – und ich sage jetzt nur das Wichtigste und was sehr von Bedeutung ist – „auch anlässlich der bevorstehenden EU-Wahlen noch intensiver als bisher bemühen, als außerschulischerer Bildungs- und Kulturort Beiträge historischer und vor allem demokratiepolitischer Bildung insbesondere junger Menschen befassen“. Dann geht das weiter, „die Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen zur Forcierung demokratiepolitischer Bildung“, soll dort, wie gesagt, gemacht werden.

Das hat mich dann doch etwas nachdenklich und stutzig gemacht, im Wissen dessen, wer dort teilweise zu welchen Themen Veranstaltungen durchführt. Ich sage gleich vorweg, mir geht es absolut nicht darum, alles was dort unten im Museum Arbeitswelt geboten wird, schlecht zu machen, es gibt auch sehr viele gute Veranstaltungen dort. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es führt z. B. auch die sozialistische Jugend dort Veranstaltungen durch, unter dem Thema „Rechtsextrem". Da ist an und für sich nichts einzuwenden, da habe ich nichts dagegen, ich hätte mir allerdings vorgestellt, dass sich die jungen Leute mit dem Extremismus allgemein beschäftigen, ganz gleich ob er von links, von rechts oder von oben und unten kommt. Man wird dann etwas neugierig und schaut etwas näher nach. Wenn meint man denn, wenn man von „Rechtsextremen" redet? Da findet man sehr interessante Einträge in der Homepage der sozialistischen Jugend von Steyr. Da steht z. B. unter der Überschrift „Steyr startet Kampagne regen Rechts. Wie auch viele andere mussten wir das Wahlergebnis am 28. September mit großem Entsetzen hinnehmen. Komm vorbei, vernetz dich jetzt mit Leuten aus deiner Umgebung, die auch nicht still und leise zusehen wollen, wie Strache und Co immer mehr Zulauf bekommen, lass uns jetzt Strategien suchen, wie wir gemeinsam gegen den Rassismus von FPÖ und BZÖ kämpfen können. Werde aktiv und mach mit beim Netzwerk gegen Rechts der sozialistischen Jugend, egal ob in einer bestehenden SJ-Gruppe, im Freundeskreis, im örtlichen Jugendtreff, oder in der Schule, wir helfen dir gerne weiter." In der Schule, und da wird es schon interessant, wenn jemand aufruft, in der Schule parteipolitische, ich sage es jetzt einmal wie es ist, Hetzkampagne gegen gewisse Parteien durchführen zu lassen. Das wird dann noch interessanter, wenn man schaut, wer ist denn da in diesem Vereinsvorstand, da findet man dann, dass die Vorsitzende eine 23 jährige Lehrerin ist, die zu solchen Aktivitäten in der Schule aufruft. Das stimmt mich doch etwas nachdenklich und ich habe da auch noch eine Aussendung der SPÖ in Erinnerung, Herr Bürgermeister, die stammt von dir, wo eben ein Hinweis ist, dass besagte Lehrerin auf einem sicheren Listenplatz bei der nächsten Gemeinderatswahl aufscheinen wird. Ich sage bewusst den Namen jetzt nicht, und das stimmt mich dann noch nachdenklicher und da richte ich meine Worte an den zukünftigen Bürgermeister.

Gelächter

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Der Kollege wird das ja wahrscheinlich sein, sollte es nicht so sein, dann richte ich eben die Worte an jemanden anderen, aber ich nehme an, dass der zukünftige Bürgermeister aus ihren Reihen stammen wird, meine Damen und Herren der SPÖ-Fraktion, ob das in Zukunft der neue Stil der politischen Auseinandersetzung hier in diesem Gemeinderat sein wird. Dann wünsche ich schon jetzt allen viel Vergnügen, denn dann wird das Ansehen der Politik im allgemeinen noch etwas tiefer rutschen. Aber das ist ja noch nicht alles, ich kann ihnen schon noch etwas sagen, weil ich – wie ich vorher erwähnt habe – unsere Ablehnung sehr genau begründen werde. Da gibt es eine Aussendung von der KPÖ Oberösterreich vom 4. Oktober 2008 mit der Überschrift „Oberösterreichische Anti....., Netzwerk macht Front gegen FPÖ und BZÖ. Diese Jahreskonferenz des oberösterreichischen Netzwerkes gegen Rassismus und Rechtsextremismus fand am 4. Oktober 2008 im Bildungshaus Schloss Buchberg bei Wels statt." Ich möchte ihnen jetzt ersparen, das alles vorzutragen, ich sage nur einige sehr bezeichnende Beispiele. Da hat sich die Frau Justizministerin auch geäußert, dass sie eben zum Thema Rechtsextremismus in der Justiz referiert hat und dann ist es auch um das Thema gegangen „Rechtsextreme Emigrantinnen?" Zum Thema Rechtsextremismus unter türkischen Emigranten, wie es damals Schmiedinger, wer das auch immer ist ... Auffassungen: Dieses Thema dürfe nicht thematisiert werden, weil es den Rechten zurück nütze. Er wies darauf hin, dass viele Österreicherinnen mit Migrationshintergrund jetzt FPÖ gewählt haben." Jetzt darf ich sie bitten, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, doch etwas genauer hinzuhören, was ich ihnen jetzt vorlese. „Der Herr Schmiedinger kriti-

sierte, dass die SPÖ völlig widersprüchlich mit türkischen und kurdischen Gruppen aller politischen Richtungen kooperiert. Konflikte zwischen diesen Gruppen resultieren vielfach daraus, dass Konflikte in der Türkei auf Österreich übertragen werden.“ Dann geht das so noch weiter, dann befasst man sich mit Esoterik und sieht dann in diesem Zusammenhang, dass 40 % der Jugendlichen FPÖ bzw. BZÖ gewählt haben. Warum, meine sehr geehrten Damen und Herren, sage ich ihnen das? Ich habe mir angewohnt, dass ich immer zu vorliegenden Anträgen spreche und im Zusammenhang der vorliegenden Anträge, Herr Vizebürgermeister, darum sage ich das. Jetzt komme ich zum Schuss, ich sage ihnen das deswegen, weil hier dann folgendes steht: „In Statements stellten sich 6 Gruppen bei der Konferenz vor und an erster Stelle steht das Museum Arbeitswelt Steyr“, Herr Vizebürgermeister, und das ist der Grund, warum ich das hier dem Gemeinderat vortrage und das veranlasst uns natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Antrag abzulehnen. Deswegen abzulehnen, weil wir es als eine Zumutung empfinden, dass man öffentliche Steuergelder dafür verwendet, um Hetzkampagnen im Museum Arbeitswelt nicht nur durchzuführen, sondern auch vorzubereiten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Mich hätte es nicht verwundert, wenn es hier eine Debatte gibt, aber dass die so geführt wird, da bin ich schon ein bisschen überrascht und eigentlich ein bisschen entsetzt, weil ich nicht geglaubt habe, Roman ich habe dich nicht so eingeschätzt, aber ich werde das so zur Kenntnis nehmen, deine Wortwahl – du hast eh dem Kollegen Payrleithner voll ins Herz getroffen, wenn du über die Arbeiterkammer im Zusammenhang mit dem Museum Arbeitswelt sprichst und diese Zwangsmitgliedsbeiträge. Zwangsmitgliedsbeiträge, das ist die typische Wortwahl, dein Kollege Payrleithner sitzt im Kammervorstand drinnen und sieht das anders, also da würde ich mir schon ein bisschen mehr Achtung vor unseren gesetzlichen Interessensvertretung wünschen. Die Zeit, wo ihr geglaubt habt, dass das abgeschafft gehört, habe ich geglaubt, ist vorbei, dabei währet den Anfängen, umsonst gibt es das Wort nicht.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Zwangsverordnung!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Eines ist ja nicht ganz neu, diese Meinungsfreiheiten, dass die sehr begrenzt sein sollen, die Form der Kultur hat vorgegeben zu werden, das darf bestimmte Bereiche nicht betreffen, gewisse Dinge sollen nicht sein. Eines, lieber Roman Eichhübl, glaube ich, sollte schon in unserer Zeit gewährleistet sein, deine Wortmeldung bezüglich SJ oder sonst irgendwelche Organisationen haben da im Zusammenhang Museum Arbeitswelt überhaupt nichts zu tun, ob die dort Veranstaltungen machen oder nicht, das kann es ja nicht sein, dass wir hier im Gemeinderat vorschreiben, wen die dort hereinlassen oder wen die dort nicht hereinlassen. Das sind ja erschreckende Methoden, wenn du das wirklich Ernst meinst. Das ist erschreckend für mich, in jedes Lokal, in jedes öffentlichen Gebäude muss doch eine Gruppierung herein gehen können und dort auch ihre Meinungsäußerung kundtun können und ich glaube, das sollte schon in unserer Gesellschaft und in unserer jetzigen Zeit möglich sein. Man kann nicht sagen, wenn du nicht brav bist und wenn du dich nicht ordnungsgemäß – so wie ich mir das als Eichhübl Roman vorstelle – verhältst, dann bekommst du die Marie nicht.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ich zeige dir dann noch etwas!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, du brauchst es mir eh nicht zeigen, ich will es auch gar nicht mehr hören, weil ich bin wirklich sehr enttäuscht, weil ich dich anders eingeschätzt habe. Ich glaube, dass diese Form der Debatte sicherlich nicht zweckmäßig und förderlich ist. Es gibt auch viele, die gegen uns poltern und

mit uns nicht unbedingt gerade Freundschaft geschlossen haben und in Liebe zu uns ausbrechen – ich habe mir in der Vergangenheit auch oft Debatten angehört ... Schau her, er hört nicht einmal zu, jetzt hast du gerade da Gas gegeben ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ich weiß eh, was du sagst.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aber dann hättest du dir das auch sparen können, weil das Meiste hätte ich eh auch gewusst, was du sagst.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe dir aber auch zugehört.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Vielleicht hat er nicht gewusst, dass du der Gemeinderat bist!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich möchte eh schon zum Schluss kommen, ich glaube, das Museum Arbeitswelt sollten wir schon als Einrichtung der Stadt sehen, wir sollten zum Museum Arbeitswelt stehen, wir sollten die Existenz des Museum nicht davon abhängig machen, welche Veranstaltungen dort stattfinden und zensurieren, diese Zeiten müssten schon vorbei sein, das kann es nicht sein. Es ist eine gute Einrichtung, wird weit über die Stadtgrenzen und weit über unsere Landesgrenzen, ob Bundesland oder österreichweit wird das als hervorragende Einrichtung gesehen und wir bröseln da um ein paar Dinge herum. Ich würde schon ersuchen, hier dieser Subvention eine breite Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Schlusswort? Wir stimmen ab, ist jemand gegen diesen Antrag? 3 FPÖ. Stimmenthaltungen? 6 ÖVP. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Im zweiten Antrag geht es um nicht so viel Geld, sondern es geht um die Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung hier im Magistrat.

14) Fin-18/09
Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 18. 3. 2009 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2009 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt Euro 30.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

Euro 30.000,--
(dreißigtausend)

bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter nächster Berichterstatter ist Herr StR Wilhelm Hauser.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Meine sehr geschätzten Damen und Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Bei mir habt ihr es ziemlich einfach, weil ich habe heute 4 Beschlüsse vorzutragen, die Dringlichkeitsbeschlüsse sind, aufgrund der Zeitgrenzen, die wir also für viele Dinge gehabt haben. Trotzdem ist es aber so, dass wir das nachträglich im Ge-

meinderat auch zur Kenntnis nehmen müssen, aber wir hätten sonst enorme Zeitverluste gehabt und letztlich ist es hier, vor allen Dingen bei 3 Anträgen, notwendig um einerseits unsere Rechte zu sichern bzw. andererseits wären z. B. der Gaspreis zum 1. März nicht billiger geworden, wenn wir das nicht als Dringlichkeitsbeschlüsse durchgeführt hätten. Ich hoffe daher, dass wir für alle vier Anträge, die ich heute hier vortragen werde, die dementsprechende Beschlüsse hier zustande bringen werden. Behandelt wurden diese vier Anträge natürlich ordnungsgemäß jeweils im Verwaltungsausschuss. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Anfechtung des Bescheides der E-Control Kommission vom 14. 01. 2009, wo es also darum geht, wie wir es eh schon des öfteren gehabt haben und wo wir auch schon eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde gewonnen haben, wenn man das so sagen darf, um die Ausgleichszahlungen, die also an die E-Control zu zahlen sind und die E-Control überweist dann dieses Geld an jene, die sozusagen die Nutznießer dieser Ausgangszahlungen sind. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir also Ausgleichszahlungen im Schnitt von € 250.000,-- bis € 500.000,-- jährlich zu leisten hätten, und wären also damit gezwungen einen Beitrag dafür zu leisten, dass jene, die in der Verwaltung bzw. in dem Ausbau ihres Gasnetzes nicht so gut sind wie wir, weil sie höhere Kosten für Sanierungen, Instandsetzungen bzw. auch Verwaltung haben, weil wir die niedrigsten Kosten in der Verwaltung haben und das bestausgestattete Gasnetz haben, also hier Ausgleichszahlungen an die E-Control zu leisten hätten, die dann an jene Betriebe in Oberösterreich weitergeleitet werden, wo dem nicht so ist. Wir haben hier also wieder einen negativen Bescheid bekommen und um unser Recht hier nicht zu verlieren und es aufgrund der Rechtsmittelsituation so ist, dass wir nur die Möglichkeit haben, wieder beim Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof hier eine Beschwerde einzubringen, und jeder der das schon kennt, weiß dass man das über eine Rechtsanwaltskanzlei tun muss, mit der wir ja jetzt schon sehr lange hier zusammenarbeiten, und am 27. 2. diese Frist ausgelaufen ist, war ein Dringlichkeitsbeschluss in dieser Angelegenheit notwendig. Aus diesem Grunde ersuche ich nachträglich den schon gefassten Dringlichkeitsbeschluss zu bestätigen, dass wir also die Anfechtung dieses Bescheides der E-Control Kommission vom 14. 1. 2009 bekämpfen beim Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof und wir uns hier der Anwaltskanzlei Rafaseder – Draxler & Partner aus Wien bedienen, die uns bis jetzt hier immer betreut haben.

15) StW-18/09
Anfechtung Bescheid der E-Control Kommission vom 14.01.2009 betreffend Ausgleichszahlungen 2009 Stadtwerke Steyr; Dringlichkeitsbeschluss des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates wegen des kurzen Einspruchstermines bis 27. 02. 2009.

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 21. 01. 2009 wird der Beschwerdeerhebung gegen den Bescheid der E-Control Kommission vom 14. 01. 2009 zu GZ k AGZ G 02/08 beim Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof durch die Rechtsanwaltskanzlei Draxler & Partner infolge Dringlichkeit gem. § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr zugestimmt und die Stadtwerke werden zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Die Frist für die Beschwerdeerhebung endet am 27. 02. 2009.

Der Verwaltungsausschuss als vorberatendes Organ ist am 26. 01. 2009 und der Gemeinderat als zuständiges Organ für die Einbringung der Beschwerde findet aufgrund des Sitzungskalenders, der durch die Magistratsdirektion festgelegt wird, bereits am 22. 01. 2009 statt und die nächste darauffolgende Gemeinderatssitzung am 19. 03. 2009. Damit wäre die Beschwerde verfristet. Durch diese Verfristung aufgrund einer derart späten Entscheidung des an sich zuständigen Gemeinderates würde den Stadtwerken ein massiver wirtschaftlicher Nachteil in der gegenständlichen Sache entstehen. Aus diesem Grund ist die Dringlichkeit durch

die Befassung des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates gegeben.

Diese Entscheidung wird dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt. (Beilage)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verfügung des Verwaltungsausschusses vom 26. 01. 2009, worin gem. § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr der Beschwerdeerhebung gegen den Bescheid der E-Control Kommission vom 14. 01. 2009 zu GZ K AGZ G 02/08 beim Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof durch die Rechtsanwaltskanzlei Draxler & Partner durch Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt wurde und die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt wurden, wird genehmigt.

Die Frist für die Beschwerdeerhebung endet am 27. 02. 2009.

Der Verwaltungsausschuss als vorberatendes Organ ist am 26. 01. 2009 und der Gemeinderat als zuständiges Organ für die Einbringung der Beschwerde findet aufgrund des Sitzungskalenders, der durch die Magistratsdirektion festgelegt wird, bereits am 22. 01. 2009 statt und die nächste darauffolgende Gemeinderatssitzung am 19. 03. 2009. Damit wäre die Beschwerde verfristet. Durch diese Verfristung aufgrund einer derart späten Entscheidung des an sich zuständigen Gemeinderates würde den Stadtwerken ein massiver wirtschaftlicher Nachteil in der gegenständlichen Sache entstehen. Aus diesem Grund ist die Dringlichkeit durch die Befassung des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates gegeben. (Beilage)

Ich ersuche darüber zu diskutieren bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Mein nächster Antrag befasst sich mit etwas Erfreulichem, zwar nicht so erfreulich wie ich es ursprünglich einmal geplant hätte, nämlich die Rutsche vom Hallenbad, aber jetzt kommen wir zu einer Breitrutsche im Stadtbad, die also hier die alte Betonrutsche ersetzen soll und wo es darum geht, hier wieder eine Verbesserung durchzuführen. Eine Investition, die sich also auf € 163.000,-- beziffert, in dem Sinn was die Firma Roka betrifft, die also diese Breitrutsche liefert. Ein Dringlichkeitsbeschluss war deswegen hier notwendig, weil wir mit Ende April 2009 ja dieses Element fertig haben wollen, weil mit 1. Mai ja das Freibad eröffnet wird und es auch darum geht, dass wir diese Attraktion auch benützen können und nicht während der Freibadsaison dann womöglich Bauarbeiten durchführen.

16) StW-169/08
Städt. Freibad – neue Breitrutsche anstelle bestehender alter Betonrutsche – gemäß genehmigtem Freibaderneuerungskonzept – Dringlichkeitsbeschluss.

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 14. 01. 2009 wird der Auftragsvergabe an die Firma Roka HandelsgesmbH, Wien, gemäß Anbot vom 07. 01. 2009 zu einem Preis von € 163.000,-- Netto (€ 189.732,-- Brutto inkl. Skonto) infolge Dringlichkeit gemäß § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr zugestimmt und die Direktion zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Der Antrag wird dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt.

Das Vorhaben ist im genehmigten Budget 2009 der Stadtwerke Steyr enthalten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verfügung des Verwaltungsausschusses vom 14. 01. 2009, worin gemäß § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr der Auftragsvergabe an

die Firma Roka HandelsgesmbH, Wien, gem. Anbot vom 07. 01. 2009 zu einem Gesamtpreis von € 163.000,-- Netto (€ 189.732,-- Brutto inkl. Skonto) durch Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt wurde, wird genehmigt.

Ich ersuche darüber zu diskutieren bzw. abzustimmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Nun, der doch sehr erfreuliche Antrag – ich hoffe zumindest, dass er für die Meisten erfreulich ist – dass wir mit 1. März ja unseren Gaspreis gesenkt haben auf jenes Niveau, das wir also voriges Jahr gehabt haben, das heißt, wir sind also wieder um 15 % heruntergegangen und befinden uns jetzt auf dem Gaspreisniveau des Jahres 2008. Ich möchte nur dazu anführen, damit man einmal weiß, was uns voriges Jahr aufgebürdet wurde, wir haben beim Gashandel voriges Jahr aufgrund der hohen Einstandspreise, die wir bezahlen mussten, ein Minus beim Gashandel von € 680.000,-- eingefahren und haben also damals im November unsere Preise hinaufgesetzt, weil auch alle anderen das getan haben. Ich möchte aber trotzdem darauf verweisen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass es eine Gaspreiserhöhung bei der oberösterreichischen Ferngas und bei der Linz AG von 21 % gegeben hat, wir aber nur um 15 % erhöht haben und wir mittlerweile, nachdem die oberösterreichische Ferngas und die Linz AG um 11 % heruntergefahren sind, wir also um 15 % wieder heruntergegangen sind und es de facto ein Preisniveau vom Jahre 2008 gibt. Damit wir aber das tun konnten, war ein Dringlichkeitsbeschluss notwendig, ihr wisst, dass die E-Control vorschreibt, dass wir alle Gaskunden über diese Preissenkung verständigen müssen, das muss schriftlich erfolgen und die müssen die Möglichkeit haben, Einspruch zu erheben. Das ist genau gleich wie bei der Erhöhung, man nimmt eh nicht an, dass sie bei einer Gaspreissenkung Einspruch erheben, trotzdem sind die Fristen einzuhalten.

17) StW-2/09
Städt. Gaswerk – Erdgaspreisveränderung per 01. 03. 2009 – aufgrund sinkender Einkaufspreise (Basis = Prognose Econ Gas von 11-2008);
Dringlichkeitsbeschluss.

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 08. 01. 2009 wird der Erdgaspreisabsenkung per 01. 03. 2009 im Ausmaß von etwa 15 % entsprechend der Anlage infolge Dringlichkeit gemäß § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr zugestimmt.

Diese Entscheidung wird dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt. (Beilage)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verfügung des Verwaltungsausschusses vom 26. 01. 2009, worin gemäß § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr der Ergaspreisabsenkung per 01. 03. 2009 im Ausmaß von etwa 15 % durch Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt wurde, wird genehmigt. (Beilage)

Ich ersuche diesen Antrag zu diskutieren und der Beschlussfassung zuzuführen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Eine weitere nachträgliche Beschlussfassung ist, dass wir eine Erdgaspreisveränderung auch bereits mit 01. 01. 2009 durchgeführt haben. Die fußt darauf, dass aber diese Erdgaspreissenkung sozusagen dahingehend bei den Kunden der Stadtwerke Steyr nicht spürbar war, das heißt, die nicht nur Netzkunden bei uns

sind, sondern auch über uns Gas beziehen, für diejenigen hat es also keine Gaspreisverringerung gegeben, aber auch keine Gaspreiserhöhung. Im Gegensatz zu all jenen, die von einer anderen Firma das Gas beziehen. Es ist nämlich von der E-Control gekommen und das sinnigerweise als Weihnachtsgeschenk am 24. 12. 2008, die Verordnung, dass also der Netzkostentarif um 7 % mit 1. 1. 2009 anzuheben ist. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das können wir uns nicht aussuchen, sondern das haben wir umzusetzen und daher war das mit einem Dringlichkeitsbeschluss auch mit 1. 1. 2009 umzusetzen. Wir haben das aber so gemacht, dass also der Bruttopreis sich nicht erhöht hat und daher war das für die Kunden der Stadtwerke Steyr nicht spürbar, weil wir auf der einen Seite den Netzkostentarif um diese 7 % angehoben haben, aber den Gashandelspreis gleichzeitig so abgesenkt haben, dass sich hier der Gesamtbruttopreis nicht erhöht hat. Das bedeutet aber für all jene, die natürlich das Gas nicht von den Stadtwerken beziehen, dass sich dort natürlich der Netzkostentarif sinngemäß um diese 7 % erhöht hat und wenn natürlich dort der Gaslieferant nicht um den Preis heruntergegangen ist, dass es zu keiner Anhebung des Bruttopreises gekommen wäre, so ist natürlich dort das Gas dann dementsprechend auch teurer im Bezug geworden. Wir haben also versucht, unseren Kunden, die bei den Stadtwerken sind und daher die Netzkosten und den Gashandelspreis dort bezahlen, etwas Gutes zu tun. Ich glaube, dass wir das auch dementsprechend vertreten können und ich ersuche den Antrag zu diskutieren und zu beschließen. Ich möchte aber nur kurz vorher eine kleine Anmerkung dazu machen. Es steht ein nächster Dringlichkeitsbeschluss im nächsten Verwaltungsausschuss bevor, weil wir nämlich mit dem 1. Mai voraussichtlich die nächste Gaspreissenkung durchführen werden und das Zweite, was ich euch noch mitteilen möchte, es ist ja beschlossen worden, dass die Stadtwerke Steyr eine eigene Bilanzgruppe sind, und wenn ihr euch erinnern könnt, wie wir damals den neuen Gasvertrag beschlossen haben, haben wir ja auch mitbeschlossen, dass wir einen Gaseinkäufer, bzw. bei uns ist es eine Gaseinkäuferin schulen. Das tun wir jetzt seit November und ich möchte euch nur kurz berichten, dass das sehr erfolgreich läuft. Wir ersparen uns derzeit ca. € 30.000,-- im Monat beim Einkauf. Das heißt, wenn ich das also durchrechne, wenn wir jetzt vom November bis jetzt zusammenrechnen, werden wir uns wahrscheinlich ca. € 100.000,-- nur beim Einkauf erspart haben, weil wir gemeinsam mit der Econ Gas, die uns ja hier noch betreut und die Einschulung für uns durchführt, wir aber die Bestellungen durchführen, so gut gewirtschaftet haben und die Situation so gut eingeschätzt haben, dass wir uns also beim Gaseinkauf durchaus etwas ersparen können. Das wollte ich euch nur deswegen berichten, damit ihr auch seht, dass wir nicht nur gut nachdenken, sondern auch gut arbeiten und handeln.

18) Stw-1/09
Städt. Gaswerk – Erdgaspreisveränderung per 01. 01. 2009 – aufgrund der veränderten Tarife für das Gasnetz ab 1. 1. 2009; Dringlichkeitsbeschluss - nachträgliche Genehmigung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verfügung des zuständigen Mitgliedes des Stadtsenates vom 29. 12. 2008, worin gem. § 5 Abs. 4 iVm § 7 Abs. 3 Organisationsstatut Stadtwerke Steyr der Erdgaspreisveränderung per 01. 01. 2009 zugestimmt wurde und die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt wurden, wird genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der erste Antrag bezieht sich auf die Annahme eines Förderungsvertrages für Abwasserbeseitigung mit der nunmehrigen verstaatlichten Kommunalkredit und ich darf ersuchen die Zustimmung zu geben.

Es geht hier um ein Gesamtfördervolumen von € 208.454.—exkl. MWSt.

19) Fin-109/08
Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 17, KPC – Annahme Förderungsvertrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 12. Februar 2009 wird der Annahme des Förderungsvertrages vom 26. 11. 2008 (Antragsnummer A801399) der Kommunalkredit Public Consulting, Türkenstraße 9, 1092 Wien, für den Bauabschnitt 17 – Abwasserbeseitigung Stadt Steyr zugestimmt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Beim nächsten Punkt geht es um Kamerabefahrung und Kanaldichtheitsprüfungen für das Jahr 2009. Es ist eine Ausschreibung erfolgt.

20) BauT-41/08
Kamerabefahrung und Kanaldichtheitsprüfungen 2009; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. März 2009 werden die Kamerabefahrungen und Druckproben für die Baulose 2005 – 2009 an die Fa. Rabmer Bau- und InstallationsGmbH & CoKG, 4203 Altenberg, mit ihrem Angebot in Höhe von € 52.862,09 exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung der Prüfmaßnahmen in Höhe von EUR 52.862,09 sind im Budget 2009 vorgesehen und werden bei VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 52.900,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Hier geht es um den derzeit bereits in Bau befindlichen Kanal- und Straßenbau in Reichenschwall – Neuluststraße - Sarninggasse und der Nebenkanal Daimlerweg, und zwar wird das im Zuge einer Auftragserweiterung durchgeführt.

21) BauT-8/08
Kanal- und Straßenbau –
1. MK Reithofferareal, Reichenschwall - Neuluststraße – Sarninggasse;
2. NK Daimlerweg; Auftragserweiterung durch Nachtragsangebot 1 und 2.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. März 2009 wird der Auftragserweiterung für die Nachtragsangebote 1 und 2 in Höhe von EUR 105.000,-- exkl. MWSt. von 1.238.650,-- exkl. MWSt. auf 1.343.640,-- exkl. MWSt. an die Fa. Gebrüder Haider, 4451 St. Ulrich/Steyr, zugestimmt. Die Begründung dafür ist im Amtsbericht näher ausgeführt.

Die erforderlichen Mittel in gleicher Höhe werden bei VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 105.000,-- exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Beim letzten Punkt geht es um ein Neuplanungsgebiet und zwar um eine Verlängerung im Bereich Kaserne und das vis-a-vis gelegene Grundstück. Nachdem noch keine Entscheidung über die effektive Verwertung gefallen ist, ersuchen wir hier der Verlängerung zuzustimmen, weil das damit für uns eine Rechtsicherheit ist.

22) BauGru-56/04
Neuplanungsgebiet Nr. 6 – Tabor Süd; 3. Verlängerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 3. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 6 – Tabor-Süd – beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom ……

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 18. 10. 2004 bezeichnete und in der Sitzung des Gemeinderates vom 10. 3. 2005 beschlossene Neuplanungsgebiet Nr. 6 – Tabor Süd – wird gemäß § 45 Abs. 5 i. V. m. § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 3. Verlängerung verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 18. 10. 2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Planungsgebiet wird im Süden und Osten durch die zum Ennsfluss abfallende Geländekante, im Westen durch landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen an der Hangkante zur Knoglergründebebauung und im Norden durch den dichter bebauten Teil des Stadtteiles Tabor begrenzt. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes wird das von der Stadt Steyr an die Arch. Medek/Nehrer in Auftrag gegebene Nutzungskonzept in Form einer Bebauungsplanung umgesetzt. Als Basis hiefür dient die im Akt beiliegende städtebauliche Studie Bebauungsstruktur Variante 3 der Arch. Medek/Nehrer & Partner.
3. Im Bereich der kleinstrukturierten Wohnhausbebauung entlang der Michael-Blümelhuber-Straße bleiben die bestehenden Baufluchtlinien des rechtsgültigen Bebauungsplanes unverändert. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse darf zwei Vollgeschosse nicht übersteigen. Der Einfamilienhauscharakter muss erhalten bleiben.
4. Im Bereich der Geschosswohnbauten östlich der Achse Posthofstraße – Gottfried-Koller-Gasse darf keine weitere Verdichtung durch Bebauung stattfinden. Die maximal zulässige Anzahl der Geschosse ist dem vorherrschenden Bestand gleichzusetzen. Die Baufluchtlinien müssen den Gebäudefassaden gleichgesetzt werden.
5. Im Bereich der Geschosswohnbauten westlich entlang der F. D. Roosevelt-Straße darf keine zusätzliche Neubebauung stattfinden, jedoch durch Aufstockungen von Gebäuden eine Nutzflächenerweiterung ermöglicht werden. Die Baufluchtlinien müssen den Gebäudefassaden gleichgesetzt werden.
6. Im Bereich der Geschossbauten und Gewerbebetriebe im westlichen Bereich des Planungsgebietes ist eine etwaige Bebauung mit Gewerbebetrieben und Geschäftsbauten und somit deren Eingrenzung durch Baufluchtlinien auf das zukünftige Straßenprojekt der B

122 bzw. Wolfernstraße abzustimmen. Gebäudehöhen sind dem umliegenden Bestand anzugleichen.

Gemäß § 45 der OÖ Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebiete erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Wir kommen jetzt zum letzten Punkt, zum Dringlichkeitsantrag.

Freiheitliche Gemeinderatsfraktion
der Stadt Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die unterfertigten Mandatare des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen gemäß § 18 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 7 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR) den Antrag, in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag, dem 19. März 2009, Beginn 14 Uhr nachstehenden

DRINGLICHKEITSANTRAG

in die Tagesordnung aufzunehmen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

RESOLUTION

an die Klubobleute der im österreichischen Nationalrat vertretenen Fraktionen

zur Anhebung des Arbeitslosenbezuges.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr spricht sich mit dieser Resolution für die Anhebung der „Netto-Ersatzrate“ von derzeit 55 % auf 75 % aus.

Die Region Steyr ist von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen (momentan rund 8,4 % Arbeitslosigkeit). Um die Existenz der betroffenen Menschen abzusichern, fordert der Gemeinderat der Stadt Steyr den Nationalrat auf, die Ersatzrate zu erhöhen, damit der tatsächliche Bezug des Arbeitslosengeldes erhöht wird.

Begründung der Dringlichkeit:

Wie aus Statistiken des AMS erkennbar, ist vor allem die Region Steyr mit täglich zunehmenden Arbeitslosenzahlen konfrontiert.
Es wird daher beantragt, diesem Antrag durch den Gemeinderat der Stadt Steyr die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Die Freiheitlichen sollen die Chance haben, dass sie die erste Wortmeldung haben.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren. Es ist heute

schon so viel über Wirtschaftskrise, Finanzkrise, soziale Problem usw. gefallen, vor allem in Bezug auf unsere Stadt. Uns ist vollkommen bewusst, dass wir mit dieser Resolution natürlich nicht Arbeitsplätze in Steyr schaffen, aber ich glaube, es ist ein Zeichen an jene, die jetzt durch diese Krise unter die Räder kommen, vor allem in erster Linie die Leasingleute, mit 1.200 laut AMS, die bereits auf der Straße stehen, die nicht zu den bestverdienenden gehören. Daher diese Resolution; warum? Die sogenannte Nettoersatzrate, das heißt die Höhe des Arbeitslosengeldbezuges wurde seit vielen Jahren nicht erhöht, nicht evaluiert, nicht angeglichen. Es ist auch heute das Wort Kaufkraft gefallen, Existenzsicherung, ich glaube, es wäre ein wichtiger Schritt, wenn man die Arbeitslose erhöht, dass zumindest für viele Menschen die Existenz so halbwegs gesichert ist und es schlägt sich vielleicht auch ein bisschen auf die Kaufkraft nieder. Wer kein oder weniger Geld hat, gibt auch weniger aus und vielleicht ist es auch ein Zeichen des Steyrer Gemeinderates, dass wir zumindest in dieser Angelegenheit, wo das Parlament, wo die Politik etwas machen kann, auch tatsächlich etwas machen. Wir sind da durchaus in guter Gesellschaft mit den großen Organisationen in Österreich und ich glaube, es ist selbstverständlich, dass der Gemeinderat der Stadt Steyr auch diesem Antrag hier zustimmen wird.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag und dieser Resolution selbstverständlich zustimmen, es ist ja auch nicht unbekannt, dass sich auch die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer mit dem beschäftigen und hier auch Forderungen gestellt haben. Nur eine Kleinigkeit kann ich dir natürlich nicht ersparen, lieber Hans Payrleithner, ich erinnere mich noch sehr gut an die Zeit, wo wir gemeinsam in den Werken oben waren, wo ich noch die Funktion des Betriebsratobmannes gehabt habe, wo wir den Regierungswechsel miterlebt haben, ich weiß es und schätze es auch, dass sich auch bei dir bei so manchen Dingen, die in dieser Zeit passiert sind, die Begeisterung in Grenzen gehalten hat, du hast hie und da auf die Tischplatte geschaut und ja nicht auf die Seite, weil was da alles passiert ist, hat auch bei dir keine große Begeisterung ausgelöst. Es waren natürlich schon einige federführend dabei, die Arbeiterkammer mit den Mitgliedsbeiträgen, aber auch in Richtung was wir heute beschließen. Ich glaube, dass es richtig und wichtig ist, gerade die sozial Schwächeren, die den Arbeitsplatz verloren haben, dass man dort hilft und dass man denen auch garantiert und Möglichkeiten schafft, dass sie halbwegs das Auskommen haben und nicht direkt senkrecht in die Armut getrieben werden, weil der Arbeitslosenbezug wird nie wirklich einen Standard ermöglichen, den man jeden Menschen wünscht. Aber denke zurück, was da auch deine Partei auf Bundesebene für Beschlüsse seinerzeit im Nationalrat mitgetragen hat, was gerade auch im Bereich der Arbeitslosen war, die Arbeitslosen zu kürzen, die Anspruchszeit zu reduzieren, da hat es viele Dinge gegeben. Ich weiß es, in der Opposition ist es immer ein bisschen anders, da redet man sich leichter, aber dir gestehe ich zu, du warst damals mit vielen Dingen nicht einverstanden, aber hast sie auch nicht ändern können, aber mich freut es, dass wir heute da auch als Hilfestellung für die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer hier eine Resolution verabschieden. Ich hoffe auch, dass wir hier einen möglichst einstimmigen Beschluss zustandebringen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Willi, weißt du schon was ich sagen will?

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Am 12. 02. hat der grüne Abgeordnete Öhlinger diesen Antrag, der auf Anhebung der Nettoersatzrate von derzeit 55 % auf 70 % gelautet hat, im Sozialausschuss des österreichischen Parlamentes eingebracht.

Zwischenruf: Geh'!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Schon! Interessanterweise war nur die FPÖ, das BZÖ und die Grünen dafür, dass das dort besprochen wird. Die ÖVP nicht, aber die schimpft sich ja nicht „Arbeiterpartei". Die SPÖ hat es abgelehnt, das ist schon interessant. Wenn du dich heute herstellst, dann ist das deine Privatmeinung Gerhard, super, ich bin auch dafür, nur wenn wir schon eine Resolution an das Parlament machen, dann sollen bitte die Damen und Herren der Sozialdemokratie und der ÖVP natürlich auch, sich einmal überlegen, nach so vielen Jahren großer Koalitionen etc. in Österreich einen Standard zu haben, dass wir die zweitniedrigste Rate von der ganzen EU haben.

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Weißt du aber schon, dass sie abgesenkt ist?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wir haben bis heute die zweitniedrigste Rate und wenn wer da herinnen glaubt, er kann mit einem Arbeitslosengeld von EUR 600,-- bis 700,-- überleben, wenn er noch dazu eine Familie hat, dann hat er sich getäuscht. Als sechstreichstes Land in Europa, das immer noch auf so einem Zustand zu halten und dann gibt es einen Anlauf, wo man eh weiß, dass es wahrscheinlich ein bisschen eng wird, und dass dieses Geld ja nicht im Tascherl verschwindet, sondern auch wieder umgesetzt wird und dann hergeht und im Sozialausschuss sagt, nein das tun wir nicht, ich weiß nicht, ob das verantwortungsvoll ist, vor allen Dingen nach so vielen Jahrzehnten Versäumnisse in dieser Angelegenheit. Gott sei Dank, muss ich ja sagen, und die politische Nähe ist ja auch spürbar, wenn heute der ÖGB und der Herr Sozialminister da dafür sind, das sind aber keine festen Schwarzen, glaube ich, geschweige denn Grüne oder Blaue, die sind aber da dafür. Aber dann sollen sie bitte auch handeln, weil so eine kleine Stadt wie Steyr kann es nicht alleine – ich weiß ja nicht, ob das jetzt in anderen Städten auch ist, aber ich hoffe es – aber wenn in dieser Richtung auch ein Druck kommt, dann gewinnen wir endlich einmal einen durchschnittlichen Zuwachs. Weil europaweit ist er schon auf 70 % und warum das bei uns immer noch auf dieser mickrigen Rate von 55 % ist, das ist mir überhaupt nicht klar, weil umgekehrt Millionen von Euros den Banken was weiß ich wohin gesteckt werden, nur für diejenigen, die es wirklich betrifft, die dürfen dann am zweitniedrigsten Level dahinnudeln.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es klingt ja gut, und da bin ich auch bei dir, Kurt Apfelthaler, dass man so viel bekommen sollte, dass man damit leben oder überleben kann. Ich frage mich nur schon eines, das Geld wächst leider nicht auf den Bäumen und alles was der Staat ausgibt, muss er irgendwo einnehmen und bei so einer Maßnahme, würde man das tatsächlich von Bundesseite machen, würde mich schon interessieren, was das an Mehrausgaben ist. Wenn der Staat heute mehr ausgibt, dann ist das eine ganz einfache Rechnung, muss er auch mehr einnehmen. Das heißt, Sozialversicherungsbeiträge erhöhen, damit die Lohnkosten erhöhen, das bedeutet aber wiederum für die Unternehmen, dass die Personalkosten noch höher werden. Das ist die Frage für mich, da zahlen die Arbeitnehmer ein, aber dann muss ich höhere Sozialversicherungsbeiträge verlangen.

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Dann muss man das Geld einfach da drinnen lassen wo es hingehört und nicht für etwas anderes verwenden.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja das passiert aber leider trotzdem, es war ja naiv zu glauben – und da bin ich auch bei euch – dass jetzt plötzlich die Millionen nicht in andere Bereiche fließen, sondern die fließen trotzdem und das ist eine zusätzliche Aktion. Ich wüsste halt gerne, auch als verantwortungsvoller Gemeinderat, was wird das ausmachen. Und ich möchte dann nicht einmal von Bundesseite her hören, ja liebe Gemeinden, wir können euch im Bereich des Finanzausgleiches noch weniger geben, weil wir immer weniger einnehmen und immer mehr ausgeben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich möchte nicht mehr verlängern, aber einen Satz muss ich sagen. Jetzt, in dieser Situation wo wir uns befinden, was alles geschehen ist, da darüber zu diskutieren, dass wir den sozial Schwächeren eine kleine Hilfestellung geben, vor einige Zeit haben wir noch gesagt, wir haben für das und das kein Geld, und jetzt haben wir Hunderte Milliarden Schillinge, weil die Banken unverantwortlich gehandelt und gewirtschaftet haben und dort fragt kein Hund, wo das Geld herkommt, aber immer bei den Letzten an der Fahnenstange sagen wir, ja wo sollen wir denn das Geld hernehmen. Also, die Debatte können wir ruhig noch weiterführen, heute nicht mehr, weil es zu spät ist, aber ich glaube, dass hier wirklich Verständnis da sein muss, ...

Zwischenruf: Schwächelst du jetzt?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, ich schwächle nicht, ich könnte noch stundenlang darüber reden, weil das ist meine Leidenschaft, weil ich lange genug in diesen Funktionen gewesen bin und gesehen habe, was das für – entschuldigt den Ausdruck – arme Hunde sind, die heute ihre Arbeit verlieren und am nächsten Tag nicht wissen wie es weitergeht. Dann die Frage zu stellen, wie finanzieren wir das, also die Debatte dürfen wir in diesem Kreis nicht führen, weil da muss man halt wo anders überlegen, wo man weniger ausgibt. Es hat ja in der Vergangenheit viele Dinge gegeben, die nicht in Ordnung waren, man hat den Arbeitslosenversicherungsbeitrag abgesenkt, man verwendet die Arbeitslose für andere Zwecke, also dort sind auch die Verantwortlichen gefordert, das dementsprechend abzusichern. Ich würde da wirklich bitten, dass wir nicht sagen, wie sollen wir denn das zahlen, wenn es die Schwächsten unserer Gesellschaft betrifft.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Hauser bitte.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, noch ein kurzes Wort. Es hat eh heute der Kollege Bremm schon einmal gesagt – und es wundert mich immer wieder, dass es trotzdem dazu kommt, in Wirklichkeit wissen wir alle, wo wir mit dem Neoliberalismus hingekommen sind, alle haben gesagt, weniger Staat und mehr Privat und jetzt ist es so, dass auf der einen Seite gerade die Wirtschaftstreibenden bzw. die, die sozusagen an der Wirtschaft hängen, sagen, wir brauchen die Unterstützung, aber dann wenn es um die Arbeitnehmer geht, dann nicht. Da fällt mir gerade ein Satz ein, den ich vor kurzem gelesen habe, wie der Herr Landeshauptmann in Steyr war, wo der Herr StR Mayrhofer auch dabei war, und der Herr StR Mayrhofer hat dort eine Aussage getätigt, wo ich mir gedacht habe, da muss ich ihn einmal fragen. Daher frage ich dich jetzt Gunter, was du damit gemeint hast. Du hast gesagt, offensichtlich hast du den Eindruck, dass da nichts passiert, nämlich dahingehend, es sind 1.000 Leasingarbeiter auf der Straße und du wunderst dich, warum die noch nicht auf die Barrikaden gestiegen sind. Ich möchte aber schon dazu sagen, dass die 1.000 Leasingarbeiter weder die Stadt noch ein

Arbeitnehmer entlassen hat, wenn schon, dann der Arbeitgeber. Daher glaube ich, gerade wenn du auch sozusagen einer Sozialpartnerorganisation als Wirtschaftskammerobmann angehörst, es trotzdem so ist, dass ich sage, eigentlich ist es schon so, dass wir natürlich wissen, dass wir auf der einen Seite auch in die Wirtschaft investieren müssen, damit es auch wieder Arbeitsplätze gibt, aber so zu tun, als wie wenn jetzt die öffentliche Hand Schuld sei, bloß weil die anderen arbeitslos sind, das halte ich schon auch für vermessen. Daher glaube ich, ist es dringend an der Zeit, dass wir uns da etwas überlegen, wie denn das weitergehen soll und dass wir nicht nur sagen, jetzt wo es um die Stützung derjenigen geht, die das dringend brauchen um überleben zu können, da würden wir jetzt nachschauen, welche Folgekosten das hat bzw. wo das Geld herkommt und auf der anderen Seite haben wir überhaupt keine Skrupel darüber zu diskutieren warum die Erste Bank jetzt 2 ½ Milliarden braucht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung, wer für diese Resolution stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? 6 ÖVP, 1 Bürgerforum. Die Resolution wurde mit Mehrheit angenommen.

Wir sind jetzt am Ende unserer Gemeinderatssitzung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Wert von EUR 1.213.600,-- behandelt, Kenntnisnahme von Beschlüssen von EUR 8.640,--, somit insgesamt EUR 1.222.240,--.

ENDE DER SITZUNG: 20.45 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Karl Baumgartner eh.

GR MMag. Michaela Frech eh.